Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage „Die Neue Welt"): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Ko., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Münzstr. 3. Fernsp. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Münzstr. 3. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2.25 Mk., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die 7gespaltene Kolonelzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 1 Mk. Zeitungspreisliste Seite 443.

Nr. 67. Magdeburg, Mittwoch den 20. März 1912. 23. Jahrgang.

Der Streik vor dem Dreiklassenhaus.

Es ist eine der wichtigsten Fragen des preußischen Wahlrechtskampfes, wann endlich die große Masse der Bergarbeiter sich ganz klar darüber werden wird, was gerade für sie in diesem Kampfe auf dem Spiele steht. Darum verdienen die schwarzblauen wie die nationalliberalen Scharfmacher des Abgeordnetenhauses Dank dafür, daß sie durch ihre Angriffsinterpellationen gegen die Bergarbeiter diesen das wahre Gesicht der Dreiklassenkammer gezeigt haben. Niemand wird dem preußischen Klassenhaus den Ruhm absprechen können, das arbeiterfeindlichste Parlament der Welt zu sein. Es war eine Orgie des Hasses, die am Montag das Haus an der Prinz-Albrecht-Straße durchtobte. Es waren die niedrigsten Instinkte einer in ihrer Macht bedrohten besitzenden Klasse, die hier in rücksichtslosester Weise zur Entladung kamen.

Bis zur linken Ecke des Hauses heran waren sie alle ein Herz und eine Seele. Keine der dreisten Entstellungen der Wahrheit, keine tolle Beschimpfung, die hier nicht dutzendmal wiederholt wurde. Der Schrei nach Polizei und Militär der Kehrreim aller Reden! Die Niederlage der Arbeiter der einzige Wunsch!

Wer sind die Leute, die in solchem Tone zum arbeitenden Volke Preußens zu reden wagen? Was gibt ihnen das Recht, sich als Herren des Landes aufzuspielen? Vergessen wir nicht, daß diese Versammlung, die gegen die aufsteigende Macht der Arbeiterbewegung Tod und Vernichtung speit, selbst ein dem Tode geweihtes Parlament ist. Dieses Haus, dem schon vor fast zwei Menschenaltern Bismarck in wegwerfendem Tone das Recht einer Volksvertretung absprach, steht auf dem wankenden Grund eines Wahlsystems, das kein vernünftiger Mensch mehr zu verteidigen wagt, das, vom König, von der Regierung, vom Hause selbst längst preisgegeben, sich nur durch die Kraft des Trägheitsgesetzes vorläufig noch behauptet.

Jeder einzelne dieser gehässigen Arbeiterfeinde ist auf Grund eines Wahlrechts gewählt, das an blödsinniger Ungerechtigkeit seinesgleichen auf der Welt nicht mehr findet. Keiner von ihnen kann sich ein Volksvertreter nennen, ohne daß ihm die ganze Welt ins Gesicht lacht. Jeder von ihnen fühlt das Unrecht, die Unhaltbarkeit seiner Stellung, jeder von ihnen weiß, daß die schamlose Komödie dieser Parlamentsspielerei in absehbarer Zeit ihr Ende finden muß, und daß es die Arbeiterklasse ist, die ihr dieses Ende bereiten wird. Und diese Gewißheit ist es, die die Leute so blind und toll macht.

Aber der Haß ist ein schlechter Berater. Er hat sie in eine Wahnvorstellung hineingehetzt, nach deren Verflüchtung ihnen vor Schrecken der Atem ausgehen wird. Sie lechzen nach einer Niederlage der Arbeiter, wünschen eine blutige Unterdrückung des Ausstandes und erhoffen von ihr einen Rückgang der Arbeiterbewegung. Blinde Hasser, blinde Politiker.

Aus der Geschichte der Sozialdemokratie und der modernen Gewerkschaften, dieser „großartigen Bewegung zur Befreiung des vierten Standes", hätten sie lernen können, daß die Arbeiterbewegung an den „Niederlagen" nicht stirbt, die ihr die brutale Uebermacht der herrschenden Klassen beibringt. Wäre es möglich, sie durch Polizeisäbel und Militäraufgebot, durch Ausnahmegesetze, Klassenjustiz, Unternehmerwillkür zu vernichten, ach, wie lange schon wäre von ihr nichts mehr vorhanden. Und verlorene Streike? Jede große Gewerkschaft hat in ihrer Geschichte solche traurigen Kapitel zu verzeichnen, und wenigen organisierten Arbeitern ist die Erfahrung erspart geblieben, was es heißt, nach einem Mißerfolg der gewerkschaftlichen Aktion in die Fron des Kapitals zurückkehren zu müssen. Aber stets hat die Arbeiterbewegung es verstanden, aus ihren Niederlagen zu lernen, und nie hat es lange gedauert, bis sie auf die Kampfplätze, die sie vor der Macht der Feinde räumen mußte, stärker und entschlossener zurückkehrte.

Die preußischen Abgeordneten, die keine Volksvertreter sind, wissen und verstehen auch nichts vom Wesen einer Volksbewegung. Sonst hätte nicht Herr Strosser der nach seiner Meinung zu erwartenden Niederlage der Arbeiter entgegengejubelt, hätte Herr Sydow nicht bestätigt, daß er als Vertreter fiskalischer Zechen sich als Zechenanwalt und mit dem Zechenkapital solidarisch fühle, hätte nicht Herr v. Dallwitz seinen Mobilisierungsplan zur polizeilichen Unterdrückung von Arbeiterausständen so unvorsichtig enthüllt. Darin drückt sich die tiefe Volksverachtung dieser Männer aus, daß sie meinen, die Arbeiter würden vor den großen Allüren eines rücksichtslosen Herrentums erschreckt und demütig zu Kreuze kriechen, statt, wie es sich gehört, ehrlichen Haß mit ehrlichem Haß zu beantworten und auf einen Schelmen anderthalbe zu setzen!

Bergarbeiter, lernt eure Herren kennen! Begreift, daß das Dreiklassenwahlrecht euer schlimmster Feind ist, erkennt aber auch, daß die Macht dieses Feindes morsch ist, und daß es nur noch eines kräftigen Stoßes bedarf, um sie in Trümmer zu legen! Heute heißt es noch das Dreiklassenhaus gegen die Bergarbeiter. Eure Feinde werden zittern, wenn es einmal heißen wird: Die Bergarbeiter einig gegen das Dreiklassenwahlrecht! —

* * *

Die Verhandlungen.

Wir geben zur Illustrierung der vorstehenden Ausführungen den folgenden Sitzungsbericht:

In den am Montag im Dreiklassenhaus verhandelten Interpellationen der Konservativen, Freikonservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen wird Auskunft über den Stand des Streikes, über die angeblichen Ausschreitungen verlangt und Schutz der Arbeitswilligen gefordert. Die Fortschrittliche Volkspartei fragt, was die Regierung zur Vorbeugung des Streikes getan hat und zu seiner Beendigung beitragen will.

Abg. Strosser (kons.) begründet die Interpellation der Konservativen. Der Streik soll die christlichen Gewerkschaften zertrümmern. Die öffentliche Meinung steht auf seiten der Arbeitswilligen. Hunderte von Ausschreitungen werden gemeldet. (Zuruf b. d. Soz.: Unbewiesene Angaben!) Schlagen denn die Polizisten, die doch Familienväter sind, ihr Leben mutwillig in die Schanzen? Eine Sprache, wie die Sachses im Reichstag, peitscht die Leute auf. Das Streikpostenstehen ist Terror. Vor 2 Jahren haben das auch die Fortschrittler gesagt. Aber seit den Wahlen ist das vergessen. Wir begrüßen die Ankündigung einer Einschränkung des Waffenhandels und überhaupt das schneidige Eingreifen der Regierung. (Lebh. Beif. rechts.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freikons.): Nach der Taktik „Haltet den Dieb!" suchen die sozialdemokratischen Arbeiterführer die Aufmerksamkeit von den politischen Motiven des Streiks abzulenken. Der alte Verband will im Ruhrgebiet allein herrschen. Verbrecherisch wird gegen die Arbeitswilligen vorgegangen. (Beif. rechts, Widerspruch b. d. Soz.) Bei dieser Machtprobe der Sozialdemokraten hat die Regierung nicht zu vermitteln, wenn sie nicht den sozialdemokratischen Bestrebungen Nahrung zuführen will. (Zurufe b. d. Soz.: Scharfmacher!) Ich wollte, ich könnte die

Spitzen der Regierung etwas schärfer machen.

(Heiterk. rechts.) Wir begrüßen das rasche Vorgehen der Regierung und das Militäraufgebot. Bei nachdrücklicher Anwendung der staatlichen Machtmittel wird die sozialdemokratische Machtprobe mit einer völligen Niederlage enden. (Stürm. Beif. b. d. Mehrheit, Lärm u. Gelächter b. d. Soz. Abg. Dr. Liebknecht ruft dem Abg. v. Zedlitz zu: Infame Heuchelei! — Großer Lärm rechts.)

Präs. Dr. Frhr. v. Erffa ruft den Abg. Liebknecht zur Ordnung, der, als dem Abg. Friedberg das Wort erteilt wird, nochmals laut ausruft: Infame Heuchelei! Stürmische Rufe rechts:

Raus mit dem Kerl! Raus, raus!

Präs. Dr. Frhr. v. Erffa ruft den Abg. Liebknecht nochmals zur Ordnung und warnt ihn vor dem dritten Ordnungsruf. Nötigen Sie mich nicht, von meinen Machtmitteln Gebrauch zu machen! (Beifall rechts.)

Abg. Friedberg (natl.): Obgleich der Ruhrbergmann der bestbezahlte Arbeiter ist, waren die Zechenbesitzer zu weiteren Verhandlungen bereit, freilich nicht mit dem alten Bergarbeiterverband, dieser Kampforganisation. Auf Zeche Achenbach haben die Altverbändler dem Arbeiterausschuß vorgeschrieben, daß er über die Lohnfrage nicht verhandeln darf, da sie durchgekämpft werden soll. Eine Lohnsteigerung von 15 Prozent würde den Bergbau unrentabel machen. Wenn wegen der Teurung gestreikt würde, müßte man doch bei den schlechtest bezahlten Arbeitern anfangen, statt bei den bestbezahlten. Der Redner lobt die Christlichen, daß sie nicht mitmachen bei diesem politischen Machtkampf der Sozialdemokratie. Wir erkennen an, daß die Regierung ihre Schuldigkeit getan hat. Militäraufgebot war notwendig und hat beruhigend gewirkt. Der Ingrimm der Sozialdemokraten über das Militäraufgebot ist verständlich. Die Polizei ging sehr gemäßigt vor. Die begreifliche Erregung der Streikenden ist nicht entschuldbar. Es darf nicht jeder seine eignen Interessen vertreten ohne Rücksicht auf die Freiheit der andern. (Lebh. Unterbrechungen d. Soz.)

Präs. Dr. Frhr. v. Erffa: Wenn der Reichstag mit 110 Sozialdemokraten die Verhandlungen ermöglicht, muß es doch auch hier mit sechs möglich sein. (Heiterk. rechts, erregte Rufe d. Soz., die auf die Provokationen der Rechten aufmerksam machen und

sich den Ton des Präsidenten verbitten,

der erklärt, daß von der rechten Seite überhaupt kein Ton gesagt wird. — Andauernder Lärm.)

Abg. Dr. Friedberg (natl., fortfahrend) verurteilt den Kontraktbruch der Arbeiter und erklärt, daß eine unerbetene Vermittlung der Regierung nur schaden kann. Der Staat muß bei solchen Interessenkämpfen Gewehr bei Fuß stehen und nur dafür sorgen, daß nicht die Allgemeinheit geschädigt wird. Ganz besonders hier, wo es sich um einen politischen Machtstreik handelt. Ein arbeiterfreundlicher Mann kann nur wünschen, daß die Schädigung der von unfähigen Führern hingerissenen Arbeiter nicht gar zu groß werden möge. (Stürm. Beif. b. d. Natl. u. rechts.)

Abg. Dr. Pachnicke (Fortschr. Vp.): Bei den Herrenhausverhandlungen, nach denen man glauben müßte, daß wir erst durch Ströme Blutes hindurchwaten müßten, scheinen die Hauptvertreter der Intelligenz nicht dagewesen zu sein. Die Bergarbeiter wären auch mit 10 Prozent Lohnerhöhung oder weniger zufrieden gewesen. (Abg. Dr. Hoffmann: Das weiß Herr Friedberg auch.) Ob der Streik ausbrechen und namentlich, ob er mit Kontraktbruch inszeniert werden mußte, ist mir allerdings unklar. (Hört, hört! rechts.) Die Arbeiter haben losgeschlagen, ehe alle friedlichen Mittel erprobt waren. (Zustimmung rechts.) Auf der andern Seite wurde einzelnen

Ausschüssen die Zuständigkeit in der Lohnfrage rundweg bestritten.

Wir verurteilen aufs schärfste den Terrorismus, aber die jetzigen Gesetze reichen aus. Das Anrücken von Maschinengewehren kann aufreizend wirken und den Verdacht erwecken, als stehe der Staat mit seinen Machtmitteln auf Seite der Arbeitgeber. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nicht neue Strafrechtsparagraphen und Ausnahmegesetze sind notwendig, sondern Vermittlungsinstanzen. Das Kaiserwort, daß Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen, wäre Wahrheit geworden, wenn der Handelsminister uns erklären könnte, auf den staatlichen Gruben ist alles so geordnet, daß nicht gestreikt zu werden braucht. (Abg. Haarmann (natl.): Graue Theorie! Unmöglich!) An die Gewerbegerichte müssen Arbeitskammern, ein Reichseinigungsamt, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und Tarifverträge angeschlossen werden. Wir hoffen, daß bald ein für beide Teile ehrenvoller Friede kommen möge. (Beifall b. d. Fortschr. Vp.)

Abg. Imbusch (Ztr.): Die Sozialdemokratie plante so etwas wie einen internationalen Generalstreik. Gegenwärtig war der Streik eine Riesendummheit. Alle Vorbedingungen zum Erfolg, Geld und Einigkeit fehlen. Der Arbeitswilligenschutz reicht aus, aber die Arbeitswilligen werden in unverschämtester Weise belästigt. Das muß selbst die „Frankf. Ztg." zugeben, die mit dem „Berl. Tagebl." und dem „Vorwärts" auch einen Dreibund bildet. Eine tolle Hetze gegen die christlichen Führer hat eingesetzt. An der Spitze steht der „Vorwärts",

das infame rote Lügenblatt!

Im Reichstag haben die Sozialdemokraten unserm Redner „Judas" zugerufen, das ist Ihr Anstand. Die Sieger in diesem Streike werden wir sein. (Beifall i. Ztr.)

Handelsminister Dr. Sydow betont, daß, wenn er sich auch an der dreitägigen Reichstagsdebatte beteiligt hat, für diese preußische Angelegenheit der preußische Landtag zuständig sei. Ich lege Wert darauf, der Meinung entgegenzutreten, als könne es die Absicht der preußischen Regierung oder des Parlaments sein, den preußischen Bergbau unter die Kontrolle des Reichstags zu stellen. (Lebhafter Beifall b. d. Kons.) Der Minister schildert eingehend die Entwicklung der Bergmannslöhne. Absatzschwierigkeiten hätten die Lohnsenkung seit 1907 begründet. Die scharfen Kämpfe bei den Sicherheitsmännerwahlen verursachen das scharfe Zerwürfnis zwischen dem alten Verband und dem christlichen. Während der Dreibund seinerzeit eine Lohnbewegung nicht für angezeigt erachtete, wurden auf einer internationalen Bergarbeiterzusammenkunft in Dover am 27. Januar 1912 gewissermaßen die Instruktionen für sein Verhalten aufgestellt. (Hört, hört! Abg. Leinert (Soz.): Das ist unwahr!) Die Resolution, die in Dover angenommen worden ist, lautet folgendermaßen:

> Die Versammlung des Internationalen Komitees der Bergarbeiter bedauert die Handlungsweise des deutschen christlichen Gewerkvereins während der Bewegung über eine Lohnerhöhung. Es ist unsre Ansicht, daß die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne erzielt werden wird, wenn alle Bergarbeiter-Organisationen Deutschlands einig und geschlossen handeln. Wir schlagen deshalb den hier vertretenen Bergarbeiterverbänden — es waren vertreten Franzosen, Belgier, Engländer und deutsche Vertreter vom alten Verband — vor, ihre Agitation zugunsten der Lohnerhöhung fortzusetzen, und wenn die deutschen Bergarbeiter, nachdem alle Mittel gütlicher Vereinbarung mit den Unternehmern erschöpft sind, sich genötigt sehen sollen, zum Streike zu greifen, wird das Internationale Komitee auf ihr Verlangen aufs neue zusammentreten, um über die praktischen Mittel zu beraten, mit denen man sie in ihrem Kampfe gegen das Unternehmertum unterstützen kann. (Hört, hört!)

Allerdings haben die englischen Bergarbeiter abgelehnt, ihrerseits zugunsten der deutschen zu streiken (Hört, hört!), weil sie erklärten, vertragsmäßig an gewisse Kündigungsfristen gebunden zu sein. (Hört, hört!) In einer spätern internationalen Besprechung in London, an der wohl Herr Hue teilgenommen hat, wurde über den englischen Streik beschlossen. Bei den Verhandlungen zwischen Fiskus und Syndikat hat in der Tat die Frage eine große Rolle gespielt, daß im Falle der Erhöhung der Kohlenpreise auch ein Weg gefunden werden müßte, die wünschenswerte Erhöhung der Bergarbeiterlöhne eintreten zu lassen. (Lebh. Hört, hört!) Die christliche Organisation hat den Streik abgelehnt, weil eine Lohnerhöhung auch ohne Streik zu erwarten sei, und weil sie nicht gewillt seien, die deutschen Interessen zurückzustellen, um die der Engländer zu fördern. (Lebh. Beif.) Auf das Schreiben der Bergarbeiter von Anfang Februar hoben die Zechen hervor, daß eine Erhöhung der Löhne bereits erfolgt resp. mit Sicherheit zu erwarten sei. Dann kamen die bekannten Bergarbeiterforderungen und der Zusammentritt des Internationalen Komitees in London, an dem der Abgeordnete Sachse teilnahm. Damals schwebten die Verhandlungen in England noch und es wurde

noch keine Streikparole für Deutschland

ausgegeben. Trotzdem die Zechen die Arbeiterausschüsse zu Verhandlungen über die Lohnerhöhungen beriefen, brach der alte Verband die Verhandlungen ab. Eine schematische Lohnsteigerung ist bei der unterschiedlichen Arbeit nicht angebracht. Deshalb haben

die fiskalischen Zechen abgelehnt, mehr zu tun, als eine allgemeine Zulage zu gewähren. Man hatte keinen Grund, zu zweifeln, daß sie dieses Versprechen auch erfüllen würden. Die Löhne haben Ende Februar dieses Jahres den Höchststand von 1907 erreicht, teilweise sogar überschritten. Zum Zweifel an der Ehrlichkeit der Lohnversprechungen lag nicht die geringste Berechtigung vor. Der Hauptgrund zum Streike war nicht die Lohnfrage, sondern man wollte die durch den englischen Streik geschaffene günstige Lage ausnutzen. Man wollte die Zechenbesitzer durch den allgemeinen Kohlenmangel zwingen. (Abg. Dr. Liebknecht:

Sie sind ein Zechenanwalt!)

Minister Dr. Sydow (fortf.): Ich vertrete auch die fiskalischen Zechen und habe ihre Interessen zu schützen. Es ist das letztemal, daß ich Ihnen antworte. Es wäre eine Verletzung der Würde des Hauses, wenn ich mich in Privatgespräche mit Ihnen einlassen würde. (Lebh. Beif. Abg. Dr. Liebknecht ruft: Das ist ja hier eine Kinderschule! Tobender Lärm rechts. Rufe: Werft ihn raus!)

Präsident Dr. v. Erffa ruft den Abgeordneten Dr. Liebknecht zur Ordnung.

Minister Dr. Sydow: Ich will nicht von Sympathiestreik sprechen, aber unzweifelhaft ist die deutsche Bergarbeiterbewegung ein Glied in der Kette der internationalen Bergarbeiterbewegung. (Zustimmung.) Der Streik ist von 32 Prozent der Belegschaft am Dienstag auf 57,87, am Mittwoch auf 59,43 Prozent gestiegen. Mit dem Einrücken des Militärs beginnt die rückläufige Bewegung. Zur Beendigung des Streikes können wir nur das eine tun, daß wir alles vermeiden, was den Streik verlängern müßte, und dazu gehört, daß die

Freiheit der Arbeitswilligen geschützt

wird. Wir müssen uns aber auch einer vorzeitigen Vermittlung enthalten. (Lebh. Zustimmung.) Die Bergwerksbesitzer wünschen keine Vermittlung. (Hört, hört! b. d. Soz.) Eine solche unerbetene Vermittlung hat keine Aussicht auf Erfolg, sie würde aufgefaßt werden als eine Parteinahme gegen den, der die Vermittlung nicht gewünscht hat. Der nächste Schritt aber wäre das Rufen nach dem Einschreiten der Gesetzgebung. Es ist wohl nicht der letzte Streik, den wir erleben. Aber die irregeführten Arbeiter werden dadurch sehen, daß durch den Streik nicht mehr erreicht wird, als ohne ihn erreicht worden wäre. Hoffentlich nimmt der Streik bald ein Ende. Seine Verlängerung wird gerade die Bergarbeiter am meisten schädigen. (Beifall.)

Minister des Innern v. Dallwitz erklärt es als eine der vornehmsten Pflichten des Staates, jeden Arbeitswilligen zu schützen. Um rechtzeitig den notwendigen Polizeischutz bereitzustellen, ist im Ministerium des Innern ein alle größern Industriezentren umfassender, bis in die kleinsten Details ausgearbeiteter Verteilungsplan aufgestellt (Hört, hört!), der ständig auf dem laufenden erhalten wird und auch alle Gendarmen und Schutzleute genau bezeichnet, die für die Entsendung nach diesen Bezirken in Betracht kommen. (Hört, hört!) Es war also möglich, schon am 11. März, auf welchen Tag der Streikausbruch festgesetzt war,

5900 Mann Polizeitruppen im Streikgebiet

zu haben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das hielten wir für ausreichend. 1905 war es möglich, mit nur 3200 Mann Polizeitruppen die Ordnung aufrechtzuerhalten. Auf Grund der damaligen Erfahrungen sind auch die Zechenwehren außerordentlich vermehrt worden, wodurch der Polizei die Bewachung der Zechenanlagen erheblich erleichtert wurde. Selbstverständlich habe ich von vornherein erforderlichenfalls militärische Hilfe ins Auge gefaßt. (Pfuirufe d. Soz. Lebh. Beifall rechts u. i. Ztr.) Den Behörden wurde die rechtzeitige Heranziehung des Militärs nahegelegt. Der Minister liest dann eine Schilderung von Ueberfällen der Streikenden auf Arbeitswillige und Polizisten vor und fährt fort: Das ist nur ein Teil der festgestellten Exzesse. (Dr. Liebknecht (Soz.): Festgestellt? Gelächter rechts.) Dies, die in den Landkreisen Dortmund, Recklinghausen und Hamm immer deutlicher hervortretende Neigung zu Gewalttätigkeiten, Roheiten, Widersetzlichkeiten und die übergroße Anspannung der Polizei machten die Entsendung von Militär notwendig. Dadurch scheint eine wesentliche Beruhigung eingetreten zu sein. Die Arbeitswilligen werden mit Gewalt und Ehrverletzung bedroht, Streikende machen auf den Werken Streikpropaganda. (Abg. Leinert (Soz.): Ist ja nicht wahr! Abg. Dr. Arendt (freik.): Der ganze Streik ist nicht wahr! Gelächter.) Die Kleider der Arbeitswilligen sind wiederholt beschmutzt und unbrauchbar gemacht worden. Der Minister erklärt dann, daß er das Haus nicht mit den Expektorationen der sozialdemokratischen Presse behelligen wolle und verliest unter dem Gelächter der Mehrheit und den den Inhalt bestätigenden Rufen der Sozialdemokraten Berichte des „Berliner Tageblattes" über die

Unnötigkeit des Militäraufgebots.

Da eine Verstärkung der Polizeimannschaften nötig, aber nicht möglich war, mußte natürlich Militär herangezogen werden. Der Minister verliest weiter einen Artikel des „Vorwärts". (Da die Rechte hierbei fortwährend lacht, ruft Abg. Hoffmann (Soz.): Am vielen Lachen erkennt man den Narren! Unruhe rechts.) Der Minister nennt die Behauptung, daß die Polizeimaßnahme überflüssig und die Beamten an den Exzessen schuld seien, grotesk und absurd. (Beifall b. d. Mehrheit.) Er spricht weiter von üblicher Verdrehung und Entstellung, die durch die von ihm vorgetragenen Tatsachen (Rufe d. Soz.: Die Ihnen aufgebundenen Märchen!) völlig widerlegt werden. Die sozialdemokratische Streikleitung hätte doch nicht am 13. schon zur Ruhe dringend gemahnt, wenn dazu kein Anlaß gewesen wäre! Der Rückgang des Streikes nach dem Einrücken des Militärs läßt erkennen, wie groß der Terrorismus der Streikenden vorher war. Woraus leitet der sozialdemokratische Arbeiterverband das Recht her, seinen Willen den Angehörigen eines selbständigen, ihm gleichberechtigten Verbandes aufzuzwingen und dessen Mitglieder als Streikbrecher den Streikenden zur entsprechenden weitern Veranlassung zu denunzieren? (Heiterkeit und Beifall b. d. Mehrheit.) Darf der sozialdemokratische Verband es wagen, den 153 000 übrigen Arbeitern seinen Willen aufzuzwingen? Wenn die Streikleitung geglaubt haben sollte, die Staatsregierung werde ruhig zusehen, wie die Mehrheit der Arbeiter im Ruhrrevier in brutalster Weise vergewaltigt wird, wie sie durch

Ehrverletzung, Mißhandlung und Bombenattentate . . .

(entrüstete Rufe d. Soz.: Bombenattentate? Wo waren das? — Rufe rechts u. i. Ztr.: Ruhe, Ruhe! — Stürmische Rufe d. Soz.: Unerhörte Verdächtigung! — Erneute stürmische Rufe rechts, i. Ztr. u. b. d. Natl.: Ruhe, Ruhe! — Präsident Freiherr von Erffa bittet dringend um Ruhe, dann hat sie sich gewaltig getäuscht und auf die ungeheuerlichen Beschimpfungen, die der Reichstagsabgeordnete

Sachse unter Mißbrauch der parlamentarischen Immunität

(stürmischer Widerspruch d. Soz. die diese Redewendung des Ministers als unerhört bezeichnen. Lauter Zustimmung rechts u. i. Ztr.) den unter Einsetzung von Leben und Gesundheit, unter Anspannung aller Kräfte ihres Amtes waltenden staatlichen Sicherheitsorganen nachzusagen den traurigen Mut gefunden hat. (Erneute stürm. Protestrufe d. Soz., der Präsident ermahnt zur Ruhe. — Zurufe d. Soz.: Er hat eine Beschimpfung ausgesprochen! — Abg. Borchardt: Unverschämtheit! — Präs. Freiherr von Erffa ruft den Abgeordneten Borchardt zur Ordnung.) Auch diese Dinge können unsre Haltung nicht ändern. Die staatlichen Behörden und Beamten werden sich nicht abhalten lassen, nach wie vor ihre Pflicht zum Schutze des Lebens, der Gesundheit und der Ehre der Arbeitswilligen zu tun. (Abg. Hoffmann: Geschäftsführer der Scharfmacher!) Daß die bestehenden Machtmittel mit aller Energie einzusetzen sind, ist der unabänderliche Wille der Staatsregierung. Die Verantwortung fällt auf diejenigen, die zu Gewalttätigkeiten gegen die Arbeitswilligen und Beamten anreizen. (Stürmischer anhaltender Beifall rechts, l. Ztr. u. b. d. Natl.)

Das Haus beschließt die Besprechung der Interpellation.

Abg. Hirsch (Soz.) zur Geschäftsordnung: Ich stelle fest, daß der Minister des Innern die Ausführungen eines Mitgliedes des Reichstags als Beschimpfungen bezeichnet hat. (Zuruf rechts: Das waren sie auch!) Ich erlaube mir die Anfrage, ob auch wir in Zukunft das Recht haben, Ausführungen von Mitgliedern andrer parlamentarischer Körperschaften oder Ausführungen vom Regierungstisch als Beschimpfungen zu bezeichnen. (Lachen rechts.) Durch Ihr Lachen ist meine Anfrage ja eigentlich beantwortet. Wir werden uns also nächstens das Recht dazu nehmen. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Das Haus vertagt sich.

Am Dienstag erfolgt die Besprechung der Ruhrstreikinterpellationen. —

* * *

Die Streiksituation.

Totgesagten prophezeit der Volksmund ein langes Leben. In der Tat bedeuten denn auch die geradezu krampfhaften Versuche der scharfmacherischen und ultramontanen Arbeiterfeinde, den Streik totzureden, ein gutes Omen für den Streik. Am Sonnabend wollte sich die „Kölnische Zeitung" den Dank ihrer Freunde verdienen, indem sie mitteilte, daß schon Abbruchsverhandlungen eingeleitet seien. Die ultramontane Presse geht in ihrer skrupellosen Weise natürlich noch weiter und dekretiert durch Extrablätter: „Der Streik ist so gut wie gebrochen."

An dieser Nachricht ist natürlich kein wahres Wort. Sie entspringt lediglich dem heißen Wunsche der ultramontanen Arbeiterfeinde. In Wirklichkeit ist die Situation für die Streikenden durchaus gut. Nach den amtlichen Berichten ist die Zahl der Arbeitswilligen in den drei Dortmunder Bezirken, dem Hammer und Hörder Bezirk unverändert. Im Bochumer Bezirk, in dem nach der Zechenpresse alles angefahren sein soll, sind nach den amtlichen Feststellungen am Montag 2300 Mann mehr eingefahren. Ueber die andern Bezirke liegen zuverlässige Mitteilungen noch nicht vor. Nach den Feststellungen des alten Verbandes kann von einem Abflauen des Streikes absolut keine Rede sein. Anderseits machen sich die Folgen des einwöchigen Streikes aber schon im hohen Maße fühlbar. Die „Dortmunder Zeitung", ein ausgesprochenes Zechenblatt, das über den Gang der Dinge sicherlich orientiert ist, jammert darüber, daß die Koksöfen erlöschen und die Koksproduktion auf den Dortmunder Zechen eingestellt werden muß. Mehrere Straßenbahnverwaltungen der Landbezirke machen bekannt, daß die sogenannten Anhängewagen, um Strom zu sparen, nicht mehr verkehren. Eine ganze Anzahl kleiner Fabrikanten, namentlich im Volmetal, müssen wegen Kohlenmangels den Betrieb einschränken, und auch eins der größern Eisenwerke, der Bochumer Verein, kündigt für die allernächste Zeit Betriebseinschränkungen an. Die Gesamtsituation ist durchaus günstig.

Im übrigen hat der Streik der böhmischen, sächsischen und hannöverschen Bergleute den kämpfenden Ruhrbergleuten den Mut von neuem gestählt. Sie kämpfen mit dem Ernst und der Hoffnungsfreudigkeit, die beide ihre Lage bedingt, unentwegt weiter. —

* * *

Streike in den Außenrevieren.

Die Zahl der streikenden Bergarbeiter im lothringischen Revier (Merlenbach, Spittel) hat sich auf 5000 erhöht. Die Zahl der Anfahrenden ist sehr gering. Wie man Arbeiter dort behandelt bzw. entlohnt, davon zeugt ein Lohnbuch, das uns vorliegt. Ein Bergarbeiter hat in elf Schichten 47,52 Mark verdient. Davon gingen ab 20 Mark Abschlag, 16 Mark Miete, 5,28 Mark Steuern. Das übrige ging für Geleuchte und für Gefälle auf, so daß der „glückliche" Bergmann am Lohntag einen ganzen Pfennig ausgezahlt erhielt. Für verlorene Markennummern, deren Wert kaum 5 Pfg. beträgt, wird den Leuten 1 Mark einbehalten. Auch auf den lothringischen Gruben verfährt man ähnlich wie im Ruhrbecken. Auch dort wird mit Kontraktbruchstrafen gedroht, und als die Bergarbeiter am dritten Tage nicht einfuhren, wurde die Frist für den Kontraktbruch bis auf Montag ausgedehnt.

Im Deister Revier, Hannover, sind von 2500 Bergarbeitern heute nur 500 angefahren. Die Gruben sind hier fiskalisch.

Im Lugau-Oelsnitzer Revier (Sachsen) fuhr zur Frühschicht nur ein Drittel der Gesamtbelegschaft an, zwei Drittel streiken.

Auf der Charlottengrube in Oberschlesien ist gleichfalls ein Streik ausgebrochen.

Im Waldenburger Revier (Niederschlesien) haben 15 Versammlungen stattgefunden, die von 10 000 Bergarbeitern besucht waren. Es wurde beschlossen, am Mittwoch eine Revierkonferenz abzuhalten, auf welcher über den Streik endgültig Beschluß gefaßt werden soll.

Im Senftenberger Braunkohlengebiet fanden am Sonntag neun öffentliche Bergarbeiterversammlungen statt, die sich mit dem vom Herrenhaus verlangten Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaftsbewegung und mit dem Ausstand der Bergarbeiter im Ruhrrevier beschäftigten. Alle Versammlungen, in denen zumeist sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete redeten, erfreuten sich eines starken Besuches, und das Interesse an der Lohnbewegung der westfälischen Bergknappen zeigte sich an den temperamentvollen Aeußerungen der Versammlungsbesucher.

An eine Lohnbewegung der Bergarbeiter des Niederlausitzer Braunkohlengebiets ist zurzeit nicht gedacht, wenn aber der Ruf an die Knappen dieses Gebiets ergeht, mit ihren Kameraden in Westfalen gemeinsame Sache zu machen, so werden sie ihm folgen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Niederlausitzer Kohlenrevier sind bekanntlich miserabel, während die Aktionäre hohe Gewinne einstreichen. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 19. März 1912.

„Terrorismus" und „Landfriedensbruch".

Just zur selben Stunde, wo die Zentrumsgewerkschaftler und ihre Presse über den „Streikterrorismus der sozialdemokratischen Bergarbeiter" schreien, hat die Kölner Strafkammer acht Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes neben vier Mitgliedern der freien Gewerkschaft wegen eines angeblichen Streikexzesses zu Gefängnisstrafen von 3 bis 4 Monaten verurteilt. Unter den Verurteilten befindet sich der christliche Gewerkschaftsbeamte Becker aus Köln, der vier Monate erhielt. Die Verurteilten hatten sich Ende Mai gelegentlich eines Streikes in Eckdorf (Landkreis Köln) zu der Baustelle des Bauunternehmers Wieland begeben. Sie gerieten dort mit diesem und den Arbeitswilligen aneinander, wobei der Beamte mit einem Ziegelstein in die Seite geworfen wurde. Als nachher etwa 20 Streikende wieder an die Baustelle kamen, gab der Unternehmer zwei Schreckschüsse ab. Darauf warfen die Arbeitswilligen mit Ziegelsteinen und vertrieben die Streikenden mit langen Stangen. Als diese nochmals an der Baustelle erschienen, wurden sie von Dorfbewohnern mit Knüppeln und Dreschflegeln weggejagt.

Die Anklage lautete auf Zusammenrottung, um mit vereinten Kräften gegen Personen und Sachen Gewalttätigkeiten zu begehen. Becker soll seine Kollegen zu dem Vorgehen veranlaßt haben. Er befand sich unter der „Zusammenrottung". Das Gericht erkannte an, daß von den Arbeitswilligen zuerst geworfen worden sei. Becker erklärte, erst nach einem Ziegelstein gegriffen zu haben, als der Unternehmer Miene machte, ihn zu schlagen. Ferner sollen die Streikenden den Unternehmer und die Arbeitswilligen beschimpft und bedroht haben.

Die Bestrafung der zwölf Arbeiter ist genau so ungerecht, wie in früheren ähnlichen Prozessen. Den Zentrumschriften aber wird sie zu Gemüte führen, wie infam das Terrorismusgeschrei und der Ruf nach bewaffneter Macht jetzt im Kohlengebiet ist. —

Entlarvung eines Spitzels.

In der Trunkenheit hat ein Berliner Polizeispitzel, der unter dem Namen Ede Reimann seit 5 Jahren an der Expedition und Verbreitung der Anarchistenblätter „Revolutionär", „Freier Arbeiter" und „Sozialist" tätig war, folgende Ausweiskarte verloren:

Ausweiskarte 27
für den Polizeiagenten Georg Prawitz,
am 23. August 1890 zu Neuruppin geboren.
Nur zum Ausweis den Polizeibeamten gegenüber bestimmt.
J. V.: v. Manteuffel, Kriminal-Kommissar.

Größe: 1,65 Meter.
Gestalt: klein untersetzt
Haar: mittelblond.
Bart: —.
Augen: gelblich.

Die Anarchisten, die diese Legitimation ihres seltsamen „Genossen" fanden, bestellten ihn zu einer Sitzung und hielten ihm plötzlich das Dokument seiner Schande vor. Da gestand er seine Schandtaten ein, unter denen auch die auf seine Veranlassung erfolgte Ausweisung eines Russen ist, und flehte nur, man möchte ihn nicht verhauen. Natürlich hat sich niemand an diesem Feigling vergriffen, aber man hat ihn durchsucht und festgestellt, daß er sowohl für die Kriminal- und Sittenpolizei wie für die Anarchistenüberwachung — letzteres für einen Sündenlohn von 40 Mark pro Monat — seit vielen Jahren tätig war. Das ist auch ein sogenanntes staatserhaltendes Element, aber stolz braucht kein Staat auf diese Stützen zu sein. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 19. März 1912.

— **Unsre Märzfeier.** Im festlich geschmückten Saale des „Luisenparks" hatten sich am Montag abend zahlreiche Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins mit ihren Frauen eingefunden, um in würdiger Weise die Märzfeier zu begehen. Das Programm bestand in Instrumental- und Vokalkonzert, ausgeführt von namhaften Künstlern, Rezitationen heiteren und ernsten Inhalts und der inhaltreichen Festrede des Reichstagsabgeordneten Genossen Heinrich Schulz (Berlin). Alle Darbietungen fanden den Beifall der aufmerksamen Zuhörerschaft. Genosse Schulz behandelte in seiner Festrede „Politik und Dichtkunst". Um 12 Uhr erreichte die Feier ihr Ende. —

— **Zur Frage der Müllabfuhr in Magdeburg.** Am vergangenen Sonnabend hatte der zuständige Magistratsdezernent die Vorstände sämtlicher hiesigen Hausbesitzervereine zu einer Besprechung über die Müllabfuhr zusammengerufen, die zu längeren Auseinandersetzungen führte. Den Anlaß zu dieser Versammlung hatte eine kürzlich durch die Tagespresse gehende Nachricht gegeben, die im Anschluß an einen Bericht über die letzte Sitzung eines Hausbesitzer-Vereins erschienen war. Danach war ein Zusammenschluß sämtlicher Magdeburger Hausbesitzervereine zu einer gemeinsamen Protestaktion gegen die bevorstehende Neureglung der Müllabfuhr geplant. Es wurde in dieser Sitzung betont, daß Magistrat und Stadtverordnete besonderen Wert darauf legen, bei Lösung dieser wichtigen Frage in enger Fühlung mit der Praxis und mit den Interessenten zu bleiben, damit man zu einem praktisch und hygienisch gleich einwandfreien Ergebnis gelangen könne. Von beiden Seiten gelangte man nach längerer Aussprache zu einer gewissen Uebereinstimmung in den wichtigsten Fragen. Die Vertreter der Hausbesitzervereine gaben die Zusage, die praktischen Abfuhrversuche nicht mit einer zur Negative neigenden Voreingenommenheit, sondern mit sachlicher Ruhe und Objektivität verfolgen und würdigen zu wollen. Danach wäre also zu hoffen, daß die wichtige Frage der Müllabfuhr doch noch eine befriedigende Lösung finden wird. Es fragt sich nur wann? —

— **Zur Lohnbewegung der Schneider** wird uns von der Streikleitung geschrieben: Die Herren vom Arbeitgeberverband sind auf das äußerste erbost über ihre eigne „Mutigkeit". Sie hatten damit gerechnet, daß in dieser Woche die Gehilfen zu Kreuze kriechen würden, weil das Geld alle geworden ist. Diese Rechnung stimmt natürlich nicht, weil drei Viertel aller Unternehmer den Mut nicht besitzen, ihre Gehilfen auszusperren. Das ganze Unternehmen sieht also einem Fiasko verteufelt ähnlich, und so verfallen sie auf folgenden Plan, um zu retten, was noch zu retten ist, vorausgesetzt, daß die Gehilfen auf den Leim kriechen: Sobald die Herren einen streikenden Gehilfen treffen, der für eigne Kundschaft arbeitet, um die Streikkasse nicht zu belasten, so entrüsten sie sich, daß das kein Streiken sei, denn wenn die Gehilfen für das Geschäft nichts tun, so müßten sie auch die Arbeit für die eigne Kundschaft liegen lassen. Diese sonderbare Logik führte selbstverständlich nicht zum gewünschten Ziel, und so bleibt das Geld der Streikkasse nach wie vor erhalten. Da besannen sich die Herren, daß es doch auch Geschäfte gibt, die bewilligt haben und sie kalkulierten: „Wie nun, wenn wir diese Geschäfte bei den Streikenden verdächtigen, daß gerade dort die Streikarbeit gemacht wird; die Gehilfen werden dort die Arbeit niederlegen und die Folge ist, daß die Zahl der zu Unterstützenden größer und das Geld eher alle wird." Dieser saubere Plan ist den Herren gründlich vorbeigelungen. Je verzweifelter die Anstrengungen der Unternehmer sind, um Bresche zu schlagen, desto besser steht es mit der Sache der Gehilfen, und die sind nicht im Zweifel, auf welcher Seite der endgültige Sieg sein wird. —

— **Schornsteinbrand.** Am Dienstag mittag gegen 12 Uhr rückte Löschzug 1 auf eine Feuermeldung vom Melder Heumarkt 1 nach Artilleriestraße 17 zum Ablöschen eines Schornsteinbrandes. Durch Ableinen wurde die Gefahr beseitigt. —

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 67. Magdeburg, Mittwoch den 20. März 1912. 23. Jahrgang.

Patriotenrummel.

Der Pantherſprung von Agadir hat in Frankreich eine nationaliſtiſche Springflut erzeugt, die noch nicht abflauen will. Nicht etwa, als ob ganz Frankreich von Kriegsgeſchrei erfüllt wäre und ſich auf eine Revanche vorbereitete. Wir ſind überzeugt, daß ſelbſt die berufsmäßigen Kriegshetzer, die Militärlieferanten und ihre Preſſe, keinen Krieg mit Deutſchland wünſchen. Aber ein großer Teil der Bourgeoiſie und der ihr nachtrottenden Bevölkerung hat das Bedürfnis, ſich und andre oſtentativ zu überzeugen, daß „man“ gegebenenfalls „bereit“ ſei und nicht „nachgeben“ würde.

Dieſe etwas konfuſen Gefühle finden bei allen paſſenden und unpaſſenden Gelegenheiten ihren Ausdruck. Man braucht ſie nicht tragiſch zu nehmen, es wäre jedoch töricht, ſie nicht zu beachten. Dieſe Gefühle werden natürlich von eifrigen Geſchäftspolitikern, denen die Politik weiter nichts iſt, als eine Gelegenheit, Geſchäfte zu machen, gründlich ausgenutzt. So iſt Herr Millerand, der Exſozialiſt und gegenwärtige Kriegsminiſter, plötzlich ein „populärer“ Mann geworden. Er hat zwar noch keine Schlachten gewonnen und würde ſich dazu auch ſchlecht eignen, er hat es aber mit dem Gefühl des ehemaligen Maſſenführers ſehr gut verſtanden, den nationaliſtiſchen Gefühlen Rechnung zu tragen.

Zunächſt ſuchte er ſich bei den reaktionären Offizieren beliebt zu machen, indem er das von ſeinem Vorgänger herausgegebene Dekret über die Kontrolle der außerdienſtlichen Haltung der Offiziere durch die Präfekten aufhob. Damit iſt der letzte Reſt der ſo viel verſchrienen „ſiches“ getilgt. Dann verordnete der Herr Kriegsminiſter zur großen Freude der Dienſtmädchen, Straßenjungen und bürgerlichen Bummler die Wiedereinführung des öffentlichen „Zapfenſtreichs“ mit Muſik und Trompetengeſchmetter jeden Samstag abend. Vornweg und hintennach folgt, wie immer bei ſolchen Gelegenheiten, der Troß der Neugierigen und Bewegungsluſtigen, was der bürgerlichen Preſſe Gelegenheit gab, über das „Wiedererwachen des patriotiſchen Gefühls“ zu philoſophieren.

Schließlich ſei noch die Maßnahme über die Reglementierung der „vierten Waffe“, erwähnt. Gemeint ſind die Luftfahrzeuge. Aber damit hat Herr Millerand nur dem Zwange einer „patriotiſchen Bewegung“ gehorcht. Mehr als anderwärts, weil die Franzoſen einen kleinen Vorſprung haben, hat ſich in Frankreich die Induſtrie der Fabrikation der Flugmaſchinen zugewandt. Aber die großen Hoffnungen, die die Leute, die ihr Geld in dieſe Unternehmungen ſteckten, auf dieſen neuen Zweig der Mehrwerterzeugung ſetzten, realiſierten ſich nicht. Trotz der Rundflüge und Schauflüge blieben die großen Beſtellungen aus. Theoretiſch, und bis zu einem gewiſſen Grade auch praktiſch, iſt das Problem des menſchlichen Fluges gelöſt. Der Löſung harrt jedoch noch die praktiſche Ueberlegenheit der Flugmaſchine über das Automobil. Um den Zuſammenbruch der Flugmaſchinenfabriken aufzuhalten, wenden ſich die intereſſierten Kapitaliſten an den Staat und fordern von ihm, daß er die von dem zahlungsfähigen Publikum verſchmähten Aeroplane kaufe. Natürlich geht man dabei nicht ſo plump vor. Man läßt ſich aus Deutſchland Spezialkorreſpondenzen ſchicken, worin nachgewieſen wird, daß Deutſchland im Begriff ſei, Frankreich zu — überflügeln; man weiſt nach, daß die Militärverwaltung faſt gar nichts tue, um dieſe dem franzöſiſchen Genie entſprungene Erfindung auszunutzen. Parlamentarier verlangen die Einſtellung einer bedeutenden Summe für den Ankauf von Flugmaſchinen, für die Schaffung eines neuen Truppenteils und ſchließlich wird eine öffentliche Sammlung veranſtaltet. Der „Matin“, das „Journal“, der „Petit Pariſien“ und wie die Pariſer General-Anzeiger ſonſt heißen mögen, haben ihren Konkurrenzkampf eingeſtellt und ſich zum gemeinſamen patriotiſchen Werke zuſammengetan. 1½ Millionen ſind ſchon geſammelt worden. Vier Fünftel der Summe ſind von den großen Banken und den Gemeinden geſpendet. Das andre Fünftel kommt von dem Herrn Soundſo, der 20 Frank zeichnet, damit ſein Name in der Zeitung erſcheint, von begeiſterten Gymnaſiaſten, von patriotiſchen Portiers, aus der kleinen Anna ihrer Sparbüchſe, von einer Gruppe ehemaliger Unteroffiziere, vom Stiftungsfeſt der Feuerwehr in Dingskirchen von den Arbeitern der bekannten Automobilfabrik, unter denen die Werkführer geſammelt haben, nachdem die Fabrikleitung 200 Frank gezeichnet hat, was in Summa 224 Frank und 10 Centimes ergab uſw. uſw.

Es iſt eine Art Zeppelinrummel in abgeſchwächter Auflage. Die Hauptſache dabei iſt, daß das Geſchäft blüht. Der Staat wird vielleicht für 10 Millionen Flugmaſchinen und Lenkballons kaufen, die in einigen Jahren zum alten Eiſen geworfen werden, 3 oder 4 Millionen werden durch Sammlungen eingehen, die Aktien der Flugmaſchinenfabriken werden wieder etwas ſteigen und die „große“ Preſſe wird ſich brüſten, Frankreich einen großen Dienſt erwieſen zu haben.

Alle dieſe Dinge wären im Grunde nicht der Beachtung wert, wenn ſie nicht einen politiſchen Untergrund hätten und politiſch ausgeſchlachtet würden. Die Debatte über die auswärtige Politik Frankreichs, die am Freitag ihre Fortſetzung in der Kammer genommen hat, die ſteckengebliebenen Verhandlungen mit Spanien, der italieniſch-türkiſche Krieg mit ſeinen Rückwirkungen, alle dieſe Dnge ſpielen da hinein oder werden hineingezogen. Aber am Anfang des ganzen Rummels ſteht der Pantherſprung nach Agadir. —

Fr.

Aus der Gewerkſchaftsbewegung.

Achtung, Metallarbeiter! In der Metallwarenfabrik Fabrika Vulcan Straden Soxana 13 Septembrie (Bukareſt) ſtehen ſeit 14 Tagen 700 Arbeiter im Streik. Urſache iſt ſchlechte Behandlung und Mißhandlungen der Arbeiter durch die Meiſter und Entlaſſungen wegen Zugehörigkeit zur Organiſation. Da die Fabrikleitung in Zeitungen deutſcher Sprache Arbeiter ſucht, wird hierdurch dringend vor Zuzug gewarnt. —

Streik der Fenſtertreiniger in Eſſen a. d. Ruhr. Die im Tranſportarbeiterverband organiſierten Fenſterputzer in Eſſen befinden ſich ſeit Freitag im Ausſtand. Um Fernhaltung des Zuzugs wird gebeten. —

Achtung, Former! In der Prinz-Karls-Hütte zu Rothenburg bei Könnern ſind die Former wegen abgelehnter Lohnforderungen in den Streik getreten. Um ſtrengſte Fernhaltung des Zuzugs wird gebeten. —

Der Verband der Lagerhalter 1911. Der Vorſtand des Verbandes veröffentlicht ſeinen Geſchäftsbericht für das Jahr 1911. Der Verband hat um 292 Mitglieder zugenommen, ſo daß am Jahresſchluß die Mitgliederzahl 2744, darunter 171 weibliche, betrug. Für 785 Verbandsmitglieder wurden durch Abſchluß von neuen Verträgen Verbeſſerungen in bezug auf Gehalt, Arbeitszeit uſw. erreicht. An Umzugskoſten zahlte der Verband 2249 Mark. Unterſtützung an Arbeitsloſe wurden 5227,50 Mark gewährt. Gerichts- und Anwaltskoſten verurſachten eine Ausgabe von 1492 Mark. Das Verbandsvermögen betrug 73 000 Mark. Entſprechend einem Beſchluß der letzten Generalverſammlung hat der Vorſtand zur Verſchmelzungsfrage mit dem Handlungsgehilfenverband Uebertrittsbedingungen ausgearbeitet, die den Mitgliedern jetzt vorliegen. —

Konventionalſtrafen bei Lohnbewegungen. Ein intereſſanter Prozeß hat vor dem Oberlandesgericht Augsburg ſeinen Abſchluß gefunden. Im Sommer vorigen Jahres traten die Schloſſergehilfen in Augsburg in eine Tarifbewegung ein. Die in einer Innung vereinigten Schloſſermeiſter beſchloſſen nun, mit der Organiſation der Gehilfen zwar zu verhandeln, aber unter keinen Umſtänden einen Tarif mit der Organiſation abzuſchließen. Damit dieſer Beſchluß gehalten werde, verpflichteten ſich die Meiſter, je nach der Gehilfenzahl eine Konventionalſtrafe zu zahlen, wenn der gefaßte Beſchluß nicht eingehalten wird. Der Schloſſermeiſter Plabſt proteſtierte zwar in der Meiſterverſammlung, unterſchrieb aber ſpäter doch den Revers. Die Gehilfen traten in den Streik. Schloſſermeiſter Plabſt, der Arbeiten zu einem beſtimmten Termin fertigzuſtellen hatte, ſah ſich gezwungen nachzugeben, und unterſchrieb den Tarif. Die Schloſſerinnung verlangte nun die Bezahlung der Konventionalſtrafe von 650 Mark; als Plabſt dies verweigerte, erfolgte gerichtliche Klage. Das Landgericht Augsburg (Zivilkammer) wies die Klage der Schloſſerinnung koſtenfällig ab, da die Vereinbarung auf Grund des § 152 der Reichsverſicherungsordnung erfolgt ſei und jedem Beteiligten es freiſtehe, von einer ſolchen Vereinbarung zurückzutreten. Auf den Rücktritt könne weder Klage noch Einrede erfolgen. Das Oberlandesgericht hat die Klage ebenfalls abgewieſen. —

Richterliche Kenntniſſe des Gewerkſchaftsweſens. Zwei Friſeure hatten gegen ihre Verurteilung nach § 153 der Gewerbe-Ordnung beim Landgericht Leipzig Berufung eingelegt. Es entwickelte ſich folgender charakteriſtiſcher Diſput:

Vorſitzender Landgerichtsrat Hähnel: Sie gehören alſo dem ſozialdemokratiſchen Verband an.

Angeklagter Steinmüller: Das iſt nicht richtig. Unſer Verband treibt keine Politik.

Vorſitzender: Ich nenne das ſozialdemokratiſch. Damit treffen wir das Richtige.

Verteidiger Dr. Hübler: Das iſt unſachlich. Ich bitte das zu unterlaſſen.

Vorſitzender: Fangen Sie nur nicht ſchon wieder an! Sie haben meine Geſchäftsführung nicht zu kritiſieren und ſich gar nichts auszubitten!

Verteidiger: Es iſt unſachlich und ich bitte nochmals, das zu unterlaſſen.

Vorſitzender: Halten Sie mich nur nicht für politiſch harmlos; ich habe ſo viel darüber geleſen, daß ich weiß, daß die Gewerkſchaft ſozialdemokratiſch iſt. Ob ich das ſozialdemokratiſch nenne oder nicht, das iſt meine Sache. Was iſt denn auch weiter dabei? Das iſt doch ganz egal!

Angeklagter Gottſchling: Aber uns iſt das nicht egal!

Der Vorſitzende brach die Unterhaltung nunmehr ab und trat in die ſachliche Erörterung ein. Die Verhandlung wurde vertagt. —

Siebenter Verbandstag deutſcher Gaſtwirtsgehilfen.

kr. Vom 19. bis 23. März hält in Nürnberg der Verband deutſcher Gaſtwirtsgehilfen ſeinen ſiebenten Verbandstag ab. Der Verband zählte an Mitgliedern am 1. Januar 1898: 915, 1912: 13 918. Die Geſamteinnahmen des Verbandes 1910 und 1911 betrugen 590 480 Mark, die Kaſſenbeſtände 171 973 Mark. Der Verband verausgabte: An Krankenunterſtützung 70 603 Mark, Reiſeunterſtützung 3704 Mark, Sterbegeld 6294 Mark, ſonſtige Unterſtützung 10 595 Mark, Streik- und Gemaßregeltenunterſtützung

Wilhelm-Theater.

Magdeburg, 18. März.

Gaſtſpiel Anni Boeſe und Viktor von Schenk. So ſollte es ſein. Es kam aber anders. Anni Boeſe mußte in Leipzig eine erkrankte Kollegin vertreten, Olga Hauſen trat für ſie als Maritana ein und Artur Klaproth als Don Ranudo machte aus der Sache einen unheimlichen Witz. Er hat in „Don Ceſar“ die Berechtigung dazu, denn er iſt das dumme Karnickel, ohne das es in einer ſchönen Operette nicht abgeht. In der Titelrolle tat ſich Viktor von Schenk hervor. Sein Don Ceſar iſt ein andrer geworden, als er früher zu ſein beliebte, geſchmeidiger, dezenter und künſtleriſcher im Tone. Daß man ihn auszeichnete, war Pflicht. Er hatte den Lorbeer verdient. Sein glücklicher Partner in Huldigungen war Paul Schultze, der als ränkevoller Miniſter Fernandez ſein Benefiz gab. Das Benefiz iſt im Wilhelmtheater der Zeitpunkt der öffentlichen Beglaubigung anerkannter Künſtlerſchaft. Der liebenswürdige Intrigant konnte ſich leider nicht in der Geſchwindigkeit umſchminken, doch auch die gemalten Bosheitsfalten im Geſicht nahmen eine andre Richtung an, als der Segen auf ihn einſtrömte. Das Haus war ausverkauft. —

Grote.

Konzert.

Magdeburg, 18. März.

Der Magdeburger Lehrergeſangverein gab im „Fürſtenhof“ ein Konzert. Einem ſehr, ſehr bunten erſten Teile des Programms folgten im zweiten die als Hauptſache gedachten „Szenen aus der Frithjoffſage“ von Max Bruch. Doch zunächſt noch ein Wort über den erſten Teil. Programm: Gottfried Grunewalds Ballade „Des Sängers Fluch“, eine Marſchnerſche Arie und Krug-Waldſees „Mauſehochzeit“. Die Mauſehochzeit in Ehren, aber ſie iſt in Magdeburg nun ſchon ſo oft gefeiert, daß ein Kammerjäger im Konzertſaal ſchon zum notwendigen Inventar gehören ſollte. Und paßt dieſe ringelſchwänzige Kompoſition denn nur ſo recht neben die in das Innerſte greifende Hans-Heiling-Arie? Eben hat der Soliſt geſungen: Mit endloſen Schmerzen, mit Argwohn und Bangen, mit raſendem Verlangen! So lieb ich dich!; da beginnt auch ſchon: Bei Mausmanns ſollte Hochzeit ſein. Die Ballade Grunewalds iſt eine rechtſchaffene Muſikdirektor-Arbeit. Der Schwerpunkt liegt im Orcheſter, im „großen“ Orcheſter. Ohne ein ſolches geht es nicht mehr. Der Text iſt allbekannt. Es müſſen große Geiſter ſein, deren Spannkraft von Lenz und Liebe zum Verſinken, Vergeſſen, Schutt und Moder reicht. Doch ſoll der Fleiß des Komponiſten und deſſen recht geſchickter Entwurf in der Anlage des Werkes anerkannt bleiben. Muſikdirektor Krug-Waldſee hatte ſich auch mit Sorgfalt der Sache angenommen und der Soliſt, Hofopernſänger Hans Spies (Braunſchweig), war durchaus beifallswert. Die Szenen aus Bruchs „Frithjoffſage“ hörte ich zum größten Teile. Hier traten neben dem genannten Soliſten noch Lucie Brandt (Sopran) und das Magdeburger Konzert-Quartett in Erſcheinung. Das Werk war ſehr gewiſſenhaft geſanglich vorbereitet. Der Chor hatte viele ſchöne Momente. Der Geſamteindruck, den ich von den Leiſtungen des Chores hatte, war ein recht gewinnender. Die Leiſtungen der Soliſten als gleichwertig zu bezeichnen, iſt mir nicht möglich. —

Grote.

Kleines Feuilleton.

Max Burckhard †. Am Freitag morgen iſt Dr. Max Burckhard, der geweſene Direktor des Wiener Burgtheaters, plötzlich geſtorben. Burckhard iſt am 14. Juli 1854 in Korneuburg geboren. Nachdem er das Gymnaſium beſucht hatte, ſtudierte er an der Wiener Univerſität Rechtswiſſenſchaft. Zur allgemeinen Ueberraſchung wurde er 1890 zum Direktor des Burgtheaters ernannt. Er hatte durch keine literariſche Veröffentlichung vorher Neigung oder Beruf zum Theater gezeigt. Als Burgtheaterdirektor hat er aber doch in mannigfachen Richtungen erneuernd und auffriſchend gewirkt. So iſt ihm das Verdienſt zuzuſchreiben, Ibſen am Burgtheater eingeführt und gepflegt zu haben. Kurz bevor er von ſeiner Stelle als Direktor ſchied, engagierte er Kainz, nachdem er früher ſchon Mitterwurzer und die Sandrock, die damals auf ihrer Höhe ſtand, ins Burgtheater gebracht hatte. Er hat auch die volkstümlichen Nachmittagsvorſtellungen der Klaſſiker eingeführt. Dieſe Einführung iſt ihm geradezu als eine Tat anzurechnen. Er war der erſte, der einen ſolchen Verſuch machte. Er hat an dieſen Vorſtellungen auch bis ans Ende ſeiner Direktorzeit feſtgehalten. Schon während ſeiner Burgtheaterzeit beſchäftigte er ſich mit literariſchen Werken. Er ſchrieb vorerſt Romane und hat auch ſpäter einige Bände Novellen und Skizzen veröffentlicht. Nachdem er im Jahre 1898 vom Burgtheater geſchieden war, betätigte er ſich weſentlich journaliſtiſch, indem er ſich über eine Reihe von wichtigen Tagesfragen ſachgemäß äußerte, und verlegte ſich auch auf die dramatiſche Dichtung. Manches von den Erzeugniſſen ſeiner dichteriſchen Tätigkeit wird noch längere Zeit leben. —

* **Wird unſer Magen kleiner?** In der franzöſiſchen Akademie der Wiſſenſchaften berichtete der Direktor des Laboratoriums für vergleichende Zoologie und des naturgeſchichtlichen Muſeums in Paris, Profeſſor E. Perrier, über die bisherigen Forſchungen über die Größenverhältniſſe der Menſchen- und Tiermagen, die ſchon Délaiſſées begonnen hatte und die jetzt von Magnan zu Ende geführt worden ſind. Die Unterſuchungen haben zu wertvollen Aufſchlüſſen geführt, ſie beweiſen nämlich vollauf, daß der Umfang und die Größe des Magens ſich der Art der Ernährung anpaſſen. Eine umfangreiche Klaſſifizierung der Magen der bekannten Tiere ergibt, daß alle Pflanzen freſſenden Tiere längere Verdauungsſchläuche beſitzen als andre lebende Weſen. An zweiter Stelle ſtehen die Getreide und Körner freſſenden Tiere, an dritter die alles freſſenden, an vierter die Fiſch freſſenden, an fünfter die Fleiſch freſſenden und an letzter die Inſektenfreſſer. Dieſe Unterſuchungen, die ſich zunächſt auf die Länge des Magenſchlauchs erſtreckten, wurden dann wiederholt, wobei das Gewicht des Magenapparats zur Grundlage der Forſchungen gemacht wurde. Die gewonnenen Feſtſtellungen beſtätigten die bei der Meſſung der Magenlänge feſtgeſtellte Klaſſifizierung. Die Erklärung dieſer Tatſache bereitet keine Schwierigkeiten. Man weiß, daß die Pflanzenfreſſer unter den Tieren größere Speiſemengen aufnehmen müſſen, als etwa die Fleiſchfreſſer. Aber die größere Menge allein würde nicht genügen, die Hauptſache bleibt die gründliche Ausnutzung des Nährwertes durch die Verdauung. Um die größeren Speiſemaſſen zu bewältigen, müſſen die Zellen, die die Verdauungsſäfte produzieren, vervielfacht werden, und da ſie nebeneinander liegen, iſt das nur durch eine Verlängerung oder Vergrößerung des Magens möglich. Die Fleiſch freſſenden Tiere dagegen bedürfen einer geringeren Speiſemaſſe; infolgedeſſen iſt ihr Magen kleiner. Eine Veränderung der Ernährungsweiſe bringt mit der Zeit durchgreifende Veränderungen des Verdauungsorgans mit ſich. Es iſt nach dieſen Feſtſtellungen nun auch zweifellos, daß der prähiſtoriſche Menſch, bei dem die Pflanzenkoſt vorherrſchte, ungleich größere Magenorgane beſaß als der moderne Menſch, bei dem die Fleiſchkoſt im Vordergrund der Ernährung ſteht. Die im Wandel der Zeit ſich vollziehende Veränderung des Magenumfanges bringt natürlich gewiſſe anatomiſche Umwandlungen mit ſich. Man weiß, daß der Blinddarm ſich im Laufe der Jahrhunderte immer mehr verkürzt hat und daß ihm heute keinerlei vitale Funktion mehr zufällt, ſo daß er ohne Schaden entfernt werden kann. Den gleichen Weg hat der ganze Magen des Menſchen genommen: er iſt kleiner und kürzer geworden, und dieſer Verkleinerungsprozeß ſetzt ſich auch gegenwärtig noch fort. Die Zeit iſt vielleicht nicht fern, in der man von einem Menſchen wirklich wird ſagen können, daß er einen „Vogelmagen“ habe. —

* **Eine Epiſode aus dem Prozeß von Czenſtochau.** Zur Charakteriſtik des Angeklagten Starczewski und der mitangeklagten ehemaligen Mönche wurden auf Antrag des Anklagevertreters auch Auszüge aus Starczewskis Tagebuchaufzeichnungen zur Verleſung gebracht. In dem Tagebuch heißt es, wobei wir bemerken, daß wir das Gröbſte geſtrichen haben:

6. Mai. Flüchtig gebetet. Leidenſchaftlich geküßt mit einer Frau. Geſtern zweimal geſündigt.

3. Juni. Flüchtig gebetet. Geküßt leidenſchaftlich.

18. Juni. Flüchtig gebetet. Geſtern habe ich am Gottesdienſt nicht teilgenommen. Eine verheiratete Frau berührt. Geſtern getrunken, ebenſo vorgeſtern.

30. Juni. Nur einmal gebetet. Gottesdienſt nicht abgehalten. Geſündigt, geküßt, getrunken, geflucht. Am Vorabend des Faſttages im Theater.

5. Juli. Flüchtig gebetet. Geſtern überhaupt nicht gebetet. Während des Gottesdienſtes war ich unaufmerkſam, ich habe geſtern geſoffen und bei der Beichte gezittert.

11. Juli. Flüchtig gebetet, getrunken, geflucht.

18. Juli. Flüchtig gebetet, getrunken, geflucht.

2. Oktober. War ſchon ſeit mehr als drei Wochen nicht bei der Beichte. Bei der letzten und vorletzten Beichte war ich nicht aufrichtig. Nicht alle Sünden bekannt. Ohne Aufmerkſamkeit gebetet. Während des Gottesdienſtes beim Gebet oft verſehen. Getrunken, aber nicht betrunken. In dieſem Zuſtand die Beichte abgenommen. Mehrere Groſchen aus der Sakriſtei genommen. —

42 980 Mark, Darlehen 8561 Mark, Rechtsschutz 9418 Mark. Um den Verband in das Verhältnis zu seinem riesigen Arbeitsfeld zu stellen, sei darauf hingewiesen, daß 1907 im Gastwirtsgewerbe 809 603 beschäftigte Personen gezählt wurden. Die große „Finanzreform" wälzte einen gewaltigen Teil der 500 Millionen neuer Steuern dem Gastwirtsgewerbe auf und verschlechterte die Einkommensverhältnisse der Gastwirtsgehilfen enorm. Die Angestellten waren die wirklichen Leidtragenden bei der „Finanzreform", da die erhöhten Preise das Publikum zu einer gewaltigen Einschränkung aller Nebenausgaben, besonders der Trinkgelder, veranlaßte, auf denen die Existenz großer Scharen gastwirtschaftlicher Angestellter noch fast ausschließlich beruht. Das hat zur Aufklärung der Angestellten über die Notwendigkeit fester Löhne beigetragen, und die Folge war die verhältnismäßig starke Mitgliederzunahme und eine starke Zunahme der Lohnbewegungen. Der Verbandstag wird die Organisation zu ihren Aufgaben noch fähiger zu gestalten suchen und vor allem dadurch, daß er das wichtige Projekt der Einführung der Arbeitslosenunterstützung realisieren will. Am Montag findet eine Vorbesprechung statt, in der Vorschläge für einen neuen ersten Vorsitzenden sowie einen internationalen Sekretär gemacht werden sollen. Genosse Pötzsch, bisher erster Vorsitzender, ist in die Redaktion der „Sozialdemokratischen Partei-Korrespondenz" eingetreten, Genosse Baumeister, bisher internationaler Sekretär des Verbandes, ist in das Internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen eingetreten. —

Provinz und Umgegend.

Sächsischer Provinziallandtag.

In der Sitzung am Sonnabend wurde zunächst in der Beratung der Sonder-Haushaltpläne fortgefahren und eine längere Debatte über den Etat der Provinzialchausseen geführt, der schließlich in Einnahme und Ausgabe mit 2 675 000 Mark genehmigt wurde. Beim Etat der Kleinbahnen, der mit 1 442 000 Mark abschließt, wurde ein Antrag Borcke (Liebenwerda) betreffend Aufnahme einer Anleihe von 2 Millionen zum Kleinbahnfonds angenommen. Oberbürgermeister Schütze (Stendal) fand bei der Verhandlung der Vorlage betreffend Aenderung des Reisekosten-Reglements die für Reisekosten der Provinzialbeamten ausgegebene Summe von pro Jahr 85 000 Mark viel zu hoch. In der Rechnungskommission sei gerügt worden, daß für eine Fahrt von Halle nach Ammendorf (Von 10 Minuten Dauer! Red. d. „V.".) 20 Mark gezahlt würden. Landrat v. Jagow sprach gegen eine Erhöhung der Tagegelder für die Mitglieder des Landtags. Er habe die Empfindung, daß die Abgeordneten immer wieder etwas mit nach Hause nehmen und fürchtet, daß die Abgeordneten mit 15 Mark zu gut bezahlt würden, da Merseburg nicht der Ort sei, wo man viel Geld ausgeben könne. Der Vorlage wurde zugestimmt und der Rest der aus Petitionen und kleineren Anträgen bestehenden Tagesordnung debattelos erledigt.

Die Montagsitzung begann nach Erledigung einiger Wahlen zum neuen Verwaltungsrat der Land-Feuersozietät des Herzogtums Sachsen mit der zweiten Beratung der Provinzialausschußvorlage betreffend den Neubau des Provinzialmuseums in Halle. Der Berichterstatter der Museumskommission, Oberbürgermeister Dr. Schmidt (Erfurt), begründete in eingehender Weise die Vorlage. Es handelt sich um die Bewilligung eines Betrages von insgesamt 145 000 Mark, die für einen Anbau und für eine vollkommenere Ausgestaltung des Bauwerks aufgewandt werden sollen. Der Anbau würde sich im ganzen für 70 000 Mark herstellen lassen. Die Restsumme verteilt sich auf die Ergänzung zu niedrig eingestellter Summen des ursprünglichen Kostenanschlags, Mehrkosten für Eisenbetondecken, einen dem Charakter des Gebäudes besser entsprechenden Fußbodenbelag usw. Die, wenn auch nur in mäßigen Grenzen gehaltene Ausstattung mit Figuren und Bildhauerarbeiten und eine dekorative Ausgestaltung der Eisenbetondecken wird nicht entbehrt werden können zur Belebung des Bauwerks. Für diese bildnerische Ausschmückung, durch die gleichzeitig die Bestimmung des Gebäudes auch äußerlich angedeutet wird, sind 3000 Mark beantragt. Der zukünftige Direktor des Museums, Privatdozent Dr. Hans Hahne, der zur Beratung dieser Vorlage hinzugezogen wurde, unternahm dann an der Hand der Pläne einen Gang durch die künftigen Räume des neuen Museums und hob hervor, daß heute die Museen nicht mehr bloße Ausstellungsräume, sondern Bildungsanstalten sein wollten. Mit 20 000 prähistorischen Funden würde das neue Museum die reichste Altertumssammlung in Deutschland haben. Die Vorlage fand darauf mit großer Mehrheit Annahme.

Sodann wurde die Vorlage betreffend Neuregelung der Rechnungsprüfung zugestimmt, ferner einer großen Zahl von Rechnungen Entlastung erteilt und schließlich die in den Rechnungsjahren 1909 und 1910 vorgekommenen Etatsüberschreitungen und außeretatmäßigen Ausgaben sowie die Verwaltungsüberschüsse derselben Jahre genehmigt.

Es folgte sodann die zweite Beratung der Provinzialausschußvorlage betreffend Errichtung einer neuen Landes-Erziehungsanstalt für schulentlassene männliche Zöglinge evangelischen Bekenntnisses. Der Provinzialausschuß beantragt, die neue Anstalt in Burg zu errichten, die Verausgabung von je 87 500 Mark für den Ankauf des Grund und Bodens, von je 434 500 Mark für die Einrichtung der Gebäude und von je 17 500 Mark für die innere Einrichtung während der Rechnungsjahre 1912 und 1913 zu genehmigen. Außer Burg hat auch die Stadt Delitzsch ein Grundstück in Größe von 107,0377 Hektar zum Preise von 211 000 Mark angeboten. Das Grundstück in Burg ist 95 Hektar groß und würde infolge des Entgegenkommens der Stadtgemeinde vom Provinzialverband zum Preise von 175 000 Mark erworben werden können.

Namens der Kommission beantragt Oberbürgermeister Bansi den Antrag auf Errichtung der Anstalt zurzeit abzulehnen und den Provinzialausschuß zu ermächtigen, einem oder mehreren Vereinen, welche sich verpflichten, bis zu 120 schulentlassene männliche Fürsorgezöglinge nach den von der Provinzialverwaltung aufzustellenden Grundsätzen anstaltsmäßig zu versorgen, ein unverzinsliches Darlehen bis zum Gesamtbetrag von 250 000 Mark, ein mit 4 Prozent zu verzinsendes und mit 2 Prozent zu tilgendes Darlehen bis zum Gesamtbetrag von 450 000 Mark zu gewähren. Für den Fall, daß dieser angegebene Weg nicht gangbar sein sollte, den Provinzialausschuß zu ersuchen, in eine nochmalige Prüfung einzutreten, ob dem bestehenden Bedürfnis nicht vorläufig durch Erweiterung bestehender Provinzialanstalten oder durch vermehrte Unterbringung in Privatanstalten innerhalb der Provinz Rechnung getragen werden kann. Zu diesem Zwecke werden dem Provinzialausschuß 100 000 Mark zur Verfügung gestellt.

An der ausgiebigen Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Bestehorn, Krüger, Dubiguneau, Stegemann und v. Wedel. Der Landeshauptmann, Frhr. v. Wilmowski, wandte sich mit Entschiedenheit gegen die verschiedentlich ausgesprochene Meinung, als ob die Provinzialbauten sich durch besonderen Luxus auszeichneten. Landrat Stegemann meinte, daß er in der Erziehungsanstalt in Nordhausen zwar keinen Luxus, aber manches gesehen habe, was manche Stadtgemeindeanstalten nicht aufzuweisen vermöchten. — Nach Annahme eines Schlußantrags stimmte der Provinziallandtag unter Ablehnung der Kommissionsanträge der Vorlage des Provinzialausschusses zu, jedoch mit der Einschränkung, eine nochmalige Prüfung des Projekts vorzunehmen und auf eine Verbilligung hinzuwirken. Nach einer fast stündigen Geschäftsordnungsdebatte, die sich über die Frage entspann, ob die neue Anstalt in Burg oder Delitzsch zu errichten sei, wurde beschlossen, diese Angelegenheit nochmals an die Kommission zurückzuverweisen. Zur Annahme gelangten sodann ohne Debatte die Provinzialausschußvorlagen betreffend Gewährung von Darlehen an private Erziehungsanstalten in der Provinz zur Errichtung von Neubauten und Vornahme von Verbesserungen, Ansammlung eines Ausgleichsfonds, Erhöhung des Pflegegeldes für die von der Provinzialverwaltung in den Neinstedter Anstalten untergebrachten Pfleglinge. Beim Bericht der Haushaltkommission über den Haushaltplan beantragte Landrat v. Borcke (Liebenwerda), das Anfangsgehalt der beiden neu anzustellenden Landesassessoren statt auf 4200 Mark auf 3600 Mark festzusetzen und das Endgehalt von 2700 auf 6600 Mark herunterzusetzen. Der Antrag wurde abgelehnt. Abg. v. Schenck begründete eine Resolution, die Frage der Errichtung einer öffentlichen provinziellen Lebensversicherungsgesellschaft und einer Landesbank ins Auge zu fassen. Die Resolution fand, nachdem die Abgeordneten Steckner (Halle), Ludewig (Erfurt) und Schneider (Magdeburg) als Vertreter privater Versicherungsgesellschaften sich mit Energie dagegen wandten, Annahme. —

Barleben, 19. März. (Unsre Märzfeier) war gut besucht. Sie wurde eingeleitet durch ein paar schöne Lieder des Arbeitergesangvereins. Nach dem Gesang hielt der Stadtverordnete Richard Nitsch einen kernigen Vortrag, wofür ihm reicher Beifall zuteil wurde. Nach dem Vortrag trug der gemischte Chor noch ein paar humorvolle Lieder vor. Dann wurde von 6 bis 12 Uhr das Tanzbein geschwungen. Die Feier verlief würdig und harmonisch. —

— (Eine Gemeindevertreter-Sitzung) findet am Mittwoch den 20. März, nachmittags 3 Uhr, im Wenzelschen Lokal statt. Tagesordnung: Ankauf eines Grundstücks und Vermietung an den Staat als Wohnung des Ortsgendarmen. —

Benneckenbeck, 19. März. (Gemeindevertreterwahl.) Am Mittwoch den 20. d. M., abends 8 Uhr, finden die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Kein Arbeiter darf sich in Siegessicherheit wiegen. Der letzte Mann muß sein Wahlrecht ausüben und seine Stimme in der 3. Klasse dem Genossen Heinrich Wunderling und in der 2. Klasse dem Genossen Otto Hoppe geben. Ganz besonders zahlreich müssen die Wähler der 2. Klasse erscheinen, damit nicht wieder Herr Köhne mit seinem Dutzend Vollmachten das Glück hat, seinen Kandidaten wählen zu können. —

Biederitz, 19. März. (Auf zur Gemeindevertreterwahl.) Arbeiter, Wähler der 3. Abteilung! Es sei nochmals auf die am Donnerstag den 21. März, von 10 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags, im Gasthof zur Stadt Magdeburg stattfindende Gemeindevertreterwahl hingewiesen. Bei der Festsetzung der Wahlzeit hat man auf die Arbeiter leider wenig Rücksicht genommen. Die Stimmabgabe ist ihnen außerordentlich erschwert worden. Die Bürgerlichen haben den Eisenbahnarbeiter Wilhelm Kobel aufgestellt. Als Gemeindevertreter kann ein Staatsarbeiter für die Arbeiter nicht in Frage kommen, weil er abhängig ist. In der 3. Abteilung muß ein Mann gewählt werden, der unabhängig dem Gemeinwesen dienen kann. Arbeiter, Parteigenossen, erkennt die Bedeutung dieser Wahl. Wählt den Schlosser Karl Blume! —

— (Feuer) brach am Montag abend in dem Garderobengeschäft von Walter Hupe aus. Unsre Feuerwehr war gleich zur Stelle. Da kein Brunnen in der Nähe war, sollte im Wasserwagen vom See Wasser geholt werden. Ein Arbeiter kam aber auf einen andern Einfall. Er holte ein paar Eimer Wasser vom Nachbar und goß damit das Feuer aus. Die Löscharbeit blieb dadurch der Feuerwehr erspart.

Diesdorf, 19. März. (Eine öffentliche Volksversammlung) tagte am Sonnabend im Höltgeschen Lokal. Der Reichstagsabgeordnete Otto Büchner (Berlin) sprach über „Der neue Reichstag an der Arbeit". Dem Referenten wurde für seine Ausführungen lebhafter Beifall zuteil. Nachdem der Genosse G. Thiele noch auf die Notwendigkeit der Organisation hingewiesen hatte, wurde die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. —

Fermersleben, 19. März. (Eine öffentliche Volksversammlung) fand am 18. März statt, welche von 360 Personen besucht war. Reichstagsabgeordneter Hüttmann (Kassel) sprach über „Der neue Reichstag an der Arbeit". Redner beleuchtete das Verhalten der Nationalliberalen bei der Präsidentenwahl und ging dann auf das Treiben der Schwarzblauen bei der bisherigen parlamentarischen Arbeit ein. Ebenfalls sprach er über die Bewegung der Bergarbeiter und geißelte das Verhalten der Regierung, welche, anstatt zu vermitteln, Polizei und Militär nach dem Streikgebiet geschickt hat. Alsdann gedachte man noch der Freiheitskämpfer vom 18. März. Die Ausführungen wurden vom Genossen Richter ergänzt. —

Klein-Ottersleben, 19. März. (Gemeindevertreterwahl.) Am Freitag, 22. März, abends 7 Uhr, findet im Lokal des Herrn Emil Schütze die Wahl für die 3. Klasse statt. Als Kandidat kommt für die Arbeiterschaft Genosse Zimmermann Heinrich Mühlenberg in Betracht. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, daß er am Freitag abend zur Wahl geht und dem Genossen Mühlenberg seine Stimme gibt. —

Niederndodeleben, 19. März. (Auf zur Gemeindevertreterwahl!) Am Donnerstag den 21. März, vormittags 10 Uhr, findet im „Schwarzen Adler" die Gemeindevertreterwahl statt. Jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse muß es sich zur Pflicht machen, am Wahltisch zu erscheinen und den Kandidaten seiner Partei zu wählen. —

Althaldensleben, 19. März. (Eine öffentliche Volksversammlung) fand am Sonnabend im Lokal von Wilhelm Peters statt. Genossin Minna Bollmann (Halberstadt) schilderte Ursachen und Wirkungen der Märzrevolution und streifte auch die Politik des jetzigen Reichstags. Auf die Bedeutung der Gemeindevertreterwahlen wurde hingewiesen. —

— (Die Gemeindevertreterwahl) findet für die 3. Abteilung am Mittwoch den 20. März, vormittags von 10 Uhr bis mittags 1 Uhr, statt. Arbeiter, nützt die kurze Zeit aus! Erscheint Mann für Mann und gebt eure Stimme ab für den Schuhwarenhändler Paul Käßler! Genosse Käßler wird nur der Allgemeinheit dienen. Wenn jeder Arbeiter seine Pflicht erfüllt, muß der Sieg unser sein.

Aschersleben, 19. März. (Der „Anzeiger") macht Reklame für den Gewerkverein (H.-D.). Charakteristisch ist die Art der Ausführungen über die Leistungsfähigkeit und den Einfluß der Gewerkvereine. Da heißt es: „Die Arbeitslosenunterstützungen, die die Mitglieder auf Grund der Satzungen beanspruchen konnten, erforderten im Jahre 1911 eine ganz bedeutende Summe. Die Streikunterstützungen haben sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt. Weder über die Arbeitslosenunterstützung noch über die Streikunterstützung werden Zahlen genannt. Ebenso wurden Ausführungen über Notlagenunterstützungen und Umzugsentschädigungen gemacht. Nur für Krankenunterstützungen, welche aus der selbständigen Krankenkasse gezahlt werden, sind Zahlen angeführt worden. Das dürfte wohl deshalb geschehen sein, weil es sich hierbei um die „imponierende" Summe von beinahe 200 000 Mark handelt. Mit diesen Leistungen sei viel Not, Entbehrung und Leid von den unterstützten Mitgliedern abgewendet worden. Dieser Satz enthält etwas Zutreffendes. Wieviel aber die freien Gewerkschaften leisten, hat noch niemals der „Anzeiger" mitgeteilt. Und die freien Gewerkschaften können über ganz andre Leistungen berichten. Die freie Gewerkschaftsbewegung kann aber auch verzichten auf die Unterstützung der Blätter vom Schlage des „Anzeigers". —

— (Vollsverein.) Auf die am Donnerstag stattfindende Mitgliederversammlung sei besonders hingewiesen. (Siehe Inserat.) —

Burg, 19. März. (Sozialdemokratischer Verein.) Eine Versammlung der weiblichen Mitglieder fand am Montag im „Hohenzollerngarten" statt. Genosse Gebhardt hielt einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „Der wirtschaftliche Stand der Frau einst und jetzt". In der Diskussion bemängelte Genossin Suchy den schlechten Besuch dieser sehr interessanten Versammlung und forderte die anwesenden Frauen auf, überall zu agitieren, der „Volksstimme" stets neue Leser zu gewinnen und vor allem für ein besseres Versammlungsbesuch zu sorgen. Genosse Reimelt ging auf die bürgerliche Frauenbewegung ein und bemerkte, daß die proletarische Frauenbewegung stets mehr Ernst und Zielbewußtsein gezeigt habe und ihr darum die Zukunft gehöre. Das allgemeine Wahlrecht auch auf die Frauen auszudehnen, sei unerläßlich. Er forderte weiter die Frauen auf, sich bei ihren Einkäufen stets auf die „Volksstimme" zu beziehen. Dadurch könne die Frau wesentlich zur Verbreitung der „Volksstimme" beitragen. —

— (Großfeuer in Gütter.) Es brannte dort das Wohnhaus des Landwirts Reppin vollständig nieder. Das Mobiliar konnte zum größten Teile gerettet werden. Die Entstehungsursache ist unbekannt. Die hiesige Feuerwehr, die in Stärke von 32 Mann ausgerückt war, brauchte nicht mehr in Tätigkeit zu treten. —

— (Das neue Kreiskrankenhaus.) Mit den Ausschachtungsarbeiten zum neuen Kreiskrankenhaus ist am Montag begonnen worden. Das Gebäude wird bekanntlich neben der Kaserne errichtet werden. —

— (Stadtverordneten-Sitzungen) werden in dieser Woche zwei stattfinden, und zwar am Donnerstag und Freitag. —

Verßel, 19. März. (Konservativer Terror.) Hier sowohl wie in Deersheim sprach am Sonntag unser Abgeordneter für den Reichstag, Genosse Brandes, in öffentlichen Versammlungen. Gegen beide Versammlungen hatten die Herren von Gustedt, zwei konservative Junker, die diese beiden Orte beherrschen, das Mittel des Terrorismus angewendet, um die Bevölkerung vom Besuch abzuhalten. In Deersheim war im amtlichen Kasten des Amtsvorstehers, Herr von Gustedt bekleidet dieses Amt, folgende Bekanntmachung angeschlagen:

Warnung

an die auf hiesigem Rittergut in Arbeit stehenden Leute!

An der politischen Versammlung der Umsturzpartei im Januar hierselbst haben sich mehrere Angestellte des Ritterguts beteiligt und haben dadurch bewiesen, daß sie Anhänger des Umsturzes sind oder doch wenigstens ein Interesse an dieser Bewegung haben.

Dasselbe wird von denjenigen angenommen, die sich an weiter hier stattfindenden derartigen aufrührerischen Versammlungen beteiligen, und es wird daher eindringlich gewarnt, solche Versammlungen zu besuchen. Mißachter dieser Warnung haben sich die Folgen ihrer Handlungsweise selbst zuzuschreiben.

Die Verwaltung des Ritterguts Deersheim.

In Verßel war den Leuten gesagt worden: „Wer zur Versammlung geht, braucht am Montag nicht mehr zur Arbeit zu kommen." Die Vertreter dieser Junker, welch letztere in so ungenierter Weise der Bevölkerung die staatsbürgerlichen Rechte verkümmern, um möglichst lange noch die armen Landproletarier bei jämmerlichsten Arbeitsbedingungen beschäftigen zu können, schreien im Reichstag über den Terrorismus der Sozialdemokraten. Diese Heuchelei ist ja von der Sozialdemokratie häufig genug gegeißelt worden, die Drohung mit der Hungerpeitsche hatte zwar die Leute der Rittergüter von der Versammlung ferngehalten, nicht aber die Versammlungen verhindern können. Genosse Brandes konnte an beiden Orten einer aufmerksamen Zuhörerschaft Bericht über die bisherige Tätigkeit des Reichstags erstatten. An dem Sturze Wermuths zeigte er die Absichten der Junker und Pfaffen, sich von Steuern auch jetzt zu drücken und die jammervolle Haltung der Nationalliberalen biete ihnen Gelegenheit dazu. Seiner Aufforderung, fleißig für die Sozialdemokratie, die einzige wirkliche Volkspartei, zu arbeiten wurde freudig zugestimmt. Genosse Löwe geißelte das Verhalten der Herren v. Gustedt. Doch würde sich die Sozialdemokratie durch diese Junker nicht mehr zurückhalten lassen. Auch Genosse Jacobs forderte zur Mitarbeit auf, damit die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten wirksam unterstützt werde. Auch in diesen Orten geht es rüstig vorwärts, nicht nur trotz, sondern gerade wegen des Vorgehens der Herren v. Gustedt. —

Farsleben, 19. März. (Gemeindevertreterwahl.) Bei der am Freitag stattgefundenen Gemeindevertreterwahl erhielt der von den Gutsbesitzern aufgestellte Kandidat, Gutsarbeiter Wißwe, 34 Stimmen, Zimmermann Ringel 10 Stimmen und der bisherige Gemeindevertreter 1 Stimme. —

Felgeleben, 19. März. (Bei der Stichwahl für die 2. Wählerklasse) ist unser Genosse unterlegen. Der Landwirt Friedrich Bertram ist mit 27 Stimmen gewählt worden, während wir nur 17 Stimmen erhielten. Wenn wir auch dieses Mal noch nicht gesiegt haben, so können wir doch mit dem Erfolg zufrieden sein. Vielleicht gelingt es uns bei der nächsten Wahl, den Sieg zu erringen. —

Halberstadt, 19. März. (Als Vertrauensärzte des Schiedsgerichts) für Arbeiterversicherung (Norddeutsche Knappschaftspensionskasse) zu Halle a. d. S. sind für das Jahr 1912 der kgl. Kreisarzt Geheimer Medizinalrat Dr. Fielitz, Professor Dr. Haasler, der praktische Arzt Dr. Kohlhardt in Halle a. d. S., der Geheime Sanitätsrat Professor Dr. Thiem zu Kottbus und der praktische Arzt Dr. Schmidt, ebenfalls in Kottbus, wiedergewählt worden. —

— (Die städtischen Tennisplätze,) welche die Stadt im vorigen Jahre eingerichtet hat, werden, vorausgesetzt daß günstiges Wetter ist, am 1. April eröffnet. Die Preise sind die gleichen wie im Vorjahr. —

— (Die Gemeindeschwestern) stehen zur Krankenpflege unter folgenden Bedingungen zur Verfügung: a) für Pflegen während der Tageszeit bis zu 2 Stunden 50 Pfg., bis zu 6 Stunden 1 Mark und darüber 2 Mark; b) für Pflegen während der Nachtzeit bis zu 2 Stunden 1 Mark, bis zu 6 Stunden 1,50 Mark und darüber 2 Mark; c) für Tag- und Nachtpflege 3 Mark. Im Falle, daß sich Familien in besonderer Notlage befinden, aber keine Armenunterstützung beziehen, kann auf Antrag beim Armenbezirksvorsteher freie Pflege durch die Schwester bewilligt werden. Gesuche um Zuweisung von Schwestern sind im Schwesternheim, U. d. Weiden 13, oder im Rathaus, Zimmer 16, anzubringen. —

— (In der Schlachthof-Freibank) findet der Verkauf von Rind- und Schweinefleisch am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags von 9 Uhr an, Freitags nachmittags von 3 Uhr an statt. —

— (Die Aussperrung der Schneider.) Daß auch hier die Arbeitgeber mit der Aussperrung nicht zufrieden sind, beweist folgender Vorgang: Herr Zitzler hat durch die vollzogene Aussperrung keinen Damenschneider in seinem Betrieb. Da nun die Arbeit drängt, versuchte Herr Zitzler die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, indem er ihnen erklärte, sie hätten sofort anzufangen, andernfalls er die Werkstatt mit Unorganisierten besetze. Auf die Erklärung der Damenschneider, die Arbeit nur mit sämtlichen ausgesperrten Arbeitern aufzunehmen, meinte Herr Zitzler, die Herrenschneider könnten seinetwegen streiken bis Pfingsten. (Das Wort Streiken scheint dem Herrn geläufiger zu sein als Aussperrung. Wir haben hier nur Ausgesperrte.) Weiter versuchte Herr Zitzler einen ausgesperrten Herrenschneider zu bewegen, ein Jackett auf Probe fertigzustellen. Dieses Ansinnen wurde selbstverständlich von dem Gehilfen zurückgewiesen. An diesen Vorgängen erkennt man die „ausgezeichnete" Disziplin der Herren Arbeitgeber. Im Anfang wird der Parole ihres Zentralvorstandes Folge geleistet. Nur kurze Zeit aber, dann wird sie umgangen.

Halberstadt, 19. März. (Kartellbericht.) In der Sitzung vom 10. März fehlten entschuldigt zwei Vertreter der Bauarbeiter, je einer der Fleischer, Maschinisten, Steinarbeiter, Steinsetzer und Transportarbeiter; unentschuldigt je einer der Bauarbeiter, Metallarbeiter und Töpfer. Der Vorsitzende verwies zunächst auf den Wert der Erwerbung des preußischen Staatsbürgerrechts. Die Gewerkschaftsmitglieder, welche diesen Schritt noch nicht unternommen hätten, könnten gegen Erstattung der Unkosten das Sekretariat hiermit beauftragen. Am 31. März findet für alle Ausgelernten im Gewerkschaftshaus vormittags 11 Uhr eine Versammlung statt, auf welche die Gewerkschaftsmitglieder die ihnen bekannten jungen Leute schon jetzt hinzuweisen ersucht wurden. Da der bisherige Vorsitzende, Genosse Hermann Müller, demnächst als Sekretär nach Augsburg geht, wurde Genosse Hermann Schwarze zum ersten Vorsitzenden gewählt. In die Sekretariatskommission wurde Genosse Wernh entsandt. Die Kommission zur Abschaffung

des Kost- und Logiswesens besteht aus den Genossen Wiemann, Krenz und Peterzelt. Der Sonntagsruhekommission gehören die Genossen Rückert, Kitzing und Hoppe an. Die Vorarbeiten zur diesjährigen Maifeier wurden den Genossen Schmidt, Kunze, Rückert und Neubauer und die Leitung der Agitation unter den Gemeindearbeitern dem Genossen Hahn junior übertragen. Zu der im Juni stattfindenden Gewerbegerichtswahl machte Genosse Hahn senior unter Bekanntgabe der neun ausscheidenden Arbeitnehmerbeisitzer einige Ausführungen. Die Gewerkschaften wurden ersucht, in ihrer nächsten Mitgliederversammlung geeignete Kandidaten aufzustellen und deren Namen dem Kartellvorstand mitzuteilen. Nachdem für den Himmelfahrtstag für alle Gewerkschaftsmitglieder ein gemeinsamer Ausflug geplant und das Gewerkschaftsfest auf den 28. Juli festzulegen beschlossen war, erfolgte zum Schlusse der Sitzung die Ausgabe der Jahresberichte. —

Kalbe a. d. S., 19. März. (Agitation für die „Volksstimme".) Die am Donnerstag stattgefundene Funktionärsitzung beschäftigte sich unter anderm auch mit der Agitation für die „Volksstimme". Die Mitteilung, daß der hiesige „Stadt- und Landbote" ein Inserat, das zur Maifeier einladen sollte, abgelehnt hat, erregte Verwunderung. Arbeiter, Parteigenossen, zieht aus diesem Verhalten die richtige Lehre! —

— (Unsre Märzfeier) wurde durch ein Referat des Genossen Nitsch (Magdeburg) eingeleitet. In treffenden Worten führte er den Anwesenden die Ursachen der Revolution von 1848 vor Augen. Der nächste Teil war mehr der Unterhaltung, dem Humor gewidmet. Anni Farner, die Wiener Operettendiva, erfreute die Anwesenden mit ihren Vorträgen. Der Besuch ließ leider zu wünschen übrig. —

Kolbitz, 19. März. (Die Gemeindevertreterwahl) findet am Sonnabend den 23. März, nachmittags von 3 bis 4½ Uhr, im Bertramschen Lokal statt. Jeder Wähler der dritten Klasse möge seine Stimme für unsern bisherigen Vertreter Karl Hilbert abgeben. —

Neuhaldensleben, 19. März. (Bei der Vertreterwahl der Gewerbekrankenkasse) am Sonntag wurden die vom Gewerkschaftskartell vorgeschlagenen 54 Vertreter glatt gewählt. Die Generalversammlung soll, wie bereits bekanntgegeben wurde, am Sonntag den 21. April stattfinden. —

— (Die Kontrollversammlungen) haben seit Jahren im Schützenhaus stattgefunden. Wie das Bezirkskommando in den hiesigen Zeitungen bekanntgibt, sollen sie jetzt im Restaurant „Gambrinus" (Inh. Reps) stattfinden. Warum diese Aenderung? Während der Zeit des Reichstagswahlkampfs hatten die drei Wirte vom Schützenhaus, „Gambrinus" und „Fürst Bismarck" ihre Versammlungssäle uns zur Abhaltung von öffentlichen Wählerversammlungen zur Verfügung gestellt. Nach dem dieses von der hiesigen Parteileitung bekanntgegeben war, brachen die beiden zuerst Genannten ihr gegebenes Wort und zogen ihre Lokale zurück. Auch der Schützenhauswirt wurde nach allen Regeln der Kunst von gewisser Seite bearbeitet, sein Lokal ebenfalls zurückzuziehen; er blieb jedoch standhaft und eine Versammlung konnte dort abgehalten werden. Hängt nun die Entziehung der Kontrollversammlungen damit zusammen? —

Oschersleben, 19. März. (Ein Kampf um die Unfallrente.) Wie schwer es für manchen Unfallverletzten ist, die Rente zu erhalten, beweist folgender Fall: Am 12. April 1911 verletzte sich der Arbeiter N. in Oschersleben durch starke Verstauchung das Knöchelgelenk des linken Fußes. Diese Verletzung wurde selbst von N. als eine unwichtige betrachtet, denn er versuchte, sich noch einige Tage nach dem Unfall zur Arbeit zu schleppen. Doch bald machten sich die Unfallfolgen ganz beträchtlich bemerkbar, so daß ärztliche Behandlung in Anspruch genommen werden mußte. Der Kassenarzt sah sich schließlich gezwungen, den Verletzten dem Krankenhaus zu überweisen. Am 2. Juli wurde er als geheilt entlassen, obwohl N. noch Schmerzen verspürte. Dadurch hörte selbstverständlich jede Unterstützung aus der Krankenkasse auf. Am 10. Juli konnte N. erst wieder Arbeit annehmen. In dem Betrieb, in welchem er sich den Unfall zugezogen hatte, war er entlassen worden. Schon am ersten Tage seiner Beschäftigung zeigten sich die Unfallfolgen und am zweiten Arbeitstag mußte er den Arzt in Anspruch nehmen. N. war es möglich, durch sachgemäßen Beistand den Antrag auf Unfallrente zu stellen. Am 5. August wurde N. vom Arzt als arbeitsfähig entlassen. Inzwischen verlangte die Berufsgenossenschaft auf den eingereichten Antrag des N., daß er sich zur Aufsicht am 9. August in einer Klinik einfinden sollte. Diese letztere Untersuchung ergab durch das ärztliche Gutachten 10 Prozent Unfallrente. Nach dem Aufenthalt in der Anstalt ergab sich der gleiche Zustand wie am 14. Juli. Da N. nun nicht mehr Kassenmitglied war, so wurde bei der Berufsgenossenschaft ärztliche Behandlung beantragt. Am 8. September wurde dem Antrag entsprochen und N. mußte sich der Untersuchung des Kreisarztes unterziehen, der Arbeitsfähigkeit und keine Merkmale des Unfalls feststellte. Durch dieses Gutachten stellte die Berufsgenossenschaft auch die Gewährung von Rente ein. Gegen diesen Beschluß legte N. Berufung beim Schiedsgericht ein. Am 18. Oktober kam N. zu dem Arzte, der ihn am 5. August schon als arbeitsfähig erklärt hatte, um sich seine Arbeitsfähigkeit neu bescheinigen zu lassen, damit er in einem Betrieb Arbeit annehmen konnte. Sofort besann sich der Arzt und erklärte, daß N. doch noch nicht so gesund sei, um die Arbeit ausführen zu können. Der Arzt bemerkte auch ausdrücklich auf dem Scheine, daß N. einen Unfall gehabt und heute noch daran leide. Das Glück war N. hold. Trotz dieser Notiz wurde er nach vielen vergeblichen Bemühungen endlich in Arbeit genommen. Von neuen Hoffnungen erfüllt, vergessend jene Zeit, wo er ohne Arbeit, ohne jedwede Unterstützung kummervolle Tage verlebt hatte, ging er an die Arbeit. Er achtete nicht auf den schmerzenden Fuß, er wollte selbst die ihm angedichtete Simulation bannen. N. wollte aber auch vor allen Dingen nicht beim Arbeitgeber die Unfallfolgen erkennen lassen. Mit zusammengebissenen Zähnen leistete er ein größeres Quantum Arbeit als vielleicht alle seine Vorgänger und Nachfolger an dem Arbeitsplatz. Doch die Qual sollte nicht lange dauern. Schon in der ersten Nacht schwoll das Fußgelenk beträchtlich an, am zweiten Tage mittags waren schon die Schmerzen unerträglich und es war die höchste Zeit, daß er sich in ärztliche Pflege begab. Der Betriebsarzt erschrak aber fast, als er nun sah, daß N. trotz des Vermerks Arbeit bekommen hatte und er nun den Fuß wieder kurieren mußte. „So, nun wollen Sie wohl der Krankenkasse zur Last fallen," meinte er nicht gerade in liebenswürdigem Tone, „das gibt es aber nicht." „Na, dann bescheinigen Sie mir doch die Unfallfolgen," war die ruhige Antwort des N. „Das geht nicht so einfach," antwortete der Arzt. In der Berufungsschrift an das Schiedsgericht wurde, ohne daß ein Attest vorlag, auf diesen Vorfall hingewiesen und beantragt, ein Attest von dem Arzt einzufordern. Vorläufig sah das Schiedsgericht davon ab, es beschloß aber dann im Termin, das Attest einzufordern. Jetzt stellte nun der Arzt dem N. wie auch dem Schiedsgericht in seinem Gutachten den wahren Sachverhalt fest und schätzte die Unfallfolgen auf 15 bis 20 Prozent. N. mußte sich aber trotzdem einer nochmaligen Untersuchung bei einem andern Arzt unterziehen. Dieser Arzt schloß sich in seinem Gutachten dem vorerwähnten Gutachten an und stellte 20 Prozent Arbeitsunfähigkeit fest. Das Schiedsgericht beschloß dann, 15 Prozent Rente für N. festzusetzen. Volle 8 Monate vergingen, bevor der Unfallverletzte zu seinem Rechte kam. Hätte N. in all den traurigen Lagen nicht den richtigen Beistand gehabt, dann hätte er vielleicht auch heute noch keine Rente, denn als er den Vermerk auf dem erwähnten Scheine sah, da wollte er die Arbeitsstätte nicht aufsuchen, welche ihm als letzter Rettungsanker hier gedient hat. Die Arbeiterschaft aber kann daraus am allerbesten lernen, wie wichtig und notwendig die Auskunftsstellen und Arbeitersekretariate sind. —

Staßfurt, 19. März. (In der letzten Kartellsitzung) fehlten entschuldigt je ein Delegierter der Berg- und der Fabrikarbeiter und vier der Bauarbeiter; unentschuldigt fehlten je ein Metallarbeiter und Holzarbeiter und zwei Vertreter des Förderstedter Kleinkartells. Für die ausgesperrten Porzellanarbeiter sollen die Gewerkschaften freiwillige Sammlungen vornehmen. Um schnelle Hilfe zu bringen, wird das Kartell beauftragt, 100 Mark sofort auszulegen. Neu angeschlossen an das Kartell haben sich die Bergarbeiter von Hecklingen und die Staats- und Gemeindearbeiter. An das am 28. April stattfindende Gewerkschaftsfest des Kleinkartells Förderstedt wird erinnert. Abmarsch der hiesigen Gewerkschaften 1½ Uhr. Eine längere Diskussion entstand über die Berichterstattung der Parteipresse. Zur Vorbereitung der Maifeier wurde eine sechsgliedrige Kommission gewählt. Die von der Generalkommission herausgegebene „Rechtsbeilage" soll den Vertretern in den Arbeiterversicherungsinstanzen zugestellt werden. —

Weferlingen, 19. März. (Die Stichwahl) zur Gemeindevertretung findet Montag den 25. d. M., nachmittags 5 Uhr, statt. Arbeiter von Weferlingen, erfüllt eure Pflicht, macht von euerm Wahlrecht Gebrauch und gebt eure Stimme dem Genossen Erwin Bucholdt!

— (Zu einer wüsten Schlägerei) kam es am Sonntag in einer hiesigen Gastwirtschaft zwischen Bergleuten. Leider spielte dabei das Messer wieder eine Rolle. Einige der Beteiligten kamen dabei sehr schlecht weg, sie mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Wissen die Arbeiter wirklich nichts Vernünftigeres anzufangen, als sich gegenseitig wie Tiere zu zerfleischen? —

Wolmirstedt, 19. März. (In einer gut besuchten Versammlung) sprach am Sonntag abend Frau M. Bollmann über „Die Frauen im Kampf um Brot und Recht". In vorzüglicher Weise erledigte die Referentin ihre Aufgabe. Zehn Frauen ließen sich in den Wahlverein aufnehmen. —

Kleine Chronik.

Verhaftung eines Justizrats.

Unter dem Verdacht der Unterschlagung ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft der bekannte Berliner Anwalt und Notar Justizrat Friedrich Munckel in seiner Wohnung in Charlottenburg verhaftet worden. Munckel steht in dem Verdacht, Gelder, die ihm von seinen Klienten bei Abschluß von notariellen Verträgen für die Reichsstempelsteuer übergeben wurden, unterschlagen und zur Deckung eigner Verpflichtungen verwendet zu haben. Man erzählt sich, daß Justizrat Munckel die Unterschlagungen begangen habe, weil er Wucherern in die Hände gefallen war, die seine Gutmütigkeit in einer für ihn verhängnisvollen Weise ausgenutzt haben. Munckel wurde nach dem Charlottenburger Polizeipräsidium und von dort nach Moabit gebracht. Da er schon seit längerer Zeit leidend ist, soll er nach der Charité übergeführt werden. —

Die Schule für Nacktänze.

Der Theateragent Alwin Hieber hatte in München seit Herbst vorigen Jahres eine Tanzakademie seltsamer Art betrieben. Er suchte auf dem Annoncenwege junge Mädchen, die er gegen Honorar für Theater und Varieté auszubilden versprach. Zu einem Kursus pflegte er etwa 10 Mädchen im Alter von 8 bis 16 Jahren zu vereinigen. Die Tanzübungen, die von den Schülern vollkommen nackt ausgeführt werden mußten, wurden von dem „Herrn Lehrer" in gleichfalls gänzlich unbekleidetem Zustand geleitet. Hieber, der wegen ähnlicher Unterrichtsmethoden seinerzeit bereits in Berlin in eine Skandalaffäre verwickelt war, ist vorläufig in Untersuchungshaft genommen worden und soll auf seinen Geisteszustand untersucht werden. —

Dampferkatastrophe.

Nach einer Lloydmeldung aus Spezia hat der schwedische Dampfer Canadia berichtet, daß der britische Dampfer North Briton auf der Höhe von Cardiff gesunken ist; nur ein Mann ist gerettet. —

14 Menschen getötet.

In San Antonio (Texas) sind bei der Explosion eines Lokomotivkessels in einem Lokomotivschuppen 14 Personen getötet und mehrere verletzt worden. —

Eifersuchtsdrama.

Am Montag nachmittag hat in Meschwitz bei Bautzen der Feldwebel Symmank vom Bautzener Infanterie-Regiment Nr. 103 den 46 Jahre alten Ziegeleibesitzer Kraus und darauf sich selbst erschossen. Die Braut Symmanks hatte ihr Verhältnis zu ihm gelöst und wollte den Ziegeleibesitzer Kraus heiraten. Ein auf das Mädchen abgegebener Schuß ging fehl. Kraus und Symmank waren sofort tot. —

Mit einer Krawattennadel erstochen

hat sich im Kölner Untersuchungsgefängnis ein Friseur, der durch einen unerlaubten Eingriff den Tod einer Frau herbeigeführt haben sollte. Als ein Wärter ihn fand, war er schon tot; die Nadel stak noch im Herzen. —

Ein Expreßzug auf Abwegen.

Ein in der Eisenbahngeschichte wohl noch nicht dagewesener Vorfall hat sich vor kurzem in Dänemark ereignet. Der Nachtexpreßzug, der von Aarhus aus südwärts gehen sollte, war auf ein falsches Gleis geleitet worden und fuhr infolgedessen nach der entgegengesetzten Richtung, nämlich nach Norden. Das merkwürdige ist nun, daß weder die Führer und Heizer der beiden Maschinen, die den Zug zogen, noch sonst jemand von dem Zugpersonal etwas davon merkte, daß sich der Zug auf falschem Wege befand. Erst ein Bahnwärter, der höchlichst erstaunt war, plötzlich einen ganz unbekannten Schnellzug auf seiner Bahnstrecke vorüberbrausen zu sehen, wurde auf das Vorkommnis aufmerksam. Er alarmierte die Station Aarhus, und von dort aus wurde die nächste Station telephonisch angewiesen, den Zug durch Haltesignale aufzuhalten. So erreichte die wilde Fahrt nach 20 Minuten ihren Abschluß. Der Zug wurde nach Aarhus zurückgebracht, und das Personal soll bei der Ankunft auf dem Bahnhof, was begreiflich ist, einen sehr verstimmten Eindruck gemacht haben. Nachdem dann ein furchtbares Donnerwetter „von oben" auf die Häupter der Unglücklichen niedergegangen war, konnte der Expreß mit beinahe 1stündiger Verspätung seinen Weg nach dem Süden antreten. —

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Unstrut und Saale.					
Straußfurt	17. März	+ 1,40	18. März	+ 1,25	0,15	—
Weißenfels Untp.	„	+ 0,48	„	+ 0,46	0,02	—
Trotha	„	+ 1,86	„	+ 1,84	0,02	—
Alsleben	„	+ 1,36	„	+ 1,44	—	0,08
Bernburg	„	+ 1,02	„	+ 1,06	—	0,04
Kalbe Oberpegel	„	+ 1,58	„	+ 1,54	0,04	—
Kalbe Unterpegel	„	+ 0,70	„	+ 0,75	—	0,05
Grizehne	„	+ 0,79	„	+ 0,85	—	0,06
Mulde.						
Dessau, Muldenbr.	17. März	+ 0,20	18. März	+ 0,28	—	0,08
Elbe.						
Pardubitz	15. März	— 0,12	16. März	— 0,20	0,08	—
Brandeis	„	+ 0,70	„	+ 0,64	0,06	—
Melnik	„	+ 0,47	„	+ 0,36	0,11	—
Leitmeritz	„	+ 0,39	„	+ 0,45	—	0,06
Aussig	17. „	+ 0,70	18. „	+ 0,73	—	0,03
Dresden	„	— 0,82	„	— 0,86	0,04	—
Torgau	„	+ 1,42	„	+ 1,36	0,06	—
Wittenberg	„	+ 2,46	„	+ 2,37	0,09	—
Roßlau	„	+ 1,85	„	+ 1,77	0,08	—
Barby	„	+ 2,01	„	+ 1,92	0,09	—
Schönebeck	„	—	„	+ 1,84	—	—
Magdeburg	18. „	+ 1,54	19. „	+ 1,50	0,04	—
Tangermünde	17. „	+ 2,61	18. „	+ 2,55	0,06	—
Wittenberge	„	+ 2,42	„	+ 2,30	0,12	—
Dömitz	„	+ 2,18	„	+ 2,01	0,17	—
Boizenburg	„	+ 2,05	„	+ 1,95	0,10	—
Hohnstorf	„	+ 2,19	„	—	—	—
Lauenburg	„	+ 2,19	„	+ 2,08	0,11	—

* Aussig, 19. März. Pegelstand + 0,77 Meter. Vom Oberlauf werden 5 Zentimeter Fall gemeldet. „Magdeb. Ztg."

Verlangen Sie
Jasmatzi-Dubec

m. Mundst. m. Gold.
die begehrteste und angenehmste
2½ Pfg.-Cigarette.

„MAGGIs gute, sparsame Küche".

Einzig u. altbewährt ist MAGGIs Würze mit dem Kreuzstern.
— Probefläschchen 10 Pfg. —
Man achte genau auf den Namen MAGGI und die Schutzmarke Kreuzstern.
K9

Leser und Leserinnen, deckt alle eure Einkäufe nur in den Geschäften, die in der „Volksstimme" inserieren!

Schneiden Sie diese Annonce für etwaigen späteren Bedarf aus.

Möbelkauf ist Vertrauenssache. — 10 Jahre Garantie.

Deutsche Möbel-Industrie

Besonders preiswertes Angebot

Gustav Jentzsch
Magdeburg
Breiteweg 6
Kein Laden!

2 preiswerte kompl. Einrichtungen
zu Mk. 896 u. 665.

	hoch-elegant M	elegant M
Salon, Jugendstil:		
1 elegante Plüschgarnitur	190	90
1 eleg. Salonschrank	98	78
1 eleg. Salontisch	35	18
1 eleg. Trumeau	36	28
2 eleg. Salonstühle	20	15
Wohn- und Speisezimmer:		
1 reichgeschnitzt. Buffett echt	180	96
1 gr. Ausziehtisch	86	24
1 eleg. Plüschsofa	68	48
4 Stühle	24	18
1 Serviertisch	14	9
1 Sofaeinbau	38	30
Schlafzimmer, modern:		
1 großer Kleiderschrank	48	38
2 starke Bettstellen mit soliden Patentmatratzen und mit Kissen	84	72
2 Nachtschränke mit Marmor	30	24
1 Waschk. mit Marmor und Spiegelaufsatz, mit eleg. Kacheln	58	49
Küche, eleg., mod. 1 Buffett mit Verglasung, Rahmen, 1 Bank, 2 Stühle, 1 Anrichte	67	48
Summa	896	665

Einrichtungen von 250, 640, 900, 1200, 1500, 2000—10000 Mark.

Versand nach außerhalb.

Das Neueste und Gediegenste in großer Auswahl.

Verlangen Sie Vorzugspreisliste für Brautleute gratis.

1041

Konfirmanden-
Anzug
in blau und schwarz, pro Stück 11 Mk., zum Aussuchen, verkauft
Max Eckstein
Königshofstr.5, EckeLödischehofstr.

Knabenanzüge
in Stoff und Manschester, nach neuster Mode gearbeitet, verkauft pro Stück mit 4.80 Mark zum Aussuchen
Max Eckstein
Königshofstr.5, EckeLödischehofstr.

Konfirmanden-Uhr
mit Kette
für 3.00 Mark zu verkaufen
Max Eckstein
Königshofstr.5, EckeLödischehofstr.

Hochfeine
Damen-Uhr
mit langer Kette
verkauft für 6.00 Mark
Max Eckstein
Königshofstr.5, EckeLödischehofstr.

Ein Posten
Knaben- und Burschen-Hosen
pro Stück 1.80 Mark verkauft
Max Eckstein 1124
Königshofstr.5, EckeLödischehofstr.

Konfirmations-Geschenke!
Kolliers St. 3.00 M, 5 J. Garant.
Gold. Ring m. Stein St. 3.00 M
Damen-Uhrketten Stück 3.00 M
alles in Riesenauswahl, verkauft
Max Eckstein
Königshofstr.5, EckeLödischehofstr.

Hochmoderne
Anzüge
pro Stück 12.00 Mark, zum Aussuchen, verkauft
Max Eckstein
Königshofstr.5, EckeLödischehofstr.

Ich liefere
auf Kredit
an jedermann
Möbel
Polsterwaren
Kompl. Wohnungs- u. Küchen-Einrichtung.
Herren- und Damen-Garderobe
eventuell alten Kunden
ohne Anzahlung
bei
kleinster Abzahlung.
Möbel- u. Waren-Kredit-Haus
A. Becker
Judengasse
Ecke Breiteweg 30.
Warnung vor galizischen u. polnischen Hausierern, da ich solche Leute nicht beschäftige.
1062

Taschen-Uhren
alte, von 8 Mk. an, mit Garantie, Gr. Mühlenstr. 7b, Uhrenladen.

Gänsefedern
für Brautleute billig zu verkaufen, zu erfragen in Schüttes Gasthaus, Prälatenstr. **Adalbert Bach.**

Umzüge billig 817
Konrad Komm, Gnbelstr. 38/39.

Burg Hochfeine Burg
Speise- u. Saatkartoffeln
sind in jedem Posten zu haben.
Hermann Ehleben, Deichstr. 16

Burg Umzüge Burg
per Bahn ohne umzuladen sowie in der Stadt und nach außerhalb, bei tadelloser Verpackung nimmt jederzeit gern entgegen 1240
Otto Schulze, Brückenstraße 23

BURG Zahle für Lumpen, Knochen, alt. Eisen und andre Metalle hohe Preise **W. Bibo, Hirtenstraße 15.**

Burg.
Palast-Theater
Morgen:
Aufsehenerregender Spielplan!
Der Karneval in Nizza 1912, großartig gelungene Originalaufnahme.
Ein Bräutigam in tausend Aengsten, Humoreske.
Tonspiel: **Pariser Modenrevue.**
Ein neuer Erwerbszweig, hochkomisch.
Die Kameliendame!
Tief ergreifend. Drama in 3 Akten.
In der Titelrolle:
Sarah Bernhardt
die unvergleichliche, ewig junge Künstlerin des Schauspiels, die weltberühmte Tragödin.
Dieses Bild wird einen doppelten Reiz ausüben, denn außer der Inszenierung dieses großartigen bekannten Dramas für den Kinematographen bringt es zugleich auch die große **Sarah Bernhardt** als Darstellerin.
Trotz der kolossalen Mehrkosten, welches dieses Programm verursacht, kein Preisaufschlag, und sollte es sich darum niemand entgehen lassen, dieses doppelt wertvolle Meisterwerk der Lichtbildinszenierung anzuschauen. 956
Zu schwach besetzten Stunden diverse Einlagen.
In Voraussicht eines recht starken Besuchs bitte ich auch die frühen Abend- und Nachmittagsstunden benutzen zu wollen.
Ergebenst **Otto Wohlfarth.**

Konsumverein für Halberstadt u. Umg.
E. G. m. b. H.
Wir suchen für unser Lager in der Gerberstraße zum 1. Mai einen tüchtigen, kautionsfähigen
Lagerhalter.
Bewerbungen sind bis zum 24. d. Mt. bei uns einzureichen.
Der Vorstand.
1234

Madenwürmer 8205
Springwürmer, auch Askariden genannt, werden auch in hartnäckigen Fällen beseitigt durch das spezifisch wirkende neue **Madenwurmmittel „Antiwurm“.** Mit genauer Anweil. 1,20 M, bei Einf. von 1,40 M franko. Bestandt.: Detann. Granatwurz. 10,0, Extrakt. Cinnamom. 5,0, Aromat. Kakao-Schokolade 10,0. Labor. Leo, Dresden 3. **Erhältlich in den Apotheken.**
Depots in Magdeburg: **Engel-Apotheke, Löwen-Apotheke, Rats-Apotheke, Rosen-Apotheke, Viktoria-Apotheke.**

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands
Zahlstelle Magdeburg.
Mittwoch den 20. März, abends 8½ Uhr, im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke Nr. 38
Außerordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
Stellungnahme zur Erhebung eines Extrabeitrags pro Woche und Mitglied.
Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet 845
Die Ortsverwaltung.

Magdeburger Naturheilverein
Frauenvortrag.
Thema: **Operationslose Behandlung der Frauenleiden** von Frau L. Albrecht, Halle, Schülerin von Dr. Thure Brandt, und Leiterin der Albrechtschen Naturheilanstalt in Halle.
Freitag den 22. März, abends 8½ Uhr, in Freddrichs Konzert- und Ballhaus.
Eintritt: Mitglieder **10** Pf., Gäste **30** Pf. Vorzugskarten a **25** Pf. sind für Gäste zu haben im Vortragslokal, bei Vorstandsmitgliedern, in der Geschäftsstelle Heiligegeiststraße 11, bei Fröhbrodt, Schmidt, Annastraße 39, und Janoschek, Arndtstraße 47.
Der Ortsausschuß.

Burg. Sozialdemokratischer Verein.
Am Donnerstag den 21. März, abends 8½ Uhr, im „Hohenzollernpark“
Mitgliederversammlung
Tages-Ordnung:
1. **Lokalfrage.** — 2. **Stellungnahme zur Maifeier.** 3. **Verschiedenes.** 1236
Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Tonbild Buckau, Schönebecker Str. 94
Von Dienstag bis Sonnabend:
Cœur-As!
Großes Sittendrama in 2 Akten. — (Nur für Erwachsene.) Spieldauer ca. 1 Stunde, und das **übrige Schlagerprogramm.** Um sich einen guten Platz zu sichern, bitte um frühzeitiges Erscheinen. 881

Kleine Anzeigen!
An- und Verkäufe
Vermietungen ::
Verpachtungen ::
haben vollen Erfolg in der
„Volksstimme“
mit ihrer Auflage von über
33800

Elegante Damenketten zu 1.25, 2.50, 3.75, 5.00, 8.00 und 12.00 **Dreiengelstr. 4.**

Wenig gebr. Nähmaschine zu verk. **Luisenstraße 23,** 1 Tr. r.

Laden zu vermieten **Wagestraße 8.**

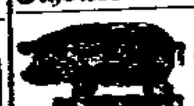
1 gut erhaltener heller Kastenwagen preiswert zu verkaufen **Neuhaldensleber Str. 27,** v. 2 Tr.

Olvenstedt
Zum **Frisieren** in und außer dem Hause empfiehlt sich 1235
Irma Dittmar.

Singer-Nähmaschine, tadellos gut nähend, 15 Mk. **Goeke, Goldschmiedebrücke 5, I.** 1090

Echt gold. Damenuhr, mod. Gehäuse m. Blumen 14.50 Mk. **Dreiengelstr. 4.** 953

1082 **Goldwaren**
Broschen, Ringe, Armbänder usw. kaufen Sie sehr preiswert b. **Schütze, Buckau, Schönebecker Straße 115.**


Mittwoch 1087
Frische Wurst
A. Weber Nachf.
R. Dedlow, Schöneckstr. 9.

Schmiede- und Schlosserlehrlinge
818 sucht **Heine, Schrotestr. 47.**

701 **Sudenburg.**
Särge von den kleinsten bis zu den größten empfehle für vorkomm. Fälle. Solide Arbeit, billige Preise
M. Kirst, Friedenstraße 3.

Aschersleben :: Volksverein.
Donnerstag den 21. März, abends 8 Uhr, bei Wilcke:
1271 **Versammlung.**
Tagesordnung: 1. Agitation in Bezirk und Filiale. 2. Stellungnahme zu der Frauenkonferenz. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten. — Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Vorstand.**

Stephanshallen
— Dir. Rich. Froherz. —
Abends 8 Uhr 980
Varieté-Vorstellung.
Streng dezentes Programm für Familien-Publikum.
Vorzeiger dieser Annonce hat außer Sonnabend und Sonntag freien Eintritt.

Colosseum
Ab 20. bis 22. März:
Das große Sittendrama
in 3 Akten
Die beiden Waisen
nach dem gleichnamigen Schauspiel.

Fürstenhof-Theater
Dir.: Müller - Lipart.
Eing. Prälatenstraße.
Heute zum erstenmal
Der Hund von Baskerville.
Sensationsstück in 2 Akten.
Hierzu der neue Spezial.-Spielplan.
Vorzugsk. gelt.

ZENTRAL-THEATER
◆ Grete ◆
die Riesen-Schimpansin, mit Partnerin 962
Shingha
Unübertrefflich!
— 6 Janslys 6 —
die Meister-Ikarier
Ellen Bargl
die graziöse Schönheit in
— Va banque —
Lachstürme erzielten
— Alfred Heinen —
mit seinen Schlagern
Solbrigs Pantomime
Ein Ausflug mit Hindernissen

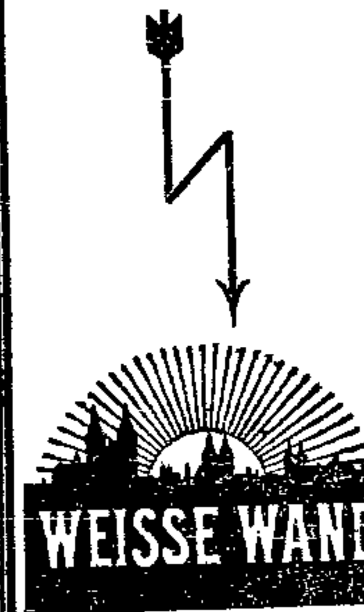
Städtisch. Orchester
Fürstenhof
Mittwoch den 20. März
abends 8 Uhr 966
Konzert
Leitung: Kgl. Musikdirektor
Joseph Krug-Waldsee.
Solist: Konzertsänger
Wilhelm Friedmann
(Bariton) von hier.
Eintrittskarten

Plätze:	Vorverk.	Abendk.
Loge u. Balkon	1.05	1.25
Saaltisch	0.65	0.80
Nichtnumeriert	0.40	0.40

Vorverkauf in der Heinrichshofenschen Musikalienhandlung von 9 bis 2 und von 4 bis 7 Uhr.

Stadt-Theater
Mittwoch den 20. März
6. Abend (ziegelrote Karten). Anfang 7½ Uhr. Ende geg. 10½ Uhr.
Gudrun.
Donnerstag den 21. März
Der Rosenkavalier.

Wilhelm-Theater.
Mittwoch den 20. März
Eva.
Donnerstag den 21. März
Der Bettelstudent.
Freitag den 22. März
Das Marmorweib
Sonnabend den 23. März
Gastspiel Hanni Reimers.
Der fidele Bauer.
Sonntag den 24. März, nachmittags
Eva.
Sonntag, abends
Sulchens Flitterwochen.

Einzig dastehender Erfolg!
Die Liebe übers Grab hinaus.


Erholung
Ecke Westend- u. Halberstädter Str.
Tägl. Künstler-Konzert
927 **O. Wolters.**

Gr.-Ottersleben
Möbel- u. andre Fuhren
nimmt entgegen 1149
Albert Petzerling
Wanzleber Straße 15.

Täglich frische
Räucherwaren
zum billigsten Tagespreis.
Hoffmann, Fischhandlung
1098 Marktstand: Rathaus
Knochenhaueruser 77/78.

Blumentöpfe
in überraschend großer Auswahl
Kränze und Buketts
in geschmackvoller Ausführung
Langstielige Blumen
zu billigsten Tagespreisen
A. Stampe, Gr. Münzstraße 4.

CLOU
LICHTSPIELE
Unkraut
wird das Tagesgespräch
Magdeburgs.
Unkraut ist der größte
Schlager,
der bisher gezeigt wurde.
Ein Sitten-Drama
in 53 Szenen.

Kaiser-Theater | **Fata Morgana**
bringt ab heute
einen Schlager,
den niemand versäumen dürfte.
Opfer der Schande
ein Sitten-Drama in 3 Akten
von ergreifender Wirkung und packendem Szenenwechsel
steht einzig da
Ferner: 971
Ein Riesen-Welt-Programm.

Arbeiter-Sekretariat Magdeburg
Fernspr. 2841 **Gr. Münzstraße 3.** Fernspr. 2841
Unentgeltliche Auskunft an alle Personen in der Zeit von 11 bis 1 Uhr und 5 bis 7 Uhr. Außer der Auskunftszeit und am Sonnabend nachmittag und Sonntags ist das Sekretariat für Auskunftsuchende geschlossen.

Arbeiter-Sekretariat Halberstadt
15 **Gerberstraße 15.** — Fernsprecher 758.
Unentgeltliche Rechtsauskunft. Kostenlose Anfertigung von Schriftsätzen aller Art. Sprechstunden: Mittags von 11½ bis 1½ Uhr und abends von 5 bis 7 Uhr. Sonnabends, Sonntags und Montags ist das Sekretariat geschlossen.

Metropol-Theater Buckau
Vom 20. bis 22. März:
Die Sträflinge Nr. 10 und 13
913 Sensationsdrama aus dem Leben in 3 Akten.
Nur für Erwachsene von 7 Uhr an.
Letzte Vorführung 10 Uhr abends.
Ergebenst ladet ein **Rudolf Ziehme.**

Elektro-Biograph
Neustadt
Der schwarze Traum
groß. Sittendrama in 3 Akten.
920 **Hauptrolle:**
Asta Nielsen
und das weitere
Schlager-Programm.

Elektro-Biograph
Fermersleben
Heute neues Programm.
Das spannende Sensations-
918 Drama
Wenn die Liebe stirbt
groß. Schlager in mehr. Akten,
Ein Zirkuskind
ergreifendes Lebensbild.
u. a. **Dramen, — Tolle Humoresken.**
Eine hochinteressante, aktuelle Aufnahme.
Ueber 2000 Meter Film.

— **Neureglung der Sonntagsruhe.** Der von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzte gemischte Ausschuß zur Neureglung der Sonntagsruhe hat sich in seiner Sitzung am Montag mit überwiegender Mehrheit für den Einuhrladenschluß in allen Geschäften mit Ausnahme der Blumenhandlungen, die nach wie vor bis 2 Uhr offen halten dürfen, ausgesprochen. Falls Magistrat und Stadtverordnete diesem Beschlusse beitreten, werden in Zukunft die offenen Verkaufsstellen nur während der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags offen gehalten werden dürfen. Außerdem können wie bisher nach dem Ortsstatut vom 14. Mai 1903 offen halten:

Die Verkaufsstellen, in denen ausschließlich Eß- oder Trinkwaren feilgeboten werden, die Kolonial- und Materialwarenhandlungen, Delikateß- und Drogengeschäfte, die Vorkosthandlungen, die Blumenhandlungen, die Zigarren- und Tabakhandlungen, die Verkaufsstellen der Barbiere und Friseure und die Parfümeriegeschäfte. Ferner sind durch das alte Ortsstatut ausgenommen der Handel mit Bier, Mineralwasser, Molkereiprodukten und Eis, soweit er nicht von einer offenen Verkaufsstelle aus stattfindet, und das Verkehrsgewerbe. Daneben würden bestehen bleiben: Eine Polizei-Verordnung des königlichen Regierungspräsidenten vom 28. 6. 1892, wonach der Verkauf von Back- und Konditorwaren, von Fleisch und Wurst, der Milchhandel und der Betrieb der Vorkosthandlungen außer den allgemein zugelassenen Stunden noch während weiterer zwei Stunden, und zwar von 5 bis 7 Uhr morgens gestattet ist, und eine Bekanntmachung des königlichen Polizeipräsidenten vom 27. Juli 1892, wonach der Verkauf von Back- und Konditorwaren außerdem von 3 bis 4 Uhr nachmittags und der Milchhandel in der Zeit von 6 bis 7 Uhr abends gestattet ist.

Hinsichtlich der Sonntagsruhe in Kontoren hielt der Ausschuß die Sache noch nicht für spruchreif, da die berufene Vertretung des Handels, die Handelskammer, sich aus sehr berechtigten Gründen gegen eine weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit in Kontoren ausgesprochen hat. Um indes auch etwaige Anhänger der Sonntagsruhe unter den Interessenten zu Worte kommen zu lassen, wurde zunächst eine entsprechende Rundfrage an die Firmeninhaber und eine Anfrage an die hiesige Ortsgruppe des Verbandes reisender Kaufleute beschlossen. Die Rundfrage wird derart beschleunigt werden, daß die endgültige Entscheidung bereits in nächsten Wochen fallen kann. —

— **Jahrhundertfeier der Neustadt.** In der unlängst abgehaltenen Sitzung des großen Ausschusses wurde allen anwesenden Deputierten der verschiedenen vertretenen Vereine dargelegt, in welcher Weise die Gründungsfeier der Neustadt geplant ist. Man war allseitig darüber einig, die Feier als Volksfest zu begehen. Daraufhin wurden die verschiedenen Unterausschüsse gebildet und als Tag der Zusammenkunft der 20. März bestimmt. Die Sitzung wird abends 8½ Uhr in der „Wilhelma" stattfinden, und wollen daran auch die Delegierten derjenigen Vereine teilnehmen, denen bisher eine Einladung nicht zugegangen ist. —

— **Zur Einweihung der Bismarckschule.** Der Neubau für das Reform-Realgymnasium (Bismarckschule) soll zu Beginn des Sommerhalbjahrs seiner Bestimmung übergeben werden. Der Magistrat hält es für angezeigt, daß das Gebäude durch eine besondere Feier der städtischen Behörden eingeweiht wird und hierzu der Kultusminister, die hiesigen staatlichen Behörden und das Kuratorium für die höheren Lehranstalten eingeladen werden sowie andre der Anstalt nahestehende Persönlichkeiten. Zur Bestreitung eines Teiles der entstehenden Kosten wird die Stadtverordneten-Versammlung ersucht, 500 Mark zu bewilligen. —

— **Gewährung einer Beihilfe von 1000 Mark.** Der Vaterländische Frauenverein für Magdeburg und Umgegend, der die Walderholungsstätte bei Möser unterhält, hat an den Magistrat die Bitte gerichtet, die Betriebskostenbeihilfe von jährlich 1000 Mark, die ihm von der Stadtgemeinde während der Jahre 1906 bis 1911 regelmäßig gewährt worden ist, auch fernerhin zu bewilligen. Da sich die Erholungsstätte als eine überaus segensreiche, nicht zu entbehrende Einrichtung für weite Kreise der Einwohnerschaft erwiesen hat, so hat der Magistrat beschlossen, dem Vaterländischen Frauenverein die Beihilfe auf weitere 3 Jahre zu gewähren. Die Stadtverordneten werden um Zustimmung ersucht. —

— **Unterschlagungen und Fälschungen.** Der Buchhalter Friedrich Gehse zu Berlin, geboren 1875, vorbestraft, hatte sich am Sonnabend vor dem hiesigen Landgericht zu verantworten. Er war seit 1908 bei dem Magdeburger Straßen- und Glasreinigungsinstitut Zemlin u. Ko. in Stellung und mißbrauchte das ihm geschenkte Vertrauen dadurch, daß er von den einkassierten Geldern bis zum Jahre 1911 insgesamt 2352,11 Mark veruntreute und für sich verbrauchte. Um die Unterschlagungen zu verdecken, fälschte er fortgesetzt die Ablieferungslisten. Nach seiner Entlassung am 6. Januar 1911 fälschte Gehse Quittungen mit der Unterschrift der Firma und zog von den Kunden weiter 348,61 Mark ein, die er ebenfalls für sich verausgabte. Die Fehlbeträge sind später bis auf 1181,20 Mark gedeckt. Der Angeklagte wurde wegen fortgesetzter Untreue in Tateinheit mit Urkundenfälschung und wegen Rückfallbetrugs in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis verurteilt. Zugleich wurde die sofortige Verhaftung beschlossen. —

— **Kapitalabfindung von Unfallrenten.** Man schreibt uns aus dem Arbeitersekretariat: Die Sektion 2 der Nordw. Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft versendet an Unfallrentner eine gedruckte Anweisung, in der ein Hinweis auf Abfindung von Renten enthalten ist. Dieser Hinweis ist mit Blaustift angezeichnet und bezweckt, die Unfallrentner zu veranlassen, Anträge auf Abfindung zu stellen.

Es kann nicht dazu geraten werden, diese Anträge einzureichen, denn sehr leicht wird damit das Gegenteil einer Abfindung erzielt, nämlich — die Rentenentziehung. In Betracht kommen nur kleine Renten, in der Hauptsache für Finger-, Hand- oder Fußverletzungen. Wird nun ein Antrag auf Abfindung gestellt, dann erhält der Antragsteller eine Zuschrift, in welcher die Geneigtheit zur Abfindung erklärt wird. Zugleich erfolgt aber auch die Aufforderung, sich beim Vertrauensarzte der Berufsgenossenschaft zu Untersuchung vorzustellen. Die Untersuchung kann aber zu dem Resultat führen, daß eine meßbare Schädigung durch Unfallfolgen nicht mehr anerkannt wird und dann erfolgt mit Sicherheit die Entziehung der Rente. Ob diese im Berufungsverfahren wieder zuerlangen ist, das bleibt immer sehr zweifelhaft. Allerdings würde die Rentenentziehung über kurz oder lang doch erfolgen; es ist aber verkehrt, durch einen Abfindungsantrag der Berufsgenossenschaft die Möglichkeit der schnelleren Entziehung zu geben.

Zu beachten ist auch, daß nach etwa erfolgter Abfindung jeder spätere Anspruch auf verschlimmerte Unfallfolgen ausgeschlossen bleibt. Bei einer ganzen Anzahl von Unfallverletzungen, z. B. Kopfverletzungen, Verletzungen innerer Organe usw., ist es aber nicht ausgeschlossen, daß trotz der zeitig bestehenden geringeren Erwerbsbeschränkung mit der Zeit Verschlimmerungen eintreten, die unter Umständen zu einer erheblichen Erwerbsunfähigkeit führen können. Ist aber Abfindung erfolgt, dann hat man jeden weiteren Anspruch verloren. Aus den angeführten Gründen ist es daher nicht ratsam, Anträge auf Abfindung zu stellen. —

— **Arbeiterjugend.** Am Mittwoch findet für den Bezirk Altstadt eine Zusammenkunft bei Böhme, Kleine Klosterstraße, statt. — Der Bezirk Sudenburg veranstaltet am Mittwoch bei Flemming, St.-Michael-Straße, einen Rezitationsabend. Hierzu sind Eltern und Angehörige der Jugend besonders eingeladen. — Zu dem Spielabend der Jugend von Neue Neustadt, der am Donnerstag im „Weißen Hirsch" abgehalten wird, müssen alle Jugendgenossen und -genossinnen kommen. Es soll über die Ausgestaltung der Lese- abende gesprochen werden. — Für die Bezirke Alte Neustadt und Buckau finden am Donnerstag ebenfalls Zusammenkünfte statt. Für Alte Neustadt in der „Krone", Moldenstraße, für Buckau in der „Thalia". —

— **Unfall.** Der Arbeiter Gustav Habicht, Morgenstraße 44/45, rutschte am Montag nachmittag in der Fabrik Lübecker Straße 13 mit einem Sack Zichorien aus und zog sich dabei einen Bruch des rechten Knöchels zu. Der Verunglückte fand Aufnahme im Krankenhaus Altstadt.

— **Vortrag für Frauen.** Die Magdeburger Naturheilvereine veranstalten am Freitag den 22. d. M., abends 8½ Uhr, in Freddrichs Konzert- und Ballhaus einen Vortrag für Frauen. Rednerin ist die Leiterin der Albrechtschen Naturheilanstalt in Halle, Frau Luise Albrecht. Sie spricht über das Thema „Operationslose Behandlung der Frauenleiden". Mit Erklärungen an großen Wandtafeln wird der Vortrag für die Zuhörenden recht klar und verständlich gemacht. Der Zutritt ist nur Damen über 16 Jahren gestattet. Die Vortragende ist eine Schülerin von Dr. med. Thure-Brandt. (Siehe Inserat.) —

— **Esperanto in Magdeburg.** Zur Förderung und Verbreitung der internationalen Hilfssprache Esperanto in Magdeburg wurde am vergangenen Sonntag von Vertretern der hier bestehenden Esperanto-Vereine ein Propaganda-Ausschuß gebildet. Nach Konstituierung des engeren Arbeitsausschusses wurde das Arbeitsprogramm in seinen verschiedenen Teilen entwickelt und beschlossen, schon jetzt mit der Werbetätigkeit zu beginnen. Auskunft über lokale Esperanto-Angelegenheiten erteilt der Schriftführer Kurt Barginda, Magdeburg, Beaumontstraße 11. —

— **Reise-Stipendien der Germana Esperanto Gazeto.** Der Zentralverlag für Esperanto und Stenographie in Magdeburg, Kaiser-Friedrich-Straße 1., der im Herbst 1910 einen Fonds zur Erteilung von Reise-Stipendien ins Ausland eingerichtet hat, hat nunmehr eine Stipendie von 300 Mark an einen Studierenden der Universität Halle ausgezahlt. Sobald der Fonds wieder die nötige Höhe erreicht, gelangen weitere Stipendien von 100 bis 500 Mark, je nach Anzahl der Bewerber, zur Auszahlung. Als Bewerber wird jeder Reichsdeutsche zugelassen, der sich innerhalb von 6 Monaten die leicht erlernbare Hilfssprache Dr. Zamenhofs soweit aneignet, daß er sie im Auslande verwenden kann. Interessenten erhalten die Bedingungen für den Wettbewerb durch den genannten Verlag nach Einsendung einer Zehnpfennigmarke. —

— **Ueberfahren.** Am Montag nachmittag gegen 5 Uhr wurde der Kutscher Gustav Kusian, Kutscherstraße 4, in der Halberstädter Straße von einem Bierwagen überfahren. Kusian wollte an seinem mit Möbeln beladenen Wagen einige Stücke, welche abgerutscht waren, gerade schieben und rutschte selber dabei aus und geriet unter den plötzlich vorüberfahrenden Bierwagen. Mit einem Beckenbruch und mehreren eingedrückten Rippen wurde Kusian dem Krankenhaus Altstadt zugeführt. —

— **Fußbodenbrand.** Auf eine Feuermeldung rückte Löschzug Neustadt am Dienstag früh nach Schmidtstraße 62. In zwei nebeneinandergelegenen Küchen zweier Hofwohnungen war der Fußboden in Brand geraten. Durch Aufstemmen und Entfernen der Dielen und mit dem kleinen Löschgerät wurde die Gefahr beseitigt. —

rz. **Wegen versuchten schweren Diebstahls** hat das Landgericht Magdeburg am 18. Januar d. J. den Arbeiter Otto Leinung zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Auf die Revision des Angeklagten, der rügte, daß die Strafe in Gefängnisstrafe hätte umgewandelt werden müssen, hob heute das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. —

× **Geständiger Dieb.** Der wegen Bodenkammerdiebstähle festgenommene Fürsorgezögling Willi Sch. ist geständig, unter anderm in der Woche vom 10. bis 16. d. M. aus einer verschlossenen Bodenkammer in dee Sieverstorstraße mittels Einbruchs 4 Paar Schuhe gestohlen zu haben. Ferner will er in einem Hause der Kaiserstraße zwischen Wilhelm- und Hohenzollernstraße eine Bodenkammer erbrochen, aber nichts gestohlen haben. Diese Straftaten sind bei der Kriminalpolizei nicht zur Anzeige gekommen. Die Geschädigten werden ersucht, dies schleunigst nachzuholen. —

× **Unterschlagung.** Der in einer größern Schankwirtschaft als Silberputzer beschäftigt gewesene Alfred Eickmeyer aus Barmen hat am 17. d. M. von einem Kellner des betreffenden Lokals ein Zwanzigmarkstück bekommen, um kleines Geld für ihn zu holen, ist aber nicht zurückgekehrt. E. ist 23 Jahre alt, 1,73 Meter groß, schlank, hat volles, in der Mitte gescheiteltes Haar, längliches blasses Gesicht, kleine spitze Nase und spricht Berliner Mundart. Bekleidet war er mit schwarzem steifem Hut, grauem Ulster, abgetragenem grauem Anzug, gestreifter Hose und Schnürschuhen. —

× **Ein Handtaschenabreißer.** Am Sonntag abend zwischen 9 und 9½ Uhr hat ein unbekannter, etwa 30 Jahre alter und 1,75 Meter großer Mann, der gut gekleidet war und einen grauen Hut mit hellem Bande getragen hat, in der Königstraße in Höhe der Fritz-Reuter-Straße versucht, einer Dame die Handtasche zu entreißen. Mitteilungen, die zur Ermittlung des Täters dienen können, sind der Kriminalpolizei erwünscht. —

× **Gestohlen** wurden hier in der Zeit vom 16. bis 18. d. M. aus einer verschlossenen Bodenkammer in der Gutenbergstraße mittels Einbruchs ein Unterbett mit rotem Inlett; am 18. vormittags gegen 8 Uhr aus einem Zimmer eines Logierhauses am Fürstenufer ein Schafpelz mit marineblauem Bezug. —

× **In Haft genommen** sind: der wohnungslose Zapfer Karl W. aus Schönau, der sich als Kranker in einem hiesigen Krankenhaus befunden und einem andern Kranken 20 Mark gestohlen hat, und der 14 Jahre alte Knabe Johann F. von hier, der erst vor kurzem wegen zahlreicher Laubeneinbrüche festgenommen war, gleich nach seiner Entlassung wieder einen solchen Diebstahl ausgeführt und am 18. d. M. aus einer verschlossenen Bodenkammer in der Kirchstraße mittels Einbruchs ein Fahrrad gestohlen hat, das er in Olvenstedt für 2 Mark verkaufte. —

× **Ermittelte Kellerdiebin.** Die Ehefrau Elisabeth L. in der Tismarstraße ist von der Kriminalpolizei als die Diebin ermittelt, die, wie berichtet, in der Nacht zum 14. d. M. aus einem verschlossenen Keller dortselbst zwei Gläser eingemachte Früchte, zwei Flaschen Wein und zwei Flaschen Himbeersaft, am 17. in der Zeit von 12 bis 9½ Uhr nachmittags aus einem verschlossenen Keller in demselben Hause 21 Flaschen Obstwein und im Laufe der vergangenen Woche aus einem dritten Keller etwa 10 Kilogramm Kartoffeln gestohlen hat. —

Konzerte, Theater, Sport ꝛc.

(Mitteilungen der Direktionen.)

* Städtische Konzerte. Auf das am Mittwoch den 20. März stattfindende Konzert des städtischen Orchesters im „Fürstenhof" unter Leitung des Musikdirektors Krug-Waldsee sei nochmals hingewiesen. Als Solist wird der Konzertsänger Wilhelm Friedmann von hier (Bariton) mitwirken. —

Letzte Nachrichten.

Die Bergarbeiterbewegung.

Hd. Aachen, 19. März. Im Wurmrevier haben die Bergleute am Sonntag wieder eine Reihe von Versammlungen abgehalten, um über die Lage zu beraten. Man kam dahin überein, eine Antwort der Grubenbesitzer auf die gestellten Forderungen bis Mittwoch abzuwarten. Ist bis dahin eine befriedigende Antwort nicht eingelaufen, oder werden die gestellten Forderungen abgelehnt, so soll in den Streik getreten werden. Der alte Verband fordert 15 Prozent, die Christlichen 10 Prozent Lohnerhöhung. Andre Forderungen enthalten den Wunsch auf dreimalige Lohnzahlung im Monat, 8stündigen Arbeitstag und Reglung der Strafgelderfrage durch die Arbeiterausschüsse. Der Eschweiler Bergwerksverein hat ab 1. April eine 5prozentige Lohnerhöhung angekündigt. —

Das Gesetz über den Mindestlohn.

*** London, 19. März. Im englischen Unterhause erklärte gestern der Premierminister Asquith, daß er am Dienstag den Gesetzentwurf über die Gewährung eines Mindestlohns an Bergarbeiter, die in Kohlenbergwerken unter Tage beschäftigt sind, und über andre damit zusammenhängende Fragen einbringen werde. Er werde über die Verhandlungen und die Gründe zu dem Gesetzentwurf erst in der Dienstag-Sitzung eine Erklärung abgeben. Nach Ansicht der Regierung sei die Erledigung der Gesetzesvorlagen durch das Unterhaus so schnell als möglich, nämlich bis zum nächsten Donnerstag, geboten. In diesem Falle würde sie am Freitag vom Oberhause beraten werden und am Sonnabend die Zustimmung des Königs erhalten. —**

Wb. London, 19. März. Der Gesetzentwurf über die Minimallöhne in den Bergwerken ist gestern den Arbeiterparteien vorgelegt worden. Die Vorlage wird, wie die Zeitungen melden, von den Arbeiterparteien einschließlich der Vertreter der Bergleute angenommen werden. —

Wb. Straßburg, 19. März. (Eigner Drahtbericht der „Volksstimme".) Bei einer Uebung riß das Haltetau eines bemannten Drachenballons der Festungstelegraphenabteilung. Der Wind trieb den Ballon in der Richtung nach Bischheim davon. Die Stahltrosse berührte dabei eine Hochspannungsleitung. Es entstand Kurzschluß, der Ballon fing Feuer und stürzte aus beträchtlicher Höhe herab. Der Ballon verbrannte vollständig, die beiden Insassen trugen erhebliche Verletzungen davon. —

Hd. Paris, 19. März. Der Unterstaatssekretär Cheron hat eine Aufstellung gemacht über die Ausgaben Frankreichs in Marokko. Diese Ausgaben betragen insgesamt 130717743 Frank. Das kostspieligste Jahr weist 62 Millionen auf, das Jahr 1908 kostete 38 Millionen. Was die Sterblichkeit betrifft, so sind bis zum 10. Dezember 1911 588 Mann gestorben und 1447 erkrankt gewesen. —

Wb. Paris, 19. März. Die Kammer hat den vom Minister des Innern, Steeg, befürworteten Artikel des Wahlreformgesetzes, nach dem in jedem Departement oder Wahlkreis mehrere Listen sich verbinden können, mit 256 gegen 245 Stimmen angenommen. Dieser Artikel war von den Gegnern der Wahlreform seit Wochen leidenschaftlich bekämpft worden. —

Wb. London, 19. März. Wie die „Times" aus Nanking meldet, hat die Nationalversammlung gestern in einer Resolution als Antwort auf eine Petition chinesischer Frauen das Prinzip des Frauenstimmrechts angenommen, indes die Ausführung auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Soldaten in Kiangsi stürmten gestern das Zahlamt, wurden aber von den Kantonesen in Gruppen zurückgetrieben. —

Hd. Haag, 19. März. In einer Versammlung der Grubenarbeiter des Limburger Beckens sind die holländischen Arbeiter ersucht worden, sich dem Ausstand anzuschließen. In verschiedenen holländischen Städten macht sich bereits ein Mangel an Gas bemerkbar.

Hd. Brüssel, 19. März. In La Louviere fand gestern eine Versammlung der Grubenarbeiter des Mittelbeckens statt, in welcher Stellung zu der jetzigen Lage genommen wurde. Die Arbeiter verlangen eine 15prozentige Lohnerhöhung. Es wurde beschossen, alle Verbände aufzufordern, Delegierte nach der am Sonntag in Brüssel stattfindenden Generalkonferenz zu entsenden. In dieser Generalkonferenz wird über eine Lohnerhöhung und die Gewährung eines Mindestlohnes beraten werden. —

Wb. Konstantinopel, 19. März. Gestern vormittag versuchten im Justizministerium vor Eröffnung der Bureaus zwei Personen, darunter der ehemalige Leutnant Ismail, eine Brandstiftung, indem sie in zwei Stockwerken Petroleum ausschütteten. Ismail wurde verhaftet. Er versuchte zweimal zu entfliehen, indem er ins Meer sprang, wurde aber herausgezogen. Der andre Brandstifter ist entkommen. —

Vereins-Kalender.

Anzeigen unter dieser Rubrik kosten 5 Pf. die Zeile. Bei Zusendung von Manuskripten für diesen Teil muß stets der dafür zu entrichtende Betrag beigefügt werden. Andernfalls erfolgt keine Aufnahme. Die Notizen dürfen nur kurze Hinweise auf Versammlungen, Uebungsstunden ꝛc. enthalten. Zusätze wie „Tagesordnung" „Erscheinen notwendig" u. dergl. werden gestrichen

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter. Mittwoch den 20. März, abends 8½ Uhr, im „Sachsenhof". Große Storchstraße 7, große Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung. 439

Arbeiter-Sängerchor Magdeburg. Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr, Uebungsstunde in der „Bürgerhalle", Knochenhauerufer 27/28. 302

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität, Gau 17a. Gauvorstand und Festkommission zum Gaufest gemeinschaftliche Sitzung am Dienstag den 19. d. M., abends 8½ Uhr, in „Friedrichslust", Leipziger Straße. 434

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität, Verein Magdeburg. Vereinsabende: Abt. Wilhelmstadt (Luisenpark) Mittwoch; Abt. Buckau (Thalia) Mittwoch; Abt. Sudenburg (Zerbster Bierhalle) Donnerstag; Abt. Neue Neustadt (Koppehl, Fabrikenstraße) Freitag; Abt. Alte Neustadt (Krone) Mittwoch; Abt. Altstadt (Friedrichslust) Freitag; Abt. Rothensee (Kumbiers Lokal) Donnerstag; Abt. Meitzendorf (beim Mitglied Heinrich Wilke) Dienstag; Abt. Dahlenwarsleben (Gasthof zur Darre) jeden Mittwoch. 303

Erster Neue Neustädter Arbeiter-Radfahrerverein. Jeden Freitag Uebungsstunde im „Weißen Hirsch". 301

Diesdorf. Sozialdemokratischer Verein, Frauen-Abteilung. Am Mittwoch den 21. März Leseabend bei Herrn Karl Höltge. 437

Lemsdorf. Gesangverein Vorwärts. Dienstag abend Uebungsstunde für Damenchor, Mittwoch für Männerchor. 440

Burg. Sozialdemokratischer Verein. Am Donnerstag den 21. März, abends 8½ Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Hohenzollernpark". 438

Burg. Arbeiter-Samariterkolonne. Jeden Donnerstag abend 8 Uhr Uebungsstunde in der „Grünen Linde" für die Teilnehmer am 1. und 2. Kursus.

Burg. Freie Sängerschaft. Mittwochs Männerchor, Donnerstags Damenchor Uebungsstunde 8½ Uhr abends im „Hohenzollernpark".

Burg. Erster Burger Mundharmonikaklub Edelweiß. Jeden Mittwoch abend von 8½ bis 10½ Uhr Uebungsstunde im „Weißen Schwan" (Inh. Franz Lapp), Ihlestraße. 302

Briefkasten.

Maler, Halberstadt. Wir sind doch nicht dazu da, den Arbeitgeberverband gegen die Angriffe eines Unternehmers zu verteidigen.

E., Alte Neustadt. In Hanau. —

Wettervorhersage.

Mittwoch den 20. März: Meist bewölkt, mild, nur noch vereinzelt etwas Regen. —

Hinweis. Der Gesamtauflage liegt heute ein Prospekt der Firma Otto Schwetasch in Görlitz bei. —

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Konsumverein
für Magdeburg und Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

In allen unsern Verteilungsstellen treffen Mittwoch nachmittag ein:

Frische Seefische
Pfund 12 Pfennig

Wir empfehlen preiswert:

Große süße Apfelsinen

Frische Eier
Stück 7 Pfennig

Ia. Mischobst
eigne Zusammenstellung

Gutkochende Speisekartoffeln

Marmeladen

Kunsthonig 950

Rübensaft

Einen Waggon Futterkartoffeln
Zentner 2.50 Mk. ab Zentrallager haben wir abzugeben.

Für Brautpaare!
Kompl. nußb. Wohnungseinricht. 275 Mk., hocheleg. selbstgefert. echt nußb. Ausstattungen 408 Mk., englische
Schlafzimmer
komplett, 215 Mk.
Küchen 1092
jeder mod. Anstrich, 75 Mk.
Einz. Ersatzstücke spottbillig.
Kheil Möbeltischlerei Braunehirschst. 2

Tapeten
Rolle von 5 Pf. an.
Fritz Prager, Buckau
1006 Schönebecker Str. 34.

Littauers

Nähmaschinen aller Systeme, auch ohne Anzahlung wöchentlich 1 M. Anzahlung. Bei Barzahlung hoher Rabatt. Hocharm. Langschiff 50 Mk. Reparatur billigst
Hermann Braase
Breiteweg, Ecke Domstr.

Waschen Sie schon mit
Kluges 1086
Seifensalmiak?

Strickerei.
Woll. u. baumwoll. Garne, Schockwolle, Strümpfe, Längen, Socken in allen Stärken. Anstricken getragener Strümpfe billigst
Gr. Diesdorfer Str. 228.
Haltestelle Arndtstraße. 61

Empfehle mich bestens zur
Anfertigung von Herrengarderobe
jeder Art sowie zum **Aufbügeln und Aendern von Kleidungsstücken.** Stoffe zum Anfertigen werden gern entgegengenommen.
C. Muchau, Herrenschneider
Mgdb.-Neustadt, Schmidtstr. 4.

Eleg. Herrenrad billig zu verkaufen 908
Richter, Königstr. 17, I.

Saatkartoffeln
Prima Zucker-, Eichenheimer und Industrie- 1219
— ff. Steckzwiebeln. —
Frische Landeier.
A. Maneeke, Agnetenstr. 3.

Bandwurm
mit Kopf.
Verschiedene Kuren habe ich gemacht, um den lästigen Bandwurm los zu werden, aber alles versagte; ich ließ mir daher Ihr Bandwurmmittel **Solitaenia** schicken, welches von vorzüglicher Wirkung war, und spreche Ihnen hiermit meinen herzlichsten Dank aus und werde bemüht sein, das Mittel weiter zu empfehlen. Hochachtungsv. Emma Schöps, Kl.-Mochbern, im Mai 1913. **Solitaenia** für Erwachsene 2,50 M, für Kinder 1,50 M, ist erhältlich in den Apotheken.
Depots in Magdeburg:
Engel-Apotheke, Jakobstr. 18
Löwen-Apotheke, Alt. Markt 22
Rats-Apotheke, Breiteweg 261
Rosen-Apotheke, Coquistraße 8
Viktoria-Apoth., Kaiserstr. 94b

Papier und Tüten
in allen Sorten kauft man billigst bei **Ewald Noack, Magdeburg,** Tauentzienstr. 8. Fernspr. 1824.

Bedeutende Quantitäten Eier
wurden in den letzten Tagen in meinen Geschäften gekauft; ein Beweis, daß die Hausfrau die **hervorragende Qualität meiner Ware vollauf zu würdigen versteht.** Meine **umfangreichen Verbindungen** mit den **bestrenommierten Eierproduzenten** setzen mich in den Stand, meine **außergewöhnlich niedrigen Preise** auch fernerhin beibehalten zu können.

1080

Extra große
deutsche Delikateß-Stempel-Eier
Stück **7½** Pfg. — **5** Prozent Rabatt.

Vollfrische ungarische Trinkeier
Stück **6½** Pfg. — **5** Prozent Rabatt.

Nun meine Herrschaften, wenn Sie sparsam wirtschaften wollen, essen Sie fleißig Eier, und zwar meine Qualitätsware, die auch noch den Vorzug des Billigen hat.

A. H. Völker Butterhandlungen
:: Fernsprecher 1406 ::
Jakobstr. 5, Jakobstr. 21, Gustav-Adolf-Str. 39, Grünearmstr. Nr. 9/10, Breiteweg 252, Buckau, Schönebecker Straße 109a, u. Wilhelmstadt, Butterhandlung Alpenrose, Annastraße 22.

Sudenburg 1110
! Tapeten-Union !
Billig, Rolle von 10 Pf. an
Lutherstr. 14, Ecke Fichtestr.

Billiges Brennholz,
trockener Pantinenhölzer-Abfall, offeriert von 3.00 Mark an frei vor's Haus. Einzelverkauf täglich von 3 bis 5 Uhr nachmittags, Kiepe schon von 30 Pf. an.
H. Fritsch, Dampfsägewerk,
Regätzer Str. 18. Fernspr. 1269.

Neue Betten,
neue Bettfedern billig
Otto Kaphengst
Betten-Engroslager 848
Große Münzstraße 9, I.

Meißners
Kartoffel-, Obst- u. Gemüse-Börse
Katzensprung 10 (am Markt).
Telephon 5683 1144
empfiehlt
Speise-Kartoffeln
10 Pfd. 50 ₰, Zentner 4.50 M
Prima Ware.
Saat-Kartoffeln
12 verschiedene Sorten: **frühe, halbfrühe und späte Sorten.**
en gros und en détail.
Lieferung frei Haus. Bahnversand nach außerhalb.

Hochherrschaftliche getragene
Damen-
Garderobe jeder Art
billigst 727
Breiteweg 25, III.

Eleg. Damenrad billig zu verkaufen 908
Richter, Königstr. 17, I.

Kleiderschrank, Vertiko, Plüschsofa, Pfeilerschr. m. Sp., Waschtoil. m. Marmorpl., Bettst. m. Matr., Küchenschr., Tische u. Stühle z. verk. Schöning. Str. 1p.

Plüschsofa hochfein, sowie elegante moderne **Plüschgarnitur** bill. z. verkauf. Bahnhofstraße 15, 1 Tr. l., a. Bahnhof.

Dr. Thompson's Seifenpulver
(Schutzmarke Schwan)
ist billig, bequem, sparsam,
schont die Wäsche

Meine **Zahn-Praxis** befindet sich **jetzt** 915
Olvenstedter Straße 36, I.
(vis-à-vis der Friesenstraße)
Sprechstunden: Vormittags 9—1 Uhr und nachmittags 3—6 Uhr.
Alfred David.

Zum Umzug!
Möbel
1000 auf
Kredit
Möbel f. 1 Zim. u. Küche, Anz. 12 Mk.
Möbel f. 2 Zim. u. Küche, Anz. 20 Mk.
Möbel f. 3 Zim. u. Küche, Anz. 28 Mk.
Einzelne Möbelstücke
Anzahlung von 3 Mk. an
Wöchentl. Abzahlung von 1 Mk. an
Anzüge
für Herren, Burschen und Konfirmanden.
Kostüme, Paletots, Kleiderstoffe, Teppiche, Gardinen, :: Betten, Kinderwagen ::
Aeltestes Möbel- und Waren-Kredithaus am Platze
A. Friedländer
Magdeburg, Breiteweg Nr. 118

Bernh. Pabst
Friesenstr. 39
Schallplatten auf Miete
10 Musikstücke Monat 1 Mk.

Buckau — Zur Konfirmation
Konfirmations-, Kommunion- u. Jugendweihkarten
Größte Auswahl. 921
Buchkarten Stück von 4 Pfg. an. (Billigste Preise.)
Gesangbücher Stück von 1.65 Mk. an. Name in Golddruck gratis.
Zum Schulanfang
sämtliche Schulartikel, wie Tornister, Federkasten usw.
Gedruckte Lehrbücher für Volks- u. Bürgerschulen empfiehlt
M. Tüngler, Papierhandlung, Feldstraße 22
neben den Volksschulen.

Konfirmanden-Uhr
mit Kette für 3 Mk. u. 6.50 Mk. zu verkaufen. 1098
Grimmig, Jenkerplatz, part.

Möbel-Fuhrwerk 1013
für Stadt und Land empfiehlt
Paul Krankemann
Buckau, Südstr. 11. — Tel. 5591.

Neue und getragene
Straßen- u. Gesellschaftskleider
in großer Auswahl 1016
Möbes, Tischlerbrücke 29, 1. Et.

Leih-Haus
Adolph Michaelis
Apfelstraße 16, I.
(Gegr. 1881) 995
Höchst-Beleihung
jeder Wertsache.
Strengste Verschwiegenheit.

Rheinperle
SOLO
Margarine, die Elitemarken der Branche, ersetzen
Feinste Butter
Holl. Marg. Werke Gebr. Jurgens & Parmentier G.m.b.H. Goch Rhd.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 67. Magdeburg, Mittwoch den 20. März 1912. 23. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

29. Sitzung.

Berlin, 18. März, nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt beim Kapitel Reichsschulkommission, wozu der Antrag Albrecht (Soz.) auf Ausbau der Reichsschulkommission zu einem Reichsschulamt vorliegt.

Abg. Dr. Preuß (Ztr.) bekämpft den Antrag, da er eine Verfassungsänderung nötig machen würde. Die Schulgeldfreiheit, welche die Sozialdemokratie auch für die höheren Schulen wollen, würde zu ungeheuern neuen Steuern führen. Die Religion darf aus der Schule nicht verbannt werden, sonst wird das Volk demoralisiert. Es ist ein heiliger Krieg, den wir führen, um unsre Kinder vor dem Umsturz zu bewahren. (Bravo! i. Ztr.)

Abg. Heinath (natl.) tritt für Beibehaltung des Einjährig-Freiwilligen-Zeugnisses auf der Schule ein und wendet sich gegen den Antrag der Sozialdemokraten, weil auf dem Gebiete der Schule keine Zentralisation geschaffen werden dürfe.

Abg. Dr. Müller (Meiningen, Fortschr. Vp.): Die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst müßte neben der wissenschaftlichen Prüfung auch an eine Prüfung der körperlichen Tüchtigkeit gebunden sein. Dann würden unsre Schulen weit mehr Zeit auf die körperliche Ausbildung verwenden. Jetzt sind nur 30 Prozent der zum Einjährigendienst Berechtigten überhaupt militärtauglich; das ist die stärkste Verurteilung der körperlichen Erziehung auf unsern Schulen. (Zustimmung bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Abg. Bruckhoff (Fortschr. Vp.) bekämpft den sozialdemokratischen Antrag, die Schule müsse Sache der Einzelstaaten bleiben. Durch die Gesetzgebung kann ein Bildungsminimum nicht geschaffen werden, denn Bildungsfragen sind Persönlichkeitsfragen. Die Volksschule braucht auch den Religionsunterricht. (Lebh. Hört, hört! rechts u. b. d. Soz.) Das sage ich als fortschrittlicher Lehrer, denn es hat mit fortschrittlicher Politik nichts zu tun. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Schulz (Soz.):

Dr. Preuß steht zwar 38 Jahre im höhern Schulwesen, wie er selbst sagte, kennt aber trotzdem die Nöte des höhern Schulwesens sehr wenig, sondern hat sich in eine gewisse Fachverbohrtheit verrannt. Sonst müßte er erkennen, wie der Aufbau und die Entwicklung des höhern Schulwesens durch das Einjährig-Freiwilligenwesen gehemmt wird. Er sowie die andern Redner fürchten von einem Reichsschulgesetz eine Schablonisierung. Wenn das richtig wäre, müßte es doch auch von einem Landesschulgesetz gelten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Selbstverständlich verlangen wir die Schule ohne Religion, aber damit wollen wir doch nicht die Religion und Gott abschaffen. Wir wollen niemand seine Religion rauben, aber auch unsre religiösen Anschauungen nicht vergewaltigen lassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Unentgeltlichkeit der Einheitsschule, die wir wünschen, würde natürlich erhebliche Kosten verursachen. Aber die Millionen und Milliarden für ein gut organisiertes Schulwesen würden nicht schlecht angewendet sein, sondern dadurch würde auch die Wehrhaftigkeit des Volkes wesentlich gestärkt werden. (Zustimm. b. d. Soz.)

Herr Bruckhoff scheint mit den Beschlüssen des Deutschen Lehrervereins nicht vertraut zu sein. Er scheint auch nicht klar darüber, daß unser Antrag auf Erlaß eines Reichsschulgesetzes jetzt nicht zur Debatte steht, sondern lediglich unsre Resolution auf Errichtung eines Reichsschulamts, das nötig ist, weil ja die Reichsschulkommission leider gar keine Befugnisse hat. Wir haben in unsrer Resolution absichtlich keine speziellen Aufgaben genannt, damit der Reichstag dem Prinzip der Errichtung eirnes Reichsschulamts zustimmen kann. Wenn er das nicht tut, werden die Lehrer erkennen, wer mit ihren Forderungen hier am entschiedensten Ernst machen will. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Mumm (Wirtschaftl. Vg.): An den Ausführungen des Herrn Bruckhoff hätte ich nicht viel zu kritisieren. (Hört, hört! b. d. Soz.) Feststellen muß ich aber, daß die Sozialdemokraten nach ihrem Programm alle Eltern zwingen wollen, ihre Kinder in religionslose Schulen zu schicken. (Abg. Pfannkuch (Soz.): Sie wissen ja gar nicht, was im Erfurter Programm steht.) Ich kenne es halb auswendig. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel wird angenommen, die Resolution Albrecht (Soz.) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Zum Kapitel Bundesamt für das Heimatwesen befürwortet

Abg. Diez (Konstanz, Ztr.) eine Resolution, die wirksame Maßnahmen gegen die durch das bandenweise Herumziehen der Zigeuner entstehenden Belästigungen der Landbevölkerung verlangt.

Staatssekretär Dr. Delbrück teilt mit, daß die Grundlagen für gleichmäßig zu erlassende Anordnungen über die Behandlung der Zigeuner geschaffen seien.

Abg. Rupp (Wirtsch. Vg.) wünscht besonders scharfes Vorgehen gegen ausländische Hausierer.

Die Resolution Diez wird angenommen.

Es folgt das Kapitel Ausführung des Kaligesetzes.

Dazu beantragt die Kommission: 1. den Reichskanzler zu ersuchen, gemäß § 22 des Kaligesetzes als vierte Ausgangsstation für die Berechnung der Frachten Mülhausen i. Els. festzusetzen. (Ein Antrag Röser (Fortschr. Vp.) will statt Mülhausen Straßburg setzen.) 2. den Reichskanzler zu ersuchen, möglichst bald einen Entwurf vorzulegen, der

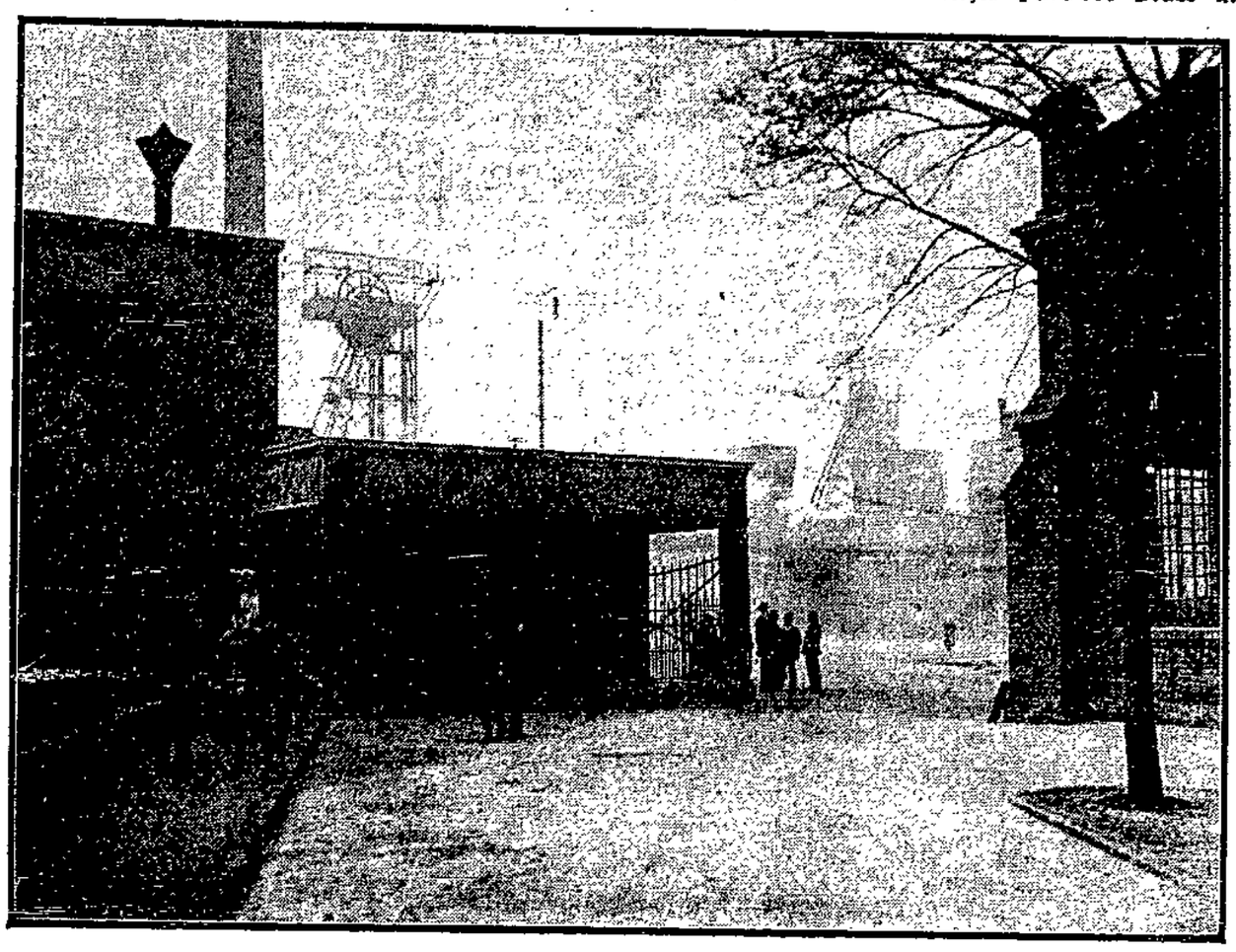
a) dem § 13 des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen zufügt, daß die Durchschnittslöhne der in jedem Betrieb beschäftigten Arbeitergruppen sofort nach der Feststellung durch öffentlichen Anschlag in dem Betrieb bekanntgegeben werden;

b) dem § 19 zufügt, daß alle Quotenübertragungen sofort nach der Vereinbarung der Bergbehörde angezeigt und 4 Wochen durch öffentlichen Anschlag auf dem übertragenden Werke bekanntgemacht werden;

c) den § 27 dahin abändert, daß ein Teil der in die Reichskasse fließenden Abgabe der Reichskasse verbleibt.

3. Den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag alsbald eine Denkschrift über die nach § 13 des Kaligesetzes festgesetzten Durchschnittslöhne 1907—1909 und regelmäßige Arbeitszeit 1909 der Kaliwerke sowie den Wortlaut der nach § 16 des Kaligesetzes abgeschlossenen Tarifverträge vorzulegen.

Ein Antrag Behrens (Wirtsch. Vg.) ersucht den Reichskanzler, anzuordnen, daß die alljährlich von der Verteilungsstelle nach § 13 des Kaligesetzes festgestellten Durchschnittslöhne und die regelmäßige Arbeitszeit der in jedem Kaliwerk beschäftigten Arbeitergruppen sofort nach der Feststellung und die im Berichtsjahr neu abgeschlossenen oder abgeänderten Tarifverträge veröffentlicht werden (tunlichst im „Reichsarbeitsblatt").



Aus dem Ruhrgebiet.

Der große Streik im Kohlenbecken Westfalens dauert noch immer an. Unsre Bilder zeigen oben den öden Vorplatz einer Zeche mit den Fördertürmen im Hintergrund, unten Grubenarbeiter, die „Schicht" gemacht und die „Brocken" hingeworfen haben.

Abg. Hoch (Soz.):

Die Absatzverhältnisse in der Kali-Industrie waren unhaltbar geworden. Ein Teil der Industriellen schloß sich dem Syndikat nicht an und zwischen ihnen und dem Syndikat kam es zu heftigen Zusammenstößen. Die Verhältnisse waren ähnlich wie zwischen den drei kämpfenden Bergarbeiter-Organisationen und den christlichen und gelben, die ihren Brüdern in den Rücken fielen. Aber hier handelt es sich nicht um Arbeiter, die um menschenwürdige Lebensverhältnisse kämpfen, sondern um den Profit der Arbeitgeber, und daher nahmen die Regierung und die Vertreter der bürgerlichen Parteien eine ganz andre Stellung ein. Von der Begeistrung der Freiheit der Streikbrecher, von der moralischen Entrüstung über den Terrorismus der Streikenden war keine Rede, niemand dachte daran, gegen den Terrorismus des Kalisyndikats etwa die Polizei anzurufen. Im Gegenteil, die Herren von der Rechten, vom Zentrum und die Nationalliberalen schlugen sich auf die Seite des Syndikats und beeilten sich, ein Gesetz zustande zu bringen, das den Terrorismus des Syndikats stärkte und die Industriellen, die sich dem Syndikat nicht angeschlossen hatten, zu diesem Anschluß zwangen, und so hat das Syndikat eine Herrschaft errungen, jedoch nicht aus eigner Kraft, vielmehr beruht sein stolzes Gebäude auf der durch das Kaligesetz geschaffenen Grundlage. Deshalb können wir auch nicht sagen, das Reich soll sich um diese Verhältnisse möglichst wenig kümmern und alles dem Syndikat überlassen. Wir haben vielmehr die Pflicht, darüber zu wachen, daß das Kali-Syndikat den Gebrauch von dem Gesetz macht, den der Gesetzgeber beabsichtigt hat. Von diesem Gesichtspunkt nehmen wir zu den vorgeschlagenen Resolutionen Stellung. Die unter 2 ist von uns in der Kommission eingebracht und von der Mehrheit angenommen. Unter a und b wird eine Aenderung des Kaligesetzes in bezug auf die §§ 13 und und 19 verlangt, die einen Schutz der Arbeiter darstellen. Die beantragte Aenderung ist nur die notwendige Voraussetzung für die wirkliche Durchführung der §§ 13 und 19. Deshalb ist sie auch in der Kommission von der Mehrheit angenommen.

In der Kommission ist auch erwähnt, daß der Bundesrat sein Versprechen, Ausführungsbestimmungen über die Rabatte zu geben, nicht gehalten hat. Der Unterstaatssekretär hat angegeben, das sei deshalb geschehen, weil sonst die Rabatte den Konsumenten zugute gekommen wären, und das hätte Bedenken, weil der Handel dann ausgeschaltet würde. Ich gebe zu, daß das einen berechtigten Kern hat. Weiter ist aber mitgeteilt worden, die landwirtschaftlichen Organisationen, speziell der Bund der Landwirte, haben die Rabatte gar nicht haben wollen, sondern hätten diese 170 000 Mark am liebsten den Konsumenten überlassen wollen. Das glaube ich nicht. Ich bin vielmehr überzeugt, daß der Bund der Landwirte das Geld sehr gern in seine Hand bekommen will. (Lebh. Sehr richtig! links.)

Anders liegt es mit den sogenannten Propagandageldern. Nach § 27 des Kaligesetzes muß jeder Kaliwerksbesitzer für jeden Doppelzentner, den er absetzt, eine Abgabe von 60 Pfg. in die Reichskasse entrichten, und diese Einkünfte sind für Propaganda zur Hebung des Kaliabsatzes zu verwenden. Der Reichstag hat die Kali-Industriellen zu dieser Abgabe für den Zweck der Propaganda zur Hebung des Kaliabsatzes gezwungen, und deshalb hat er auch die Verpflichtung, darüber zu wachen, ob die Gelder für diesen Zweck verwendet werden. Im vorigen Jahre sind viele Klagen darüber vorgebracht, daß das nicht geschehen ist. Daraufhin hat die Regierung unterm 28. Juli 1911 eine Bekanntmachung erlassen, worin ausgeführt wird, daß für wissenschaftliche Untersuchungen und Versuche sowie für Veranstaltungen, durch welche die landwirtschaftliche Bevölkerung in anschaulicher Weise mit solchen Untersuchungen bekannt gemacht wird, Vergütungen gewährt werden. Weiter heißt es, Vergütungen werden nur für solche Maßnahmen gewährt, die geeignet sind, die Kenntnis der Wirkung des Kalidüngers auf die Landwirtschaft zu fördern und die Landwirte über die Anwendbarkeit und Notwendigkeit der Kalidüngung zu unterrichten. Für Maßnahmen dagegen, die lediglich eine Anpreisung der Kalisalze darstellten, werden Vergütungen nicht bezahlt. Diese Bekanntmachung hat nach meiner Meinung das Richtige getroffen. Nach der Menge des von landwirtschaftlichen Korporationen bezogenen freien Kalis werden die Rabatte berechnet; die Propagandagelder, die ja andern Zwecken dienen, dürfen keineswegs ebenso berechnet werden. Eine Genossenschaft, die einen Kalibetrieb gar nicht hat, aber Propaganda treibt, hat Anspruch auf die Propagandagelder, eine Genossenschaft dagegen mit einem großen Kalibetrieb, die gar keine Propaganda treibt, hat einen solchen Anspruch nicht. Ich hebe das ausdrücklich hervor, weil der Deutsche Landwirtschaftsrat im Februar dieses Jahres den entgegengesetzten Standpunkt vertreten hat.

Aber andre Vorwürfe in bezug auf die Verteilung der Propagandagelder scheinen mir berechtigt. So hat der Deutsche Fischereiverein 30 000 Mark bekommen und eine Erklärung der Regierung hierfür nicht gegeben. 13 000 Mark hat das Institut für das Gärungsgewerbe erhalten und 1000 Mark der Deutsche Hopfenbauverein. Die hohe Summe, die das Institut für das Gärungsgewerbe bekommen hat, ist recht auffallend. Ich habe mich bei Herren, die etwas davon verstehen, erkundigt, diese haben die Sache nur mit verständnisvollem Lächeln aufgenommen. Ich frage die Regierung, ob diese 13 000 Mark wirklich so verwendet sind, wie sie nach dem Gesetz verwendet werden sollen. Die Oeffentlichkeit muß um so mehr darüber Aufklärung erhalten, als das Institut für das Gärungsgewerbe in enger Beziehung zu dem Brauer- und Brennergewerbe steht, das doch wirklich keinen Anspruch auf eine Extrauntersstützung vom Staate hat. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich gebe zu, daß die Verteilung dieser Gelder keine angenehme und dankbare Aufgabe ist. Der Unterstaatssekretär hat angeregt, hierfür einen aus Sachverständigen zusammengesetzten Beirat einzuberufen. Auch ich halte das für zweckmäßig. Aber es genügt nicht. Die Parteien haben ein Interesse daran, sich selbst von der Verteilung der Gelder zu überzeugen, und deshalb wäre es zweckmäßig, daß auch die verschiedenen Fraktionen einen Vertreter in diesen Beirat entsenden.

Dann würde es zweckmäßig sein, über den Arbeitsplan, der sowieso veröffentlicht wird, und darüber, wie die einzelnen Gesellschaften, die die Gelder bekommen haben, den Arbeitsplan ausgeführt haben, dem Reichstag alljährlich eine Denkschrift zu unterbreiten, damit wir genau verfolgen können, ob die Gelder nutzbringend verteilt werden. Wir müssen um so mehr Wert legen auf eine genaue Kontrolle, weil die Verführung für die Herren von der Regierung sehr groß ist, mehr auszugeben, als notwendig ist. Infolge des über Erwarten steigenden Absatzes von Kali fließen so viele Gelder in die Reichskasse, wie zur Propaganda gar nicht verwendet werden können. Das wissen die beteiligten Kreise, die Regierung wird bestürmt mit allen möglichen und unmöglichen Anträgen auf Bewilligung von Geldern, und da liegt die Gefahr nahe, daß sie auch Gelder bewilligt, die nicht lediglich für Propagandazwecke ausgegeben würden. Um diese Verschleuderung von Reichsgeldern zu verhindern, brauchen wir eben eine genaue Kontrolle. Die Gelder, welche nicht zu Propagandazwecken gebraucht werden, könnten z. B. benutzt werden, um den kleinen Abnehmern, den kleinen Bauern, den Bezug von Kali zu erleichtern und solche Arbeiter zu unterstützen, die durch den Rückgang der Produktion in einzelnen Kalibetrieben geschädigt werden. Ich gebe zu, daß diese Reglung nur ein Notbehelf ist. Wir würden die ganze Propagandafrage anders lösen, wenn wir in der Lage wären, das Gesetz zu ändern. Wir haben für das Kaligesetz gestimmt, weil wir nichts Besseres erreichen konnten, haben aber zunächst die Verstaatlichung in unserm Sinne verlangt, die aber leider abgelehnt wurde. In bezug auf das Monopol hat sich ein bezeichnender Umschwung

in der öffentlichen Meinung vollzogen. Weite Kreise, die sich sehr ablehnend verhalten haben, denken heute ganz anders. Der Staatssekretär hat auf die Frage, wenn wir das Monopol bekommen werden, geantwortet: Wenn wir dazu reif sein werden. Nun, hoffentlich geht dem Staatssekretär bald die Erkenntnis auf, daß wir für die Sache doch schon reif sind. (Sehr gut! b. d. Soz.) Das Geschick des Herrn Wermuth sollte ihn warnen. Wenn eines schönen Tages die Herren vom Zentrum für das Kalimonopol eintreten, dann tritt vielleicht auch beim Staatssekretär die mögliche Reife auf, sonst muß er gehen. (Heiterkeit.)

Interessant war, daß der Staatssekretär zugibt, daß Fehler beim Kaligesetz gemacht seien. Aber es ist geradezu unerhört, daß die Regierung trotzdem nichts tut, um diese Fehler auszumerzen. Die im Kaligesetz vorgesehene Reglung des Absatzes in der Produktion ist sehr unvollkommen und geradezu unsinnig. Die Produktion muß verteilt werden nach einem einheitlichen Plan, einzig und allein nach der Zweckmäßigkeit. Der jetzige Zustand hat zur Folge, daß immer neue Produktionsstätten eröffnet und neue Schächte von den Betrieben gebaut werden, um sich ihren Anteil zu erhalten. Wir müssen die ganze Kaliproduktion planmäßig regeln, dann würden die Selbstkosten bedeutend vermindert werden, die Arbeiter brauchten nicht geschädigt zu werden und die Abnehmer könnten das Produkt zu einem billigen Preise bekommen. Bei der heutigen Wirtschaft machen die gutgestellten Werke ein gutes Geschäft, und vor allem blüht die Spekulation. Zum Schaden der Gesamtheit werden einzelnen Leuten Riesenprofite zugeführt. Auch andre wichtige Fragen, wie die Regulierung der Abfälle, können heute nicht erledigt werden. Durch die jetzt betriebene Raubwirtschaft gehen ungeheure Schätze verloren.

Nun ist in der „Kuxenzeitung" ein Artikel erschienen, der sich sehr eingehend gegen die Verstaatlichung wendet. Es wird dort darauf hingewiesen, daß große Kapitalien in der Kali-Industrie festgelegt seien, der Staat müßte über 3 Milliarden Entschädigung zahlen und würde dann nicht zu dem erwarteten Verdienst kommen. Die Leute haben sich unnötigerweise den Kopf zerbrochen. Wir denken natürlich nicht daran, Spekulationsgewinne zu entschädigen. Für uns sind Monopole nicht Selbstzweck, sondern wir erstreben sie im Interesse der Arbeiter und der Gesamtheit. Die Leute, die heute Papiere kaufen von den Riesenunternehmungen, wie Kaliwerken, Kohlen- und Hüttenwerken, elektrischen Werken, mögen sich vergegenwärtigen, daß die Verstaatlichung solcher Betriebe nur eine Frage der Zeit ist. Schrieb doch ein Fachblatt ersten Ranges, der „Deutsche Oekonomist", schon 1897: „Das Endziel der heutigen Kumulation aller Betriebe im Bank-, Verkehrswesen und der Industrie ist die Verstaatlichung, gleichviel ob dies unvermeidliche letzte Ziel in einer kürzeren oder längeren Reihe von Jahren erreicht ist." (Hört, hört! b. d. Soz.)

Recht hat die „Kuxenzeitung", wenn sie sagt, daß der Staat unrentabler arbeite. Wir denken auch nicht daran, unsre heutige Bureaukratie, die nur nützlich ist in kleinen und kleinlichen Verhältnissen, zu Herren der Betriebe zu machen. Das deutsche Volk ist reif genug zur Verstaatlichung, die Vorgänge im Ruhrrevier werden auch gewaltig dazu beitragen, daß nach einer Veränderung der Verhältnisse gerufen wird. Aber die kann nicht durchgeführt werden von der deutschen Bureaukratie, die nach Militär ruft, die den Scharfmachern in die Hände arbeitet und der gewaltigen Kulturbewegung verständnislos gegenübersteht — nein, je mehr sich die Staatsbetriebe ausdehnen, um so mehr muß der Einfluß der Bureaukratie zurückgedrängt und der großen Masse des Volkes Einfluß eingeräumt werden. Wir erstreben die Monopole auch nicht etwa als reine Finanzquelle. Wir denken nicht daran, sie Ihnen (zum Zentrum) darzubringen, damit Sie von der Erbschaftssteuer loskommen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir würden nur dann für ein Monopol eintreten, wenn die Ueberschüsse zur Verminderung der Verbrauchsabgaben und der Zölle auf Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände oder für soziale Zwecke verwandt würden. Ich habe in einigen Sätzen kurz festgelegt, wie ich mir die Verstaatlichung denke. Sie lauten:

1. Das Reich erwirbt die bestehenden Betriebe im Wege der Enteignung, soweit sie nicht auf der Grundlage der tatsächlichen Anlagekosten freihändig erworben werden können.

2. Die Leitung der Kaliwerke sowie der Absatz ihrer Produkte geschieht durch das Reich unter entscheidender Mitwirkung eines Beirates.

Der Beirat setzt sich zusammen aus vom Bundesrat und vom Reichstag ernannten sowie von den Arbeitern und den Betriebsbeamten der Werke in gleicher, geheimer und direkter Wahl gewählten Mitgliedern.

3. Den Arbeitern und den Betriebsbeamten darf die Koalitionsfreiheit in keiner Weise geschmälert werden. Für die Betriebe gelten entsprechend alle Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter und Betriebsbeamten, insbesondere die der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuches. Die Arbeitszeit ist auf 8 Stunden, an gesundheitsgefährlichen Betriebsorten noch weiter zu beschränken

Für jedes Werk ist zur Festsetzung der Löhne, Gehalte und Arbeitsbedingungen sowie zur Erledigung von Beschwerden durch die Belegschaften und Betriebsbeamten in geheimer, gleicher und direkter Wahl ein Arbeiterausschuß zu wählen, der gegen die das Arbeitsverhältnis berührenden Anordnungen und Entscheidungen der Betriebsleitung das Recht der Berufung an den Beirat (Ziffer 2) hat.

4. Die Löhne und Gehalte sind zwischen der Betriebsleitung und dem Arbeiterausschuß auf der Grundlage von Minimalsätzen zu vereinbaren. Die Minimalsätze bedürfen der Genehmigung des Reichstags.

5. Die Verkaufspreise sind im Gesetz unter Berücksichtigung der einheimischen Landwirtschaft gesondert für das Inland und das Ausland festzulegen.

6. Die Ueberschüsse der Kaliwerke sind zur Verminderung der Verbrauchsabgaben und Zölle auf Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände oder für soziale Zwecke zu verwenden.

Wenn nach diesen Grundsätzen die Verstaatlichung der Kalibetriebe durchgeführt wird, dann bin ich überzeugt, würden wir wirklich etwas im Interesse des arbeitenden Volkes erreichen. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Unterstaatssekretär Richter: Wir müssen erst die Wirkungen des Gesetzes abwarten, ehe wir eine Denkschrift darüber vorlegen. Auch können wir nicht jetzt schon an einem Gesetz herumdoktern, das erst 1910 erlassen ist; auch hier müssen wir erst die Wirkungen abwarten. Die Ziffer 2a der Resolution der Budgetkommission wird den beabsichtigten Zweck nicht erreichen. Auch gegen die Resolution Behrens habe ich Bedenken; wir können den einzelnen Werken nicht zumuten, ihre Lohnlisten zu veröffentlichen. Die Tarifverträge könnten eher veröffentlicht werden. Bei der Verteilung der Propagandagelder haben wir Sachverständige gehört, sind aber gern bereit, neue Anregungen zu prüfen. Die 30 000 Mark, die der Fischereiverein bekommen hat, dienen wissenschaftlichen Versuchen, ebenso die Summe für das Institut für Gärungsgewerbe. Selbstverständlich wird kontrolliert, ob die Gelder gesetzmäßig verwendet werden.

Abg. Dr. Bärwinkel (ntl.): Das Kaligesetz sollte nicht dem Profit der Unternehmer dienen, wie Herr Hoch sagte, sondern der Verschleuderung der Kalisalze entgegentreten. Von Kalischmiergeldern kann, nachdem das Reichsamt des Innern die Verwaltung der Gelder hat, keine Rede mehr sein. Ziffer 2c der Resolution bedeutet eine Verbrauchsabgabe auf Kali. Dadurch wird es verteuert, damit auch die landwirtschaftlichen Produktionskosten und so auch die notwendigsten Lebensmittel. (Lachen links.) Es ist nicht gut, der Industrie jetzt Monopole anzudrohen, sondern man sollte sie in Ruhe sich entwickeln lassen. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. Dr. Bell (Ztr.) führt Beschwerde, daß das Kalisyndikat von den Landwirten an der holländischen Grenze verlangt, ihre in Holland belegenen Grundstücke nicht mit denselben Kalisalzen zu düngen wie die in Preußen gelegenen. Diese Auslegung des Kaligesetzes widerspricht sowohl dem Sinne des Kaligesetzes wie dem Vertrag mit Holland.

Abg. Röser (Fortschr. Vp.) befürwortet seinen Antrag.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.) tritt für seine Resolution ein.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß ¾8 Uhr. —

Der Kampf um die Arbeiterjugend.

Vor wenigen Jahren noch kümmerte sich die bürgerliche Gesellschaft nicht um die schulentlassene Arbeiterjugend. Man nahm von ihr nur Notiz, wenn sich einmal über ihre „Roheit" und „Unbotmäßigkeit" zetern und heulmeiern ließ. Erst als die organisierte Arbeiterschaft daranging, dem heranwachsenden Geschlecht der Arbeiterklasse eine verstärkte Aufmerksamkeit und eine systematische Ausbildung zuteil werden zu lassen, kam das Bürgertum auf den schlauen Gedanken, die Arbeiterjugend nach vollendeter Schulzeit für sich einzufangen und durch geeignete Maßnahmen in staatstreuem Sinne zu drillen. Und nun wurde drauflos experimentiert; vom orthodoxen Pastor bis zum schneidigen Leutnant, vom Generalfeldmarschall bis zum letzten Klippschullehrer machte man in „Jugendpflege", das reaktionärste Parlament der Welt, der preußische Landtag, widmete dem edeln Zweck eine Million Mark, und selbst von den Thronen herab gab man sein allerhöchstes Wohlwollen für diese staatsretterische Arbeit an der Jugend kund.

Aber man beschränkte sich nicht auf diese „positive Arbeit", man ergriff auch Defensivmaßregeln gegen die proletarische Arbeiterjugend und deren Organisationen. Polizei und Justiz stellten sich in den Dienst der „guten Sache" und gingen der freien Jugendbewegung mit Polizeischikanen und Gesetzesparagraphen zu Leibe. Natürlich streng gesetzmäßig, denn in Preußen-Deutschland handeln die Behörden streng nach dem Buchstaben des Gesetzes, wobei zu beachten ist, daß Gesetz und Recht nicht gleichbedeutend sind.

Ein sehr willkommenes Hilfsmittel für den Kampf gegen die freie Arbeiterjugend war das „liberale" Reichsvereinsgesetz mit seinem famosen Paragraphen gegen die Jugendlichen. Aber trotz unzähliger Versuche ließ sich die freie Jugendbewegung nicht mit dieser Paragraphenschlinge erdrosseln, auch die polizeilichen Liebenswürdigkeiten gegen die Arbeiterjugend stärkten in ihr nur die Treue zu ihrer verfolgten Bewegung und führten dieser neue Rekruten zu. Die der proletarischen Jugendbewegung aber noch indifferent oder mißtrauisch gegenüberstehenden erwachsenen Arbeiter wurden durch die Justiz- und Polizeiaktionen gegen die Jugend aufgerüttelt und zur Förderung der Arbeit an dem Arbeiternachwuchs angeregt. Auch hier erwies und erweist sich die Hetze des Klassenstaates gegen die Arbeiterjugend als ein Teil jener Kraft, die das Böse will und doch das Gute schafft.

Charakteristisch für die Kulturhöhe Preußen-Deutschlands ist der Feldzug, den Polizeipräsidenten und alle Instanzen der königlich preußischen Justiz gegen den Verein „Arbeiterjugendheim" unternommen haben. Hochgelahrte Richter haben bis auf das Tüpfelchen über dem i nachgewiesen, daß dieser Verein politisch, d. h. sozialdemokratisch, d. h. staatsgefährlich sei. Dem Bestreben der Arbeiterschaft, ihre Jugend der Straße zu entziehen, ihr in freundlichen Räumen Gelegenheit zur Bildung und gesitteten Geselligkeit zu geben, soll damit unter dem Anschein strengster Gerechtigkeit Fesseln angelegt werden. Das Nähere wissen ja unsre Leser aus dem Prozeßbericht in der gestrigen Nummer des „Vorwärts". Wahrlich eine Großtat des „Kulturstaates", wirkliche, ehrliche Kulturarbeit in Paragraphenschlingen, die politischer Haß gelegt hat, zu erwürgen! Von Gerechtigkeit wird erst dann gesprochen werden können, wenn kirchliche und „nationale" Vereine mit gleichem Maße gemessen werden.

Man sollte meinen, die Arbeiterfeinde hätten schon alle Minen gegen die proletarische Jugendbewegung springen lassen. Aber das ist ein Irrtum. Ein preußisches Polizeihirn ist erfinderisch. So geht man denn der Arbeiterjugend mit einem neuen Kniffe zu Leibe, indem man ihr aus der verstaubten Rumpelkammer der Vergangenheit Daumenschrauben anzulegen versucht.

Einigen Genossen, die vor jungen Arbeitern Vorträge — es handelte sich um solche kulturgeschichtlicher und geographisch-ethnographischer Art — gehalten haben, ist vom königlichen Polizeipräsidium in Berlin folgender Ukas zugegangen:

Berlin, den . . Februar 1912.

Nach amtlichen Feststellungen beabsichtigen Sie, ohne im Besitz eines gültigen Unterrichtserlaubnisscheines zu sein, an schulpflichtige oder fortbildungsschulpflichtige Personen Unterricht zu erteilen. Dieser Unterricht ist als ein der staatlichen Aufsicht unterliegenden Ersatz- oder Ergänzungsunterricht anzusehen.

Im Namen und im Auftrag des Königlichen Provinzial-Schulkollegiums zu Berlin untersage ich Ihnen hiermit die Erteilung dieses Unterrichts, weil dadurch gegen die Allerhöchste Kabinettsorder vom 10. Juni 1834 und die Staatsministerialinstruktion vom 31. Dezember 1839 verstoßen wird. Im Falle der Zuwiderhandlung habe ich Ihnen, gleichfalls im Auftrag des Königlichen Provinzial-Schulkollegiums, gemäß § 11 der Regierungsinstruktion vom 23. Oktober 1817 und § 48 der Verordnung vom 26. Dezember 1808 eine Geldstrafe von 100 Mark anzudrohen, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfall eine Strafe von 10 Tagen Haft tritt. J. V.: gez. Baerecke.

Der Wirt, in dessen Lokal ein solcher Vortrag (über das Thema „Land und Leute in Nordafrika") gehalten wurde, erhielt folgendes polizeiliche Schreiben:

Berlin, den . . Februar 1912.

Wie hier festgestellt worden ist, hatten Sie Ihre Restaurationsräume zur Abhaltung eines Vortrags zur Verfügung gestellt, der sich als ein der staatlichen Aufsicht unterliegender Ersatz- oder Ergänzungsunterricht darstellt. Da kein Unterrichtserlaubnisschein vorlag, wird dadurch gegen die Allerhöchste Kabinettsorder vom 10. Juni 1834 und die

Wagmus.

Roman von Margarete Böhme.

(72. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Eine außerordentliche Wagmus-Sitzung, Onkel Feldbergen. Vater hat eben antelephoniert bei Hoolten, Du möchtest mitkommen. Fahren wir gleich zusammen?"

„Jetzt auf der Stelle?"

„Ja, sofort. Um was Angenehmes wird es sich mal wieder nicht handeln. Bist wohl in Deinem jungen Bräutigamsglück nicht in der Stimmung, Dich jetzt an Wagmus-Disputen zu beteiligen. Kann's Dir nicht verdenken . . ."

„Bewahre, gibt's ja nicht! Erst das Geschäft, dann das Privatvergnügen, Junge . . ."

Uebrigens gratuliere ich Dir nochmals extra zu Deinem Entschluß und zu Deiner Wahl. Die Meier ist eine famose Person."

„Sie ist viel mehr als eine famose Person, mein Junge, ein vornehmer, edler Mensch, eine Frau . . . die in ihrer ganzen Persönlichkeit eigentlich einen demonstrativen Beweis für die Dämlichkeit der zeitgenössischen Männlichkeit liefert. Wie ist es möglich, daß hunderttausend Gänse und Truthähne neben ihr weggeheiratet worden sind, und ist keinem beigefallen, sich dieses lieben, reizenden Menschenkindes zu versichern. Daß so etwas einunddreißig Jahre werden konnte . . ."

„Ja ja, man rät eben oft daneben . . ." Friedrich seufzte. „Freu Dich doch über diese männliche Dämlichkeit."

„Du ich auch mein Junge, nicht zu knapp. Ich bin einfach selig. Anfang April wird geheiratet. Ich komm Dir noch zuvor."

„Du hast auch lang genug gewartet. Am meisten freu ich mich Karens wegen. Ich hab das Kind zu gern."

„Ja, das ist auch ein liebes, gutes Kind. Allons!"

Seit vierzehn Tagen war Feldbergen Mitglied des Aufsichtsrats der Wagmus. Breuer hatte Anfang Februar seinen Sitz im Aufsichtsrat aufgegeben.

Rosen zeichnete gleich nach seinem Austritt als Direktor der neuen „Handelsstätte Berolina". Josua Müllenmeisters Vermutungen und Befürchtungen schienen pünktlich einzutreffen.

Breuer hatte gleich danach nichts Eiligeres zu tun, als sich seiner Wagmus-Aktien zu entledigen. Seit einigen Tagen war ein lebhaftes Angebot der Wagmus-Papiere an der Börse. Der Kurs war infolgedessen rapid gefallen. Von hundertvierzig notierten die Aktien auf hundertachtundzwanzig, und heute waren sie, wohl infolge eines Schandartikels in einem Flugblatt, das in der Friedrich- und Leipziger Straße von fliegenden Händlern ausgeschrien wurde, abermals um fünf Prozent heruntergeschnellt.

Aus diesem Grunde war die außerordentliche Sitzung des Aufsichtsrats zusammengerufen.

Ohne Zweifel handelte es sich bei diesen Angriffen nicht um die gewöhnliche verlogene Sensationsmache zeilenschindender Minderwertigkeiten, die lediglich auf die Nickelstücke des skandalfreudigen Publikums spekulierten; das war augenscheinlich eher ein raffiniert angelegter Unterminierungsversuch, der sich gegen das neue großartige Unternehmen und gegen Josua Müllenmeister richtete.

Die Schrift begann mit den landläufigen Lamentos und Anklagen gegen die Warenhäuser, durchkaute dann noch mal speziell die letzten Vorkommnisse im Hause Müllenmeister und „beleuchtete" den „Fall Schiller" . . . Eine ganze Familie durch das Warenhaus Müllenmeister zugrunde gerichtet. Durch die Errichtung von eignen Posamentierstuben im Warenhaus wurde die Ware derartig im Preise gedrückt, daß der Posamentier Schiller, der früher für Müllenmeister arbeitete, nicht mehr das trockene Brot verdiente und nunmehr vor dem Ruin steht. Sein einziger Sohn ist der Verführung erlegen und hat sich aus Furcht vor Bestrafung und Schande erschossen. Die Tochter, die Verkäuferin bei Müllenmeister war, wird von dem jüngsten Sohne des Besitzers ausgehalten, ist eine Verlorene. „So bricht der unheilvolle Einfluß der Warenhäuser in eure Familien, frißt wie ein reißendes Tier eure Söhne und Töchter, vernichtet eure Existenz, zieht euch den Boden unter den Füßen fort, in dem ihr wurzelt . . . Wehrt euch! Macht Front! Wahrt eure heiligsten Güter."

Das neue, riesenhafte Haus, die „sogenannte Wagmus", sei ein ebenso riesenhafter Schwindel. Das ungeheure Unternehmen trage den Keim des Ungesunden bereits in seinen Dimensionen. Unmöglich könne ein Haus von diesem phantastischen Umfang sich rentieren; das wissen die Begründer und Unternehmer auch selber sehr wohl und haben längst ihre Schafe geschoren. Das Ganze sei von Grund aus eine ungeheure Schiebung. Müllenmeister selbst hat durch Grundstücksspekulation und Hypothekenverschiebungen bereits viele Millionen an dem Unternehmen verdient. Die wenigen Spekulanten, die die Aktien zum Paripreis oder eine Kleinigkeit darüber zeichneten, haben diese durch eine künstlich angeheizte Hausse längst wieder abgestoßen, so daß sich fast sämtliche sechzig Millionen Aktien in den Händen von Privatleuten, meist Kleinkapitalisten, befinden. Wenn — was nur eine Frage der Zeit sei — der auf tönernen Füßen ruhende Koloß zusammenstürze, sind die kleinen Kapitalisten, die, indem sie Wagmus-Aktien zu hundertzwanzig, -dreißig Prozent und noch höher kauften und diesen Uebernotierungsbetrag den Unternehmern und Großspekulanten in die Taschen jagten, die Leidtragenden und Gemeierten; Müllenmeister selbst ist durch seinen Verdienst an den Grundstücken gedeckt; die ersten Inhaber der Aktien lachen sich ins Fäustchen.

Michel, wehre dich!

Bis dahin war die Schrift in der für Schmähschriften typischen Tonart gehalten. Dann wurde die Sprache plötzlich vorsichtiger, stieg allmählich in das Niveau einer durchaus korrekten Ausdrucksweise; jeder aufmerksame Leser spürte, daß hier eine andre Hand die Feder ergriffen und der Chronist sensationeller Knallskandale beiseitegetreten war.

Der neue Autor plauderte allerhand Geschäftsgeheimnisse der Wagmus aus, beschrieb die neu aufgenommenen Artikel und machte seine Randglossen dazu, spöttelte über die Allseitigkeit des Unternehmens. Denn von einer „Allseitigkeit" müsse man sprechen, nicht nur von einer Vielseitigkeit.

Dann kam die Schrift auf den ungeheuern Luxus in der Ausstattung des Hauses zu sprechen, rechnete mit einer Gewandtheit, die auf tüchtige Routine im Warenhauswesen schließen ließ, dem Leser vor, daß das Fazit des Betriebes entweder ein klobiges Defizit sein müsse, oder daß die

Staatsministerialinstruktion vom 31. Dezember 1839 verstoßen.

Im Namen und im Auftrag des Königlichen Provinzial-Schulkollegiums untersage ich Ihnen hiermit die Ueberlassung Ihrer Restaurationsräume zu den oben gekennzeichneten Unterrichtszwecken an Personen ohne den vorgeschriebenen Erlaubnisschein.

Im Falle der Zuwiderhandlung habe ich Ihnen, gleichfalls im Auftrag des Königlichen Provinzial-Schulkollegiums, gemäß § 11 der Regierungsinstruktion vom 23. Oktober 1817 und § 48 der Verordnung vom 26. Dezember 1808 eine Geldstrafe von 100 Mark anzudrohen, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfall eine Strafe von 10 Tagen Haft tritt.

J. V.: gez. Baerecke.

Daß es sich in all den Fällen, gegen die das Polizeipräsidium seine stumpfen Pfeile abschießt, nicht um Unterrichtserteilung, sondern um einfache Vorträge handelte, braucht kaum betont zu werden. Nicht einmal eine Diskussion schloß sich an die Vorträge an.

Aber es kennzeichnet so recht den Geist, der in unserm heutigen Staatsleben herrscht, daß man die Bildungsarbeit an der Arbeiterjugend vereiteln will mit Bestimmungen, die entnommen sind der Rüstkammer des absolutistischen Polizeistaates.

Bis zum Jahre 1808 greift man zurück, um im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts einer Kulturbewegung Ketten um den Fuß zu schmieden.

Dabei haben diese ein Jahrhundert alten Kabinettsorders, Ministerialinstruktionen und wie die ehrwürdigen Scharteken alle heißen mögen, im Kampfe gegen die Arbeiterschaft schon früher den Dienst versagt. Auch die Arbeiterturner wollte man unter anderm damit am Wachstum hindern. Aber gerade das Gegenteil wurde erreicht. Trotz der vergilbten Dekrete des alten Polizeistaates ist der Arbeiterturnerbund gewachsen und wird weiterwachsen.

Auch die proletarische Jugendbewegung wird lachend über die morschen Aktenbarrieren hinwegspringen und ihren Weg weitergehen.

Wenn die borussischen Bureaukraten und Polizeier nicht so absolut unempfänglich wären für geschichtliche Lehren, so müßten sie einsehen, daß man der modernen Arbeiterbewegung nicht mit offenen und versteckten Gewaltmaßregeln das Lebenslicht ausblasen kann. 12 Jahre Sozialistengesetz hat die Arbeiterbewegung ertragen; ihre Werbekraft hat trotz aller Plagen und Verfolgungen gewonnen. Auch die proletarische Jugendbewegung wird alle Anfeindungen überstehen und sich neben den andern Organisationen der Arbeiterschaft behaupten.

An den Arbeitern ist es jetzt, den Anschlägen auf ihre Jugend entgegenzutreten. Mehr denn je muß jetzt in der Familie, im Fabriksaal, in der Werkstatt und wo es sonst sei, das Interesse auf das heranwachsende Geschlecht gelenkt werden. Der erwachsene Arbeiter darf den jugendlichen Arbeitsgenossen oder den Lehrling nicht mehr als ein Wesen betrachten, dessen Schicksal und Wohlergehen ihm gleichgültig ist, sondern als einen Angehörigen seiner Klasse, der gleich ihm den Anfeindungen des Klassenstaats ausgesetzt ist, dem beizustehen und den zu fördern, das eigne Klasseninteresse gebietet. —

Soziales.

Die Ausbeutung der Gastwirtsangestellten. Paris wird immer mehr das Vergnügungszentrum der Welt, in dem sich die reichen Müßiggänger angenehme Tage bereiten. Aber wie alles in unsrer Gesellschaft, ruht auch dieses Weltparadies auf dem sumpfigen Untergrund der scheußlichsten Ausbeutung. Wie Genosse M. Cachin auf Grund der Feststellungen der Organisation mitteilt, handelt es sich um etwa 100 000 Angestellte verschiedenster Art, deren Zahl sich ständig vergrößert. Gelegentlich der letzten Bewegung verbreiteten die bürgerlichen Zeitungen das Märchen, daß die Café-Kellner den Tag 20 bis 25 Frank verdienten. Eine genaue Feststellung ist natürlich nicht möglich, aber im Durchschnitt wird man etwa 150 Frank monatlich anzunehmen haben. Für die Geschirrwäscher, Beschließerinnen, Küchengehilfinnen und sonstige Festangestellte beläuft sich der Lohn auf 70 bis 120 Frank den Monat. Die Kellner leben bekanntlich vom „Trinkgeld". Sie erhalten von ihrem Arbeitgeber keine Bezahlung, im Gegenteil, sie müssen ihm abgeben. Jeden Morgen bei Beginn der Arbeit pflegt der Kellner je nachdem 2 bis 5 Frank an der Kasse einzuzahlen. Oder aber alle Trinkgelder werden in eine gemeinsame Kasse abgeliefert, die alle 14 Tage geleert wird. Der Chef nimmt davon zunächst für sich (bis zu 20 Frank den Tag), für den Oberkellner, für zerbrochenes Geschirr, Reinigung der Wäsche, Briefpapier, Angestellte verschiedener Art usw. Der Rest verbleibt den armen Teufeln von Kellnern, denen das Publikum das Ganze zu geben glaubte. So nimmt ein großes Boulevard-Café von seinen 18 Kellnern 60 955 Frank, über 9 Frank pro Mann und Tag! Ein andres nimmt 55 000 Frank, ein drittes mit 13 Kellnern 27 920 Frank. Diese Zahlen sind von der Sozialen Käufer-Liga, einem Verein, der auf humanitärer Grundlage eine Besserung der Zustände im Handel und im Angestelltenverhältnis erstrebt, ermittelt.

Und was wird dabei von den Angestellten verlangt? Sie treten um 8 Uhr morgens an und bleiben oft bis 2 Uhr nachts. Also bis zu 18 Stunden; die Regel sind 15 Stunden. Das ist alles Dienstzeit, da keine Ruhepause besteht, keine bestimmte Zeit zu sitzen oder eine Zeitung zu lesen. Immer auf dem Posten, immer in der Furcht vor drohenden Strafen. Dazu wird auch die vorgeschriebene Wochenruhe nur sehr schlecht eingehalten. Sie sind in völliger Abhängigkeit von den Arbeitgebern, deren Organisationen auch die Stellenvermittlung beherrschen. Bureaus mit den schönen Namen „Brüderlichkeit", „Menschenfreundliche Vereinigung" u. ä. sind in den Händen der Arbeitgebervereine und schließen jeden, der als Sozialist oder Gewerkschafter bekannt ist, peinlich aus. —

Sozialdemokrat

ist nicht jeder, der hinter dem Biertisch über die schlechten Zeiten räsoniert und sich damit begnügt, eine Faust in der Tasche zu machen oder aller fünf Jahre einen Stimmzettel abzugeben. Damit ist gar nichts getan! Bessere Verhältnisse können nur durch planmäßige

Vorwärtsbewegung der Massen

geschaffen werden! Um dies bewerkstelligen zu können, muß

vor allen Dingen der Arbeiterpresse

der weitestgehende Verbreitung gesichert werden. Ein richtiger Sozialdemokrat begnügt sich daher nicht damit, sein Parteiblatt zu abonnieren, sondern er wirkt täglich, stündlich auch noch für dessen weitere Verbreitung. Er wirbt und agitiert unablässig für die

Volksstimme.

Eingegangene Druckschriften.

Nicht verlangte Zusendungen werden nicht zurückgesandt. Besprechungen vorbehalten

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 24. Heft des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte des Heftes heben wir hervor: Präsidial- und andre Fragen. — Gold, Papier und Ware. Von K. Kautsky. — Der Lyoner Kongreß. Von Chr. Rappoport (Paris). — Der zehnte Kongreß der sozialistischen Partei Argentiniens. Von Cornelio Thießen. — Die Aussperrungen in Deutschland. Von Richard Seidel (Berlin). — Literarische Rundschau: Dr. Siegfried Weinberg, Alkohol, Strafrecht und Strafrechtsreform. Von Albert Wilhelm. Myrra Tunas, Anti-Japan. Von G. Eckstein. — Zeitschriftenschau. Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. —

Soeben erschienen zwei neue **Simplicissimus-Bilderbogen.** Der eine: „Die Skitour", stammt von B. Wennerberg, der schon von zwei frühern Bilderbogen her in bester Erinnerung steht. Den andern: „Die Tanzschule", hat Heinrich Kley gezeichnet, der den Lesern des „Simplicissimus" auch längst durch seine grotesken und humorvollen Federzeichnungen bekannt ist. Preis je 20 Pfg. —

Unfallgefahren und Unfallschutz in der Holzindustrie. Verhandlungen der Konferenz der Maschinenarbeiter, Schneidemüller und Säger im November 1911 in München. — **Die Lage der Stellmacher,** Verhandlungen der Stellmacherkonferenz im November 1911 in Berlin. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 2. —

In der bekannten Beckschen Sammlung deutscher Reichsgesetze (Taschenformat in rote Leinwand gebunden, Verlag von C. H. Beck in München 23, Wilhelmstraße 9) ist soeben eine neue — die achte — Auflage der **Textausgabe der Gewerbeordnung** erschienen. Diese neue Auflage gibt den Text der Gewerbeordnung in der Fassung, in der das Gesetz vom 1. April 1912 an gelten wird; sie berücksichtigt die Novelle vom 27. Dezember 1911 und das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung und stellt damit die aktuellste Ausgabe dar, die existiert. Im Anhang enthält die Ausgabe weiterhin das Stellenvermittlungsgesetz vom 2. Juni 1910, das Kinderschutzgesetz, das Hausarbeitsgesetz vom 20. Dezember 1911 und das Gewerbegerichtsgesetz. Der Preis beträgt für das 246 Seiten starke Bändchen, dem ein eingehendes alphabetisches Verzeichnis angefügt ist, nur 1,20 Mark. —

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 18. März.

Aufgebote: Techniker Rudolf Kühl in Berlin mit Minna Schiefer hier. Heizer Otto Hahn hier mit Anna Hauschild in Unseburg. Kutscher Paul Richard Schulze hier mit Katharine Anna Elise Eilert in Flechtingen. Eisenbahn-Praktikant Franz Karl Koch hier mit Marie Nolte in Schwanebeck. Kaufmann Gustav Dommitzsch hier mit Elise Körting in Köthen. Versicherungsbeamter Walter Gustav Herzberg hier mit Frida Emma Dewitz in Altenweddingen. Postassistent Ernst Karl August Giebel in Hannover mit Elsbeth Fasel hier.

Eheschließung: Arbeiter Paul Priebe mit Emma Gräbe.

Geburten: Gerhard, S. des Kontorboten Friedrich Klaus. Kurt, S. des Hausdieners Joseph Quecke. Erwin, S. des Graveurs Karl Baacke. Margarete, T. des Reisenden Heinrich Winneguth. Lucie, T. des Arbeiters Hermann Singebursch — auch Sengebusch. Marie, T. des Arbeiter-Invaliden Franz Ordzinski. Johanna, T. des Landschaftsgärtners Julius Schüler. Leonie, T. des Postboten August Schulze. Gisela, T. des königl. Landmessers Adolf Willmann.

Todesfälle: Stadtrat a. D. Ferdinand Jockusch, 87 J. 15 T. Witwe Karoline Jonas geb. Jonas, 81 J. 2 M. 6 T. Tapezierer Gottlieb Fricke, 75 J. 8 M. 22 T. Arbeiter-Invalide Louis Hinze, 62 J. 1 M. 27 T. Fabrikbesitzer Viktor Jacobi-Scherbening, 62 J. 6 M. 1 T. Schneider Christian Titsch, 57 J. Horstmann, 55 J. 8 M. 1 T. Schneider Christian Titsch, 57 J. 5 M. 6 T. Witwe Wilhelmine Beermann geb. Tümpner, 86 J. 2 M. 1 T. Fabrikant Heinrich Schütz, 46 J. 6 M. 17 T. Witwe Marie Rademacher geb. Ritter, 82 J. 7 M. 29 T. Schneider Richard Holz, 34 J. 9 M. 7 T. Musketier Hermann Müller, 7. Komp. Inf.-Regts. Nr. 26, 21 J. 29 T. Bahnunterhaltungsarbeiter Gustav Lesse, 19 J. 7 M. 22 T. Alfred, S. des Schmieds Christian Bartels, 2 J. 5 M. 11 T.

Buckau, 18. März.

Geburten: Herbert, S. des Arbeiters Walter Schröder. Walter, S. des Schlossers Otto Braune.

Todesfall: Käthe, T. des Rentners Friedrich Heberling, 3 J. 3 M. 4 T.

Aschersleben.

Aufgebote: Lehrer Ernst Alpers in Beiendorf mit Elise Hohmann hier. Gemeinde-Assistent Erich Giesecke in Waßmannsdorf mit Hildegard Albrecht hier.

Eheschließung: Kaufmann Paul Salzenbrodt in Berlin mit Berta Spanier hier.

Geburten: S. des Tischlers Albert Hufter. Zwillinge des Arbeiters Paul Schmidt.

Schönebeck.

Aufgebote: Modelltischler Erich Uebe in M.-Westerhüsen mit Anna Schröder hier. Arbeiter Paul Hoyer mit Frida Emma Palm, beide in Magdeburg. Schneider Joseph Klein hier mit Karoline Auguste Böttcher in St. Andreasberg. Schiffer Friedrich Wilhelm Gustav Wagner hier mit Minna Luise Zimmermann zu Vinzelberg. Zimmermann Wilhelm Große mit Martha Hellige.

Geburt: Paul, S. des Fabrikarbeiters Paul Rulff.

Billigkeit der Waren den Käufern ein ebenso schöner Traum sei, wie die „Wagmus-Gesellschaft" der entlasteten Hausfrau . . .

Josua Müllenmeister hatte die Broschüre vorgelesen und legte sie vor sich auf den Tisch nieder.

„Das wäre weiter nun nichts Wesentliches, und darum hätte es sich kaum gelohnt, Sie mit der Bitte um eine Zusammenkunft zu behelligen, meine Herren," sagte er; „aber ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich voraussetze, daß diese an sich gefahrlose Expektoration nur die Ouvertüre zu weiteren Angriffen und Feindseligkeiten ist. Daß selbst dieses elende Platzpatronchen schon imstande war, Schaden anzurichten, haben wir an dem heutigen Kursverlust gesehen. Kommt die Sache dicker, ist eine positive Baisse unvermeidlich, und eine solche würde naturgemäß das Publikum von vornherein gegen uns einnehmen und verbittern. Wir haben uns, meine Herren, auf einen Kampf vorzubereiten, einen Kampf mit einem, wie ich anerkenne, nicht zu unterschätzenden Gegner. Und da eine rechtzeitige Orientierung über die Art des Kampfes immer einen gewissen Vorteil für sich hat, begrüße ich es als eine angenehme Tatsache, daß uns diese Notiz hier — sämtliche Morgenblätter haben sie gebracht — von vornherein darauf hinweist, wessen wir uns zu gewärtigen haben, wie sie uns auch auf die Herkunft der Feindseligkeiten — wenn wir die nicht ohnehin vermuteten — hinweist . . ."

Josua griff nach einer der vor seinem Platz aufgehäuften Zeitungen: „Handelsstätte Berolina". Wie wir aus bester Quelle erfahren, öffnet die unter obiger Firma eingetragene Gesellschaft — eine Vereinigung erstklassiger Spezialgeschäfte, unter der Leitung des seiner hervorragenden geschäftlichen Tüchtigkeit wegen in weitesten Kreisen bestbekannten Herrn Julius Rosen — bereits Mitte oder Ende April ihre Pforten.

„Das neue Unternehmen gründet sich auf der vernünftigen Erkenntnis, daß den Inhabern der Spezialgeschäfte mit dem einfachen Klagen über die erdrückende Uebermacht der Warenhäuser, dem Zetern und donquichottehaften Windmühlenkampf gegen die modernen Erscheinungen des Groß-Detailhandels nicht gedient ist, und daß man, um den Warenhäusern Schach zu bieten, dem kaufenden Publikum dieselben Vorteile wie diese gewähren muß. Nur auf dem Weg engsten Zusammenschlusses läßt sich das erzielen. Die „Berolina" sieht in ihren einfachen, hygienischen, zweckdienlichen Räumen von der Entfaltung jedes kostspieligen Prunkes ab. Sie geht dabei von der richtigen Annahme aus, daß das Publikum vor allem auf Qualität und Preiswürdigkeit der Waren Wert legt. Die geringen Spesen für Miete, Verwaltung und sonstige Aufmachung setzt die Inhaber der zahlreichen Stände aber in die Lage, ihre Waren mindestens zu den gleichen Preisen wie die Warenhäuser, und vielleicht noch billiger, abzugeben."

(Fortsetzung folgt.)

Von der „Nachwelt".

Die „Nachwelt" gehört zu der großen Firma Vorzeit, Völkerfrühling u. Ko.; gleich diesen schwebt sie im Nebel, nur ist der Nebel verschieden gefärbt. Die „Vorzeit" ist „grau", der „Völkerfrühling" rosig, die „Nachwelt" hat einen goldenen Nimbus; man stellt sie sich gern als eine unbestechliche gestrenge Richterin mit Wage und Schwert vor, und zwar als eine Appellationsrichterin oberster Instanz, deren Hauptgeschäft darin bestehe, die falschen Urteile der Gegenwart wieder gutzumachen. Wobei man unbewußterweise von der Voraussetzung ausgeht, der Geist der Menschheit steige stetig in höhere Gegenden empor, und die jeweilige Nachkommenschaft sei immer gescheiter als die vorhergehende Generation. So verhält es sich wenigstens in der Theorie; und in der Hoffnung des Menschen steht das „Urteil der Nachwelt", wie bekannt, in höchstem Kredit. In Wirklichkeit sehe ich, schreibt Karl Spitteler im ersten Märzheft des „Kunstwarts", jedoch heutzutage keinen Menschen sich mit seinen Leistungen im mindesten darum kümmern, was die Nachwelt wohl dazu sagen werde, jedenfalls leben und wirken unsre Künstler und Dichter so, als ob wir Gegenwärtigen das letzte endgültige Urteil über Geschmack und Werte zu fällen hätten. . . . Wir feiern hundertjährige Jubiläen mit dem Anspruch, nach dem Ansehen, in welchem nach hundert Jahren dieser oder jener heute steht, endgültig den Wert des Gefeierten festsetzen zu dürfen. Niemand fragt sich, ob nach zwei- oder dreihundert Jahren unsre Nachkommen unser Urteil bestätigen oder umstürzen werden; wir sprechen von der Neuzeit, von der Moderne, von der Jugend, ohne daran zu denken, daß das alles einmal andern ebenso alt erscheinen wird, wie uns die Vorangegangenen, über die wir das „Endgültige" zu sagen glauben. Also in der Theorie schätzen wir die Nachwelt als oberste Richterin, in der Praxis aber gibt es für uns gar keine Nachwelt. In der Praxis treiben wir's, als seien wir die letzten, die einzigen. Ist das Skepsis oder ist es die Horizontbeschränktheit der Kleinen? Ist es gar Naseweisheit und Vorlautheit? Ich will nicht so unhöflich sein, das zu untersuchen. Setzen wir lieber die „Nachwelt" ein bißchen schärfer durch den Nebel.

Was ist das, „Nachwelt"? Was für eine Bürgschaft haben wir, daß die Nachwelt Urteile einer früheren Generation nicht nur umstoße, sondern wirklich zurechtsetze? Jede Gegenwart ist ja jeweilen Nachwelt für das vorausgegangene Geschlecht. Das Mittelalter war auch Nachwelt gegenüber den Römern und Griechen; hat das Mittelalter die Leistungen der Römer und Griechen in Kunst und Wissenschaft gerechter und vernünftiger beurteilt, als die Welt der Jahrhunderte vor Christus? Auch wir sind Nachwelt; sind wir wirklich so bewunderungswürdig gescheit? gescheiter als alle vorangegangenen Geschlechter? Sind wir absolut gescheit und absolut gerecht, weil wir die Nachwelt von etwas sind? So einzig und unanfechtbar gescheit, daß der Nachwelt nach uns nichts mehr zu revidieren übrigbleiben sollte? Ich halte es für möglich, daß die Nachwelt viel gescheiter sein wird, als wir sind, so daß sie deshalb einen ansehnlichen Teil unsrer Urteile und Bewertungen wieder umstoßen wird. Ich halte es aber auch für möglich, daß sie noch viel dümmer sein wird, als wir sind, also zu unsern Abgeschmacktheiten noch viel größere hinzufügen wird; nicht die nämlichen, gewiß nicht, aber ebenbürtige; dasselbe in Grün. Daß die Nachwelt gerechter urteilen werde als die Vorwelt, ist ein begreiflicher Wunsch und ist eine Möglichkeit, aber keine Sicherheit, nicht einmal eine Wahrscheinlichkeit. Es kommt ganz darauf an, wie unsre Nachkommen beschaffen sein werden; sind sie überhaupt gering (und es hat genug geringe Nachwelten gegeben), so ist gar nicht abzusehen, was für Urteilsmißgeburten sie zutage fördern werden. Ich halte z. B. für möglich, daß eine Nachkommenschaft die gesamte griechische Kultur als Plunder verwirft und irgendeinen Hammelskopf der künftigen Gegenwart oder auch einen staubigen Schmöker längstvermoderter Zeiten als Genius ersten Ranges ausposaunt. Kann einer wissen, wie sie urteilen wird? Und wie eine noch spätere Nachwelt über diese?

Wer also auf die Nachwelt zählt, kann sich übel verrechnen. Worauf soll denn aber sonst ein Braver zählen, wenn er bei der Gegenwart zu kurz kommt? Auf sich selber. Man schafft etwas Rechtes weder für die Gegenwart noch für die Nachwelt, sondern damit einem in der eignen Haut wohl sei, damit man mit seinem Genius und seinem künstlerischen Gewissen in Frieden lebe. Oder mit andern Worten: weil man nicht anders kann und selbst dann nicht anders könnte, auch wenn man ganz bestimmt vorauswüßte, niemand lohnt und dankt es einem. Und nicht bloß der vom Genius Getriebene handelt so, der Seidenwurm kann das ebenfalls. Was jenen zwingt, rechte Werke zu leisten, und diesen zwingt, gute Seide zu spinnen, ist im Grunde der nämliche Anstoß. —

Möbel auf Kredit!
Abzahlung wöchentlich von 1 Mark an!

Nachweisbar größtes Kredithaus ersten Ranges am Platze!

S. Osswald

Waren-Kreditgeschäft 1000

Magdeburg, Alte Ulrichstr. 14/15

Möbel auf Kredit!
Abzahlung wöchentlich von 1 Mark an!

Kredit nach außerhalb!

Für nur 10 Mark Anzahlung	Für nur 15 Mark Anzahlung	Für nur 25 Mark Anzahlung	Für nur 35 Mark Anzahlung
1 Bettstelle	1 Bettstelle	2 Bettstellen	2 Bettstellen
1 Matratze	1 Matratze	2 Matratzen	2 Matratzen
1 Kleiderschrank	1 Kleiderschrank	1 Sofa	1 Waschtisch
1 Tisch	1 Tisch	1 Tisch	1 Sofa
2 Stühle	1 Spiegel	1 Kleiderschrank	1 Sofatisch
	4 Stühle	4 Stühle	1 Kleiderschrank
Wöchentliche Abzahlung	1 Küchenschrank	1 Pfeilerschrank	1 Vertiko
1 Mark	1 Küchentisch	1 Spiegel	1 Pfeilerschrank
	1 Küchenstuhl	1 Küchenschrank	1 Spiegel
		1 Küchentisch	4 Stühle
		1 Küchenstuhl	1 Küchenschrank
			1 Küchentisch
			2 Küchenstühle

Kredit nach außerhalb!

Kleiderstoffe in schwarz und allen mod. Farben

Damen- Paletots, Kostüme, Kostümröcke
Wöchentl. Abzahlung 1 Mk.

Einzelne Möbelstücke
wie Schreibtische, Büfetts, Trumeaus, Sofas, Plüschgarnituren, Schränke, Umbaue, Bettstellen sowie fertige Betten, Bettzeuge, Teppiche, Gardinen, Kinderwagen, Sportwagen, Herren- und Damenschuhe mit kleinster Anzahlung.

Anzüge für Herren, Burschen, Konfirmanden, Knaben
Wöchentl. Abzahlung 1 Mk.

Schweizer Uhren

Knabenuhren von 2.50 an
Silber mit Goldrand, für Herren 6.50
Silber mit Goldrand, für Damen 6.50
Gold. Damenuhren 13.00 bis zu den feinsten Qualitäten
Eleg. Kavalierketten v. 1.50
Eleg. Damenketten v. 1.25
Mod. Wand- und Weckeruhren.
Platten für Sprechmaschin. à 2.00
Ringe, Broschen in all. Preisen.

Auf Wunsch auch Ratenzahlung.
3 Jahre Garantie.
Katalog gratis und franko.
Fachmännisch geleitetes Geschäft.
Vertreter gesucht.

H. Krell
Dreiengelstraße 4.
Wiederverkäufer verlangen Engros-Katalog. 955

Lange & Münzer
51a Breiteweg 51a

Spezialabteilung für
Trauer-Hüte
Trauer-Blusen
Kostüm-Röcke
Handschuhe | Schleier
Krawatten | Flore etc.

Persil

für Kinderwäsche

(Wichtig-lesen!)

Das selbsttätige Waschmittel.

Unentbehrlich für jeden kinderreichen Haushalt. Vereinfacht und erleichtert das tägliche Waschen der Säuglingswäsche, macht sie

geruchfrei

und schneeweiß, selbst wenn vorher stark vergilbt. Bestes Desinfektionsmittel bei Krankheiten.

Erprobt u. gelobt!

Nur in Originalpaketen, niemals lose.
HENKEL & CO., DÜSSELDORF.
Billigste Fabrikate nach der allbekannten

Henkel's Bleich-Soda

Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

Mit Lust u. Liebe

streicht jeder seine Fußböden, wenn er dazu **Pranges Fußboden-Glanzlack mit Farbe** verwendet. Derselbe trocknet über Nacht steinhart auf, ohne nachzukleben, besitzt vorzügliche Deckkraft und ist an Glanz und Haltbarkeit unübertroffen. 2 Pfund 1.50 Mk., 5 Pfund 3.50 Mk., 10 Pfund 6.50 Mk. inkl. Büchse, ausgewogen 1 Pfund 65 Pfg., bei 10 Pfund a 60 Pfg. **Erwin Prange, erstes Spezialgeschäft für alle Lacke und Farben usw., Berliner Straße 29.** Fernsprecher Nr. 4132. 1231

---

1. Kunst-Stopferei Oskar Staake,
Herren- und Damen-Garderobe, Teppiche usw. **Breiteweg 116.**

SAALE

Briketts, feinste Marke
für Zimmerfeuerung 1044

Esset Fische

billig nahrhaft gesund

Mittwoch und Freitag
Lebendfrische Seefische
1046 Täglich frische
Kieler und Hamburger Räucherwaren
sowie alle **Marinaden** billigst
Täglich frisch:
Marin. Heringe u. Rollmöpse
199 **Saure Gurken**

Carl Eulig
Seefisch- und Heringshandlung
Buckau
Köthener Str. 12. Fernruf 4762.

Vertrauens-Artikel!
Fertige Betten
doppelt gereinigte **Bettfedern** sowie garantiert federdichte und farbechte **Inlette** kaufen Sie wirklich reell und billig bei 1142
August Schütz, Jakobstr. 7
vis-à-vis der „Reichskrone".
Leinen-, Wäsche- und Aussteuer-Geschäft.

Wegen Platzmangels muß ich mehrere 901
Plüschsofas
ganz billig abgeben. **Scholz,** Gr. Münzstr. 17, Hof r. 1 Tr.

Zum Einrahmen von Fraktionsbildern
in guter und sauberer Ausführung empfiehlt sich zu nachstehenden Preisen: Mark **3.00 3.50 4.00 4.50 4.75 5.50 6.00**
(fertig gerahmt) 88
Emil Günther, Spielgartenstr. 1b, Ecke Schillerstr.
NB. Alle Arten Bilder werden billigst eingerahmt.

Wenn mein Mädchen zu Ihnen kommt

und Schuhcrême verlangt, wünsche ich immer nur **Pilo;** ein anderes Schuhputzmittel nehme ich nicht! Wenn Sie das Ihrem Kaufmann sagen, dann ist es sicher, daß Sie auch stets nur die allerbeste und dazu noch die ausgiebigste aller Schuhcrêmes, nämlich Pilo, erhalten.

Pilo ist überall zu haben!

Vorsicht beim Kauf von Möbeln u. Polsterwaren!

Warnung vor den überhandnehmenden **Schwindel-Annoncen** und der **Unreellität** im Möbelhandel.

Ein offenes Wort an Brautpaare und Möbelkäufer!

Berücksichtigen Sie beim Kauf Ihrer Wohnungs-Einrichtung ein Geschäft, von dem Sie überzeugt sind, daß der Inhaber in seinen Lieferungen **gewissenhaft,** in der Bedienung seiner Kundschaft **grundreell** vorgeht und in dem Renommee steht, bei **wirklich** gediegener Ausführung auch **äußerste billige** und feste Preise zu halten!

Möbelkauf ist Vertrauenssache und eine Wohnungs-Einrichtung kauft man gewiß fürs ganze Leben und doch fallen fortwährend Käufer **so herein,** daß schon nach ganz kurzer Zeit die Möbel und namentlich die **Polstersachen** vollständig unbrauchbar werden und durch neue ersetzt werden müssen! Meistens sind die Sachen viel zu teuer bezahlt dies beweisen **Hereingefallene,** die mich des öfteren auffordern, die Sachen zu begutachten — leider immer zu spät! Mein Geschäft steht seit 15 Jahren auf der Basis **grundreeller** Bedienung. Meine Preise sind **äußerst billig** und nur gegen Kasse berechnet. Bitte **überzeugen** Sie sich durch Besichtigung meiner ca. 700 Quadratmeter umfassenden Betriebs- und Ausstellungsräume.

Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen!
Transport durch eignes Gespann frei, auch nach außerhalb! 1146

Richard Göthling, Tischlermeister
Fernruf 5235. **Magdeburg-Neustadt, Lübecker Straße 103.** Fernruf 5235.
Möbel-Werkstätten m. elektr. Betrieb — Polsterei — Sargmagazin.

Ist es möglich?

dass man einen **neuen hochmodernen Anzug** nebst **gutgehender Remontoiruhr** zusammen für **12.50 Mark** kaufen kann? 1237
Ja! Im **Partiewaren-Geschäft** von
J. Rubert, Tischlerkrugstr. 3.

---

3 Geschäfte! Größte Auswahl!

3 Etagen! Weltestes Geschäft!

An- u. Verkauf!

Eigne Fabrikation
von
Laden-Einrichtungen
Kaufregale, Rückregale, Glasschränke, Glasaufsätze, Aufhängekasten, Ladentische, Verkaufs- und Ausstellungstische, Fleischerei- und Bäckerei-Utensilien, Beleuchtungsgegenstände, Stand-, Deximal- und Tafelwagen

Kontor-Einrichtungen:
Pulte, Schreibtische, Aktenschränke, Zahltische, Zahlenaufsatzschränke, Geldschränke, Aktenregale und -kästen, Schreibmaschinen, Schreibmaschinen-Tische und -Stühle

Restaurations-Einrichtungen:
Büfetts, Schränke, Schenktische, komplette Bierdruckapparate, Eisschränke, Tische, Stühle, Marmortische, Aufschnitte, Garderobenständer 1101

Wohnungs-Einrichtungen
Möbel jeder Art, neu u. gebraucht, zu billigen Preisen empfiehlt

Heinrich Giesecke
Werftstr. 2/3 — Telephon 1202

Pfeil

Wenig gebrauchte Nähmaschinen
zum Preise von 25 bis 60 Mk.
Neue Nähmaschinen aller Systeme unter Garantie in billigster Preislage.
A. Rose, Breiteweg 264 — (Scharnhorstplatz). —
1193
Weltbekanntes, seit 1865 bestehendes Geschäft dieser Branche.
Sachgemäße Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen aller Art zu billigsten Preisen.

Kleine Umzüge werden angenommen. Ruschke, Endelstraße 33. Fernruf 4316.

Plüschsofa 45 Mk., zum gesetzt, 1 kl. Sofa u. 2 Fauteuils 65 Mk., Trumeauspiegel 26 Mk. Breiteweg 6, I. 10

Gustav Meinecke

Magdeburg, Marstallstraße 7
vis-à-vis dem Altstädter Krankenhaus.
Lager kompletter
Wohnungs-Einrichtungen
Eigne Tischlerei.
Ausführung nach gegebenen und eignen Entwürfen.
1020 Besichtigung meines Lagers erbeten.